

Zeitschriftenschau^{*)}**Affrica. Anno 7, 1952**

Rivista Mensile di Interessi Africani (Roma)

Filesi, Teobaldo: Evoluzione storico-costituzionale di un impero. I. Le tappe del processo storico-costituzionale dell'impero britannico e le caratteristiche dei tre organi fondamentali dell'amministrazione coloniale (S. 41-43). II. Le caratteristiche dei tre organi amministrativi fondamentali delle colonie britanniche (S. 113-115). Malacca, Gino: L'indipendenza libica (S. 227-229). Rn

The American Journal of International Law. Vol. 46, 1952

Yingling, Raymond T.; Robert W. Ginnane: The Geneva Conventions of 1949 (S. 393-427). Die Verfasser gehörten der amerikanischen Delegation der Diplomatischen Konferenz von 1949 an.

Manner, George: The Object Theory of the Individual in International Law (S. 428-449). Verf. beschreibt die Leitsätze der Theorie, die Ende des 19. Jh. herrschend wurde und den Einzelpersonen keine völkerrechtlichen Rechte und Pflichten zuerkannte, sondern sie als Objekte des Völkerrechtes behandelte, dessen Subjekte nur Staaten wären. Er geht sodann auf die dagegen erhobenen Einwendungen ein, die diese Theorie als undemokratisch und mit der Praxis nicht im Einklang stehend ansehen, und schildert die unter diesen Einflüssen vollzogenen Wandlungen der Objekttheorie. Nach seiner Ansicht ist sie logisch, faktisch, moralisch sowie politisch und rechtlich unhaltbar. Der Einzelperson könne die Rechtsfähigkeit im Völkerrecht nicht abgesprochen werden, und die Objekttheorie sei nur als Reaktion gegen die früher zu stark vertretene These von der Rechtsfähigkeit von Einzelpersonen aufzufassen.

Fifield, Russel H.: New States in the Indian Realm (S. 450-463). Verf. berichtet über die Vorgänge, die Indien (India Independence Act vom 18. 7. 1947), Ceylon (Ceylon Independence Act vom 10. 12. 1947), Burma (Burma Independence Act vom 10. 12. 1947) und Nepal zu unabhängigen Staaten machten und die von ihnen mit Großbritannien abgeschlossenen Freundschafts- und Verteidigungsverträge. Er geht auf die Schwierigkeiten zur Konsolidierung der inneren Verhältnisse und der Ausschaltung der Einflüsse der Fürsten in Indien ein und behandelt die innen- und außenpolitischen Probleme der neuen Staaten.

King, Nat B.: An Innovation in International Arbitral Tribunals - The Swiss-Allied Accord (S. 464-482). Verf. behandelt die Organe (Compensation Office, Joint Commission, Authority of Review, Arbitral Tribunal) des vom Schweizer Parlament am 21. 6. 1946 ratifizierten Washingtoner Abkommens (mit Frankreich, England und den USA) über die Beschlagnahme und Liquidation des deutschen Vermögens. Als neuartig hebt er hervor, daß das Compensation Office als Schweizer

*) Auch die Zeitschriftenschau wird durch die Bandregister nach Sachgebieten abgeschlossen.

Behörde für alle Vertragsschließenden bindende Entscheidungen fällen kann, sofern dagegen nicht Berufung an die Review Authority eingelegt wird, die wiederum nur mit Schweizern besetzt ist. Erst von hier ginge eine weitere Berufung an das von den vier Partnern einverständlich besetzte Arbitral Tribunal. Verf. findet diese Regelung zu kompliziert.

Yuen-li Liang: Notes on Legal Questions Concerning the United Nations: The Third Session of the International Law Commission: Review of its Work by the General Assembly (S. 483–503; 667–681). Bericht über die Sitzung vom 16. 5. bis 27. 7. 1951, die sich mit den Vorbehalten zu multilateralen Verträgen, der Frage der Definition des Angriffs, der Vorbereitung eines Entwurfs über Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit, der Beratung über das Vertragsrecht und dem Regime der hohen See befaßte.

Kunz, Josef L.: The United Nations and the Rule of Law (S. 504–508). Verf. bedauert die vorherrschende »realistische«, das Völkerrecht vernachlässigende Betrachtungsweise der zwischenstaatlichen Beziehungen und stellt fest, daß auch im Rahmen der UN viele Fragen, obgleich sie ihrer Natur nach rechtlich zu behandeln wären, politisch bearbeitet würden, unter Außerachtlassung der rechtlichen Kompetenzen und Verpflichtungen der Charta.

Potter, Pitman B.: Repatriation of Prisoners of War (S. 508–509). Verf. wirft die auf Grund der neuen, durch die ideologischen und totalitären Kriege entstehenden Fragen für die Kriegsgefangenenbehandlung auf und stellt fest, daß die alten Grundsätze kaum noch anwendbar seien, ohne daß sich jedoch neue bereits herausgebildet hätten.

Fenwick, C. G.: The Organization of Central American States (S. 509–512). Nach geschichtlichem Rückblick auf die Einigungsbestrebungen seit 1823 behandelt Verf. die am 14. 12. 1951 in Kraft getretene "Charter of San Salvador".

Young, Richard: Lord Asquith and the Continental Shelf (S. 512–515). Bespricht ein Schiedsurteil von Lord Asquith in einem Streit zwischen dem Herrscher von Abu Dhabi und einer britischen Petroleum-Gesellschaft über die Erstreckung einer ausschließlichen Ölkonzession auch auf den Bereich des Festlandssockels außerhalb der Hoheitsgewässer.

Kuhn, Arthur K.: The Council of Europe and the Hague Conferences on Private International Law (S. 515–519).

Castel, J. G.: Immunity of a Foreign State from Execution: French Practice (S. 520–526). Bespricht eine Entscheidung des Kassationshofs im Falle *State v. Vestwig et al.* von 1946 und behandelt die französische Unterscheidung hinsichtlich der Immunitätsgewährung an fremde Staaten in Gerichts- und Vollstreckungssachen je nach dem, ob sie hoheitlich oder fiskalisch tätig geworden sind. Er stellt fest, daß dies der anglo-amerikanischen Praxis widerstreite und besser durch internationale Abkommen geregelt würde.

Nadelmann, Kurt H.: American Creditors and Enemy Property in Allied Countries (S. 526–532). Kritisiert die in Ausführung des Pariser Reparationsabkommens von 1946 ergangenen Gesetzgebungen Großbritanniens, Belgiens, Frankreichs

und der USA über die Begleichung von Forderungen ausländischer Gläubiger aus beschlagnahmtem deutschem Vermögen.

Brandon, Michael; Anthony Leriche: Suspension of Rights and Obligations under Multilateral Conventions between Opposing Belligerents on Account of War (S. 532–537). An Hand der von Japan im Anschluß an den Abschluß des Friedensvertrags abgegebenen Erklärung, sich an die Rechte und Pflichten aus multilateralen Verträgen für gebunden zu erachten, untersucht Verf. die moderne Praxis und Literatur und begrüßt, daß nach wie vor für den Kriegsfall nur eine Suspension multilateraler Verträge angenommen wird.

Grzybowski, K.; M. Pundeff: Soviet Bloc Peace Defense Laws (S. 537–542). Behandelt die im Ostblock erlassenen Gesetze, einzelne ihrer Bestimmungen und die angedrohten Strafen. Die Texte der »Friedensschutzgesetze« der Deutschen Demokratischen Republik, Albaniens, Bulgariens, Ungarns, Polens, Rumäniens, und der äußeren Mongolei sind im Suppl. S. 99–105 englisch wiedergegeben.

Kulski, W. W.: Soviet Comments on International Law (S. 542–549). Behandelt und kritisiert verschiedene Artikel sowjetischer Autoren in *Sovetskoe Gosudarstvo i Pravo* über die soziologischen Grundlagen des Völkerrechts, das IGH-Urteil im britisch-persischen Ölstreit und die Frage der Zulässigkeit der Intervention.

Bishop Jr., William W.: Judicial Decisions (S. 553–578). Verf. bespricht verschiedene Urteile des Supreme Court und oberster einzelstaatlicher Gerichte der USA und eine höchstrichterliche britische Entscheidung aus den letzten beiden Jahren zu völkerrechtlichen Fragen (Begriff des Feindvermögens, Jurisdiktion der Militärgerichte, Klagebefugnis eines Feindstaates nach Beendigung der Feindseligkeiten, Anerkennung, Einfluß der UN-Charter auf die innerstaatlichen Verhältnisse, Kriegseinwirkung auf Verträge, Immunität internationaler Organisationen und fremder Staaten).

Evensen, Jens: The Anglo-Norwegian Fisheries Case and its Legal Consequences (S. 609–630). Verf. bespricht die Entscheidung des IGH vom 18. 12. 1951, die das königlich-norwegische Dekret vom 12. 7. 1935 über die Begrenzung der norwegischen Fischgründe im hohen Norden für völkerrechtlich wirksam erklärt, unter Wiedergabe der britischen und norwegischen Ausführungen und der Sondervoten der Richter Alvarez, Hsuo, McNair und Read.

Alexandrowicz-Alexander, Charles Henry: The Quasi-Judicial Function in Recognition of States and Governments (S. 631–640). Verf. sieht in der Anerkennung einen Ermessensakt, bei dem das Ermessen weder unbegrenzt noch willkürlich gehandhabt werden dürfe. Der eigentlichen Anerkennung voraus gehe eine Art Ermittlung der einen Staat konstituierenden Momente durch Exekutivorgane der alten Staaten. Da die ermittelten Tatsachen an Rechtsnormen bewertet werden, ähne diese Tätigkeit einer richterlichen, was den Verf. zu grundsätzlichen Erörterungen von Fragen der Gewaltenteilung veranlaßt. Das Verfahren der UN unterscheide sich hierin nicht von dem der einzelnen Staaten. Wenn die Staaten die Anerkennung zu verschiedenen Zeiten aussprechen, so bedeute das nur, daß sie sich nicht zur gleichen Zeit von dem Vorliegen der Voraussetzungen überzeugen konn-

ten. Wenngleich der IGH eine Verweigerung der Anerkennung nicht als Völkerrechtsverstoß ansehe, so wäre doch wünschenswert, in Zukunft dem IGH die Tatsachenermittlung für die Anerkennung zu übertragen.

Rice, William G.: The Position of International Treaties in Swiss Law (S. 641–666). Verf. prüft allgemein das Verhältnis von Staatsverträgen und innerstaatlichem Recht, besonders in Großbritannien und Frankreich. Er behandelt die Thesen von Guggenheim (Vertragsrecht bricht Landesrecht) und Giacometti (beide haben gleichen Rang) für die Schweiz und berichtet über die Schweizer Rechtsprechung. Seit dem Urteil des Bundesgerichts im Falle *Steenworden v. Société des Auteurs* (59 Trib. Fed. II, 331) sei von den Gerichten die Gleichrangigkeit von Vertrags- und Landesrecht anerkannt worden. Verf. spricht sich für den Vorrang der Verträge und des Völkerrechts im allgemeinen aus.

Fairman, Charles: Finis to Fujii (S. 682–690). Verf. berichtet über die Entscheidung des Supreme Court of California vom 17. 4. 1952 im Falle *Sei Fujii v. State of California* und meint, in einem Lande, das die Bürgerrechte so schütze wie die USA, sollte man nicht so bereitwillig zugeben, hinter den Erfordernissen der UN-Charter zurückzubleiben.

Kunz, Josef L.: Supra-National Organs (S. 690–698). Verf. analysiert die Montanunion im Hinblick auf die bisherigen Begriffe von internationalen Organisationen und qualifiziert die Organe der Gemeinschaft teilweise als supranational. Andere Teile der Gemeinschaft seien aber noch typisch international, wobei also die Souveränität der Mitgliedstaaten wieder zum Vorschein komme. Es wäre zu hoffen, daß das Bündnis zur vollkommeneren Union, dem Bundesstaat, reife und nicht den andern historischen Weg von Zusammenschlüssen, den des Zerfalls in Einzelstaaten mit neuem Antagonismus gehe.

Fenwick, C. G.: Treaty Establishing the European Defense Community (S. 698–700). Verf. sieht in der Errichtung der EVG die Reaktion der Staaten auf die Unzulänglichkeit des Sicherheitsrates zur Friedenswahrung, die auch zum Abschluß des inter-amerikanischen Beistandsvertrags (2. 9. 1947) und zur NATO geführt habe.

Fenwick C. G.: The Contractual Agreements with the Federal Republic of Germany (S. 701–703).

Young, Richard: The United Kingdom-Muscat Treaty of 1951 (S. 704–708).

Simsarian, James: Progress in Drafting Two Covenants on Human Rights in the United Nations (S. 710–718). Berichtet über die Sitzungen der United Nations Commission on Human Rights 1951 und 1952.

Kulski, W. W.: Soviet Comments on International Law and International Relations (S. 719–726). Wiedergabe und Kritik sowjetischen Schrifttums über den japanischen Friedensvertrag, die ägyptische Frage, den IGH, das Trusteeship-System und die internationale Zusammenarbeit.

Jacobini, H. B.: The New International Sanitary Regulations (S. 727–728).

Überblick über die am 1. 10. 1952 infolge Neuregelung durch die WHO (Versammlung vom Mai 1951) außer Kraft getretenen Gesundheitsabkommen.

Bishop Jr., William W.: Judicial Decisions (S. 733–751). Verf. berichtet über die Entscheidungen des IGH vom 1. 7. 1952 im Ambatielos-Fall und vom 22. 7. 1952 im Anglo-Iranian Oil Co.-Fall. Ut

The American Journal of Comparative Law. Vol. 1, 1952

Mehren, Arthur T. von: Constitutionalism in Germany – The First Decision of the New Constitutional Court (S. 70–94). Behandelt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23. 10. 1951 im Südweststaatstreit.

K.H.N.: Twenty-Five Years of Mixed Court of Tangier (S. 115–117).

Bodenheimer, Edgar: United States and Belgium: Validity of Belligerent Occupant's Decrees (S. 199–222). Berichtet über eine Entscheidung des Federal District Court for Utah und des Berufungsgerichts in Lüttich.

Seidl-Hohenveldern, Ignaz: Austria: Confiscation of Partnership (offene Handelsgesellschaft) in Country of Registry. No Effects on Assets Located Abroad (S. 122–123).

Seidl-Hohenveldern, Ignaz: Domicile Under Austrian Law (S. 257–261).

Stein, Eric: United States: Recovery of Property Confiscated by Enemy Occupant (S. 261–268). Verf. bespricht eine Entscheidung des New York District Court vom 14. 5. 1951 (*State of the Netherlands v. Federal Bank of New York et al.*).

Ryan, Philip A.: United States Trading with the Enemy Act. Effect of Vesting by Alien Property Custodian (S. 395–401). Ut

The American Political Science Review. Vol. 45, 1951

Kelsen, Hans: Science and Politics (S. 641–661). Die Wissenschaft, deren Wesen die Wahrheitserforschung sei, dürfe von politischen Interessen nicht beeinflusst sein. Ebenso könnten die Ziele der Politik nicht durch Wissenschaft bestimmt werden. Verf. untersucht u. a. die »normativen Wissenschaften« sowie die Rechtswissenschaft in ihrer Beziehung zur Politik und hebt die Bedeutung der rechtlichen und der politischen Funktion in der Völkerrechtsordnung hervor. Ein typisches Beispiel dieser Unterscheidung sei die Anerkennung einer Gemeinschaft als Staat oder einer Gruppe von Individuen als Regierung eines Staates. Anerkennung habe weder ausschließlich deklaratorischen noch konstitutiven Charakter; sie beinhalte eine konstitutive und damit rechtliche sowie eine deklaratorische und somit politische Funktion. Zu den schlimmsten Mißbräuchen der Unterscheidung zwischen rechtlichen und politischen Funktionen gehöre die weit verbreitete Anwendung auf internationale Streitigkeiten. Es gäbe keine zwischenstaatliche Streitigkeit, auf die geltendes Völkerrecht nicht angewandt werden könne. Jeder Rechtsstreit sei deshalb justiziabel. Soweit nämlich der Anspruch eines Klägers vor einem internationalen Gerichtshof nicht durch eine entsprechende Völkerrechtsregelung begründet sei, sei seine Klage abzuweisen, da nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen erlaubt sei, was nicht durch die Rechtsordnung verboten wurde. Die Lehre, wonach es nichtrechtliche oder politische und deshalb nichtjustiziable Streitigkeiten wegen der Nichtanwendbarkeit

geltender völkerrechtlicher Regelung gäbe, begehe den Fehler, das Recht nicht in objektiver Weise auszulegen, sondern den Versuch, die Anwendung geltenden Rechts auszuschließen, zu rechtfertigen. Diese Lehre stelle keine wissenschaftliche Theorie, sondern ein Instrument der Politik dar.

Schuman, Frederick L.: The Council of Europe (S. 724–740). Bericht über Aufgabe, Entstehung, Verfassung und Entwicklung des Europa-Rates.

Neumann, Robert G.: The Struggle for Electoral Reform in France (S. 741–755).

Lowrie, S. Gale: A Constitution for Hawaii (S. 770–774). Behandelt den Entwurf einer Verfassung für Hawaii, dem die Bevölkerung in allgemeiner Abstimmung am 7. 11. 1950 zugestimmt habe. Die Inkraftsetzung der Verfassung hänge von der Anerkennung von Hawaii als eines selbständigen Staates ab.

MacMahon, Arthur W.: The Administration of Foreign Affairs (S. 836–866). Bericht über die Organisation der auswärtigen Angelegenheiten in USA.

Epsstein, Leon D.: The British Labor Left and U.S. Foreign Policy (S. 974–995).

Hucker, Charles O.: The Traditional Chinese Censorate and the New Peking Regime (S. 1041–1057).

— Vol. 46, 1952

Waldo, Dwight: Development of Theory of Democratic Administration (S. 81–103).

Evans, Alona E.: The Colombian-Peruvian Asylum Case: The Practice of Diplomatic Asylum (S. 142–157). Das diplomatische Asylrecht sei von den USA sowie von den meisten europäischen Staaten einschließlich Großbritanniens nie als Völkerrechtssatz anerkannt worden. Dagegen hätten andere Staaten, so China, Persien, die Türkei, Griechenland, besonders auch lateinamerikanische, das Asylrecht beansprucht bzw. respektiert. Während des spanischen Bürgerkrieges sei von diesem Recht in großem Umfang Gebrauch gemacht worden. Der Entscheidung des IGH im Streit zwischen Peru und Kolumbien, daß ein Asylrecht weder regional auf Südamerika beschränkt noch im Völkerrecht überhaupt bestehe, stimmt Verf. zu, da die Gewährung des Asyls durch eine diplomatische Mission eine Intervention darstelle.

Fellman, David: Constitutional Law in 1950–1951 (S. 158–199). Mr

Annales de Droit et de Sciences Politiques. T. 10, 1950

Publiées sous les auspices de la Fédération des Anciens Etudiants de la Faculté de Droit et de l'École des Sciences Politiques et Sociales de l'Université de Louvain.

Comité de Rédaction: Jean Dabin, Emilie van Dievoet, Fernand Collin, René Piret, Paul de Visscher, Pierre de Bie et Georges van Hecke.

De Visscher, Paul: La Forme du statut des agents de l'Etat et la Constitution (S. 79–96). Verf. zeigt, daß nach der belgischen Verfassungslage eine neue Beamtenrechtsordnung nur als königliche Verordnung und nicht als Gesetz ergehen kann. Eine Verordnung könne auch leichter den wechselnden Bedürfnissen der Praxis angepaßt werden. Für die Rechtsbeständigkeit Sorge der Conseil d'Etat.

De Visscher, Paul: Le Cabinet du Roi (S. 167–187). Verf. behandelt die Frage

der Stellung der privaten Mitarbeiter des Königs, die ihn bei der Wahrnehmung seiner politischen Funktionen beraten. Er kommt zu dem Ergebnis, daß es sich dabei um keine Institution im verfassungsrechtlichen Sinn handle, die etwa zwischen dem König und den Ministern steht. Es seien rein private Ratgeber, die allerdings wegen ihres Einflusses so ausgewählt sein müssen, daß sich aus ihrer Tätigkeit für den Staat keine Nachteile ergeben (vgl. Bericht über die kgl. Prärogativen im Moniteur belge vom 6. 8. 1949).

Jaspar, E. J. E. M. H.: Staatssoevereiniteit. Haar inhoud en ontwikkeling (S. 387–409). Überblick über Entstehung und Entwicklung des Souveränitätsbegriffs. Verf. sieht im 19. Jahrhundert erste Ansätze des Bewußtseins, daß sich über die Souveränität des Nationalstaats die des Rechts der Gemeinschaft der Staaten wölbt. Bereits in den Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907, noch deutlicher bei der Bildung des Völkerbunds, habe sich die Idee der Interdependenz der Staaten durchgesetzt, die in der UN-Charta erneut bestätigt worden sei. Allerdings folge aus der Tatsache des Vetos, daß die Vorstellung der Souveränität als Omnipotenz und Omnikompetenz noch fortbestehe, woraus sich eine konkrete Gefahr für den Frieden und den Bestand der internationalen Gemeinschaft ergebe.

— T. 12, 1952

Masquelin, Jean: La technique des revisions constitutionnelles en droit public belge (S. 89–129). Verf. behandelt die Grundlagen der Verfassungsänderungen nach den französischen Systemen von 1791, 1793, den Jahren 3, 8, 10 und 12 und nach dem Grundgesetz der Niederlande seit 1815. In Belgien seien neben den Art. 84 und 131 der Verfassung 1890–1893 und 1919–1921 weitere Änderungsverfahren entwickelt worden.

La Revision de la Constitution. XII^e Journée Interuniversitaire d'études juridiques, Louvain 21 juin 1952:

I. Mast, André J.: Propos sur l'esprit et méthode d'une revision constitutionnelle (S. 263–290).

II. D'or, Georges; Léon Moureau: Faut-il «aménager» des libertés publiques traditionnelles? (S. 291–304).

III. De Vischer, Paul: Les libertés économiques et sociales et la revision de la Constitution (S. 305–329). Verf. legt dar, daß es im Interesse der Erhaltung des juristischen Charakters der Verfassung unerwünscht sei, gewisse wirtschaftliche und soziale Freiheiten in ihr zu verankern, da ihnen nur mittelbare Bedeutung zukomme. Er anerkennt die Schwierigkeit ihrer Abgrenzung von den institutionell zu gewährleistenden Freiheitsrechten.

IV. Ganshof van der Meersch, W. J.: La Constitution belge et l'évolution de l'ordre juridique international (S. 331–426). Verf. untersucht die belgische verfassungsrechtliche Lage und die neueste Entwicklung der Natur und des Gegenstandes der internationalen Übereinkommen, einschließlich der supranationalen Gemeinschaften. Er behandelt die in Belgien geäußerten Meinungen zur Frage der Vereinbarkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der

Verteidigungsgemeinschaft mit der belgischen Verfassung. Er fordert ihre Anpassung an die neuen völkerrechtlichen Gegebenheiten und macht konkrete Änderungsvorschläge.

V. Discussions et Conclusions (Tome 13, 1953, S. 5–48).

Bh

**The Annals of the American Academy of Political and Social Science.
Vol. 282–284, 1952**

Morgenthau, Hans J.: What Is the National Interest of the United States? (Vol. 282, S. 1–7). Verf. vertritt die Realpolitik.

Burke, S. M.: Pakistani Principles and Policies (S. 69–71). Überblick über Verfassungsprinzipien und außenpolitische Richtlinien Pakistans.

Feller, A. H.: In Defense of International Law and Morality (S. 77–83). Verf. wendet sich gegen die u. a. von Morgenthau vertretene These, daß die Außenpolitik der USA lediglich von nationalen Interessen, nicht aber von moralisch-legalistischen Überlegungen bestimmt werden dürfte.

Marshall, C. B.: National Interest and National Responsibility (S. 84–90). Verf. vertritt die These vom nationalen Interesse und geht auf die Stellung der USA und der UdSSR ein. Getragen werden müsse diese Politik aber durch um so größere Verantwortung.

Lleras, Alberto: The Inter-American System Today (S. 97–103).

Twe, Dihdwo: Liberia: An American Responsibility (S. 104–107). Bespricht die französische und englische Politik vor Gründung des Staates Liberia und dessen heutige Lage und Probleme.

Chamberlein, Lawrence H.: The President as Legislator (Vol. 283, S. 94–103). Verf. berichtet über die verschiedenen politischen Möglichkeiten des Präsidenten der USA, auf die Gesetzgebung einzuwirken.

Somers, Herman Miles: The President as Administrator (S. 104–114). Verf. zeigt die Schwierigkeiten für den Präsidenten, den großen Verwaltungsapparat zu übersehen, und gibt Reformvorschläge.

—: *1952 Republican Platform Adopted by the Republican National Convention July 11, 1952 (S. 161–171).*

—: *Report of Committee on Platform and Resolutions to the Democratic National Convention July 23, 1952 (S. 172–186).*

Ut

The Annals of the Organization of American States. Vol. 3, 1951

—: *The Council. The Secretary General. Organs of the Council (S. 341–392).* Bericht über die Tätigkeit des Rates der OAS.

—: *Pan American Union (S. 393–410).* Bericht über Inkrafttreten der Charta der OAS und über deren Tätigkeit.

—: *Specialised Organizations (S. 411–434).* Bericht über die Tätigkeit der pan-amerikanischen Sanitätsorganisation und des amerikanischen internationalen Institutes für Kinderschutz.

—: *Fifth Pan American Highway Congress (S. 437–449).*

— Vol. 4, 1952

—: *Annual Report of the Secretary General of the Organization of American States for the Fiscal Year 1950–1951* (S. 1–95). Mr

L'Année Politique et Economique. Année 24, 1951

Gysling, Walter: Dans la Sarre aussi il faut choisir une politique (S. 374–381). Entwickelt französische Argumente zur Saarfrage.

— Année 25, 1952

Lavergne, Bernard: «L'Europe Unie» ou le nouveau Munich: L'Allemagne dominant l'Europe (S. 1–118).

Fraser, Geoffrey: La sixième Session de l'O.N.U. à Paris (S. 119–126).

Fraser, Geoffrey: Comment rétablir l'efficacité de l'O.N.U.? (S. 231–236).

Péra, J.: Paternalisme et Nationalités. Réflexions sur la politique coloniale (S. 237–270).

Lavergne, Bernard: L'Armée dite Européenne ou la revanche d'Hitler (S. 277–394). Verf. lehnt den EVG-Vertrag als unvereinbar mit der französischen Verfassung und als Versuch der Wiederbegründung einer deutschen Vorherrschaft ab.

Bh

Annual Law Review. Vol. 1, 1948/49/50

Gamba, Charles: Constitution Making in China. A socio-historical analysis (S. 409–432).

Smith, S. A. de: Recent Constitutional Trends in England (S. 445–460). Gibt Beispiele starker Zunahme der in die Hände der Exekutive gelegten Vollmachten auf legislativem und jurisdiktionellem Gebiet sowie im Bereich des Verwaltungsermessens. Hält die in den letzten Jahren erfolgten Veränderungen in der Beziehung zwischen Justiz und Exekutive in England für größer als in Australien.

Friedmann, W.: Some Reflections on the Anti-Communist Act (S. 516–521). Kritische Betrachtungen zum australischen Communist Party Dissolution Act 1950. Sieht in Gesetzen dieser Art, die nicht nur Taten, sondern auch Gesinnungen erfassen möchten, die Gefahr einer Unterhöhlung der Grundlagen der Demokratie.

— Vol. 2, 1951/52/53

Schapiro, L. S.: The European Court of Human Rights (S. 65–79). Ws

The Arbitration Journal. Vol. 6, 1951

Racca, Luigi: Enforcement In Italy of Awards Between Americans and Italians (S. 235–239). Verf. beschreibt die Regelung der Anerkennung von Schiedssprüchen nach dem Übereinkommen von Washington vom 26. 9. 1951, das eine Lücke der durch die USA nicht ratifizierten Genfer Konvention vom 24. 9. 1924 schließt.

— Vol. 7, 1952

Domke, Martin: Arbitration in Inter-Governmental Economic Relations (S. 73–78). Verf. befürwortet die Anwendung der Schiedsgerichtsbarkeit auch auf diesem Gebiet.

—: *Japan-American Trade Arbitration Agreement (S. 151–152)*. Kurzbericht über das am 16. 9. 1952 zwischen den amerikanischen und japanischen Schiedsgerichtsvereinigungen geschlossene Abkommen. Ut

Archiv des öffentlichen Rechts. Bd. 77, 1951/52

Loewenstein, Karl: Verfassungsrecht und Verfassungsrealität. Beiträge zur Ontologie der Verfassungen (S. 387–435). Verf. untersucht, »welchen Wert für die Integration der Gemeinschaft« die Verfassungen unserer Zeit darstellen; die neueren Verfassungen seien vom Volkswillen weiter entfernt als ihre Vorgänger (Abkehr vom Plebiszit). Das Grundgesetz Westdeutschlands sei hervorgegangen aus dem Bestreben der Fehlervermeidung, nicht aus einer geschlossenen großen Konzeption. Wirklichkeitsfremd sei u. a. der Föderalismus dort, wo er dem Wirtschaftsraum nicht entspreche.

Scheuerle, Wilhelm A.: Sowjetrussische Theorie der Rechtsquellen (S. 435–451). Verf. behandelt unter Auswertung neuerer Sowjetliteratur die auf Arbeiten von *Vyschinskij* zurückgehenden sowjetrussischen Rechts- und Rechtsquellenbegriffe.

— **Bd. 78, 1952/53**

Schäfer, Hans: Bundesaufsicht und Bundeszwang (S. 1–49). Nach Betrachtung der Verfassungen des Bismarckreichs und der Weimarer Republik analysiert Verf. die Regelung im Bonner Grundgesetz.

Husen, Paulus van: Die Entfesselung der Dritten Gewalt (S. 49–62). Verf. befürwortet, besonders die Verwaltungsgerichtsbarkeit von Maßnahmen der Exekutive (Justizverwaltung) zu befreien, da sie letztere kontrollieren solle.

Czapski, Georg: Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und richterliches Prüfungsrecht in der niederländischen Jurisprudenz (S. 97–101). Verf. zeigt an Hand von Entscheidungen insbesondere des Obersten Gerichtshofs, wie das richterliche Prüfungsrecht bezüglich der materiellen und formellen Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen in den Niederlanden stärksten Einschränkungen unterliegt. Ebenso seien überpositive Prinzipien für den Richter nicht verwendbar, wenn es sich darum handle, einem Gesetz die Geltung abzusprechen. Dg

Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie. Bd. 39, 1951

Heydte, F. A. Freiherr von der: Stiller Verfassungswandel und Verfassungsinterpretation (S. 461–476). Verf. umschreibt die diesbezüglichen Aufgaben der Verfassungsgerichtsbarkeit und der Rechtswissenschaft.

— **Bd. 40, 1952**

Mühlmann, W. E.: Aspekte einer Soziologie der Macht (S. 84–114).

Scheuerle, Wilhelm A.: Sowjetrussische Staats- und Rechtstheorie (S. 257–271). Bh

Archiv des Völkerrechts. Bd. 3, 1951/52

Schlochauer, Hans-Jürgen: Die Gerichtsbarkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (S. 385–414). Behandelt Aufgaben, Organisation, Verfahren, anzuwendendes Recht und die den Entscheidungen des Gerichtshofs zugrunde

liegenden Rechtsmaterien (internationalrechtliche Fragen, Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht, Amtshaftung, Zivilrecht, Prozeßrecht, Disziplinarrecht) unter Berücksichtigung der richterlichen Prüfungszuständigkeit.

Kraus, Herbert: Die Zuständigkeit der Länder der Bundesrepublik Deutschland zum Abschluß von Kulturabkommen mit auswärtigen Staaten nach dem Bonner Grundgesetz (S. 414–427). Dg

Archivo de Derecho Público. 1, 1948

Anejos del Boletín de la Universidad de Granada. Dirigido por Luis Sánchez Agesta, Catedrático de Derecho Político.

Ruiz del Castillo, Carlos: La Constitución francesa de 1946 (S. 17–37). Verf. zeigt besonders das Zusammenspiel der Institutionen und die Schwäche der Exekutive gegenüber der Nationalversammlung.

Elorrieta y Artaza, Tomás: La Carta de las Naciones Unidas (S. 38–48).

Sánchez Agesta, Luis: El concepto de soberanía en Suárez (S. 51–71). An 25 Textstellen verschiedener Werke von Suárez erläutert Verf. dessen teleologische Auffassung von der Souveränität.

Murillo Ferrol, Francisco: El Pacto social en Suárez (S. 72–94).

— 2, 1949

Ollero Gómez, Carlos: El nuevo Derecho Constitucional. El control de constitucionalidad de las leyes en el derecho constitucional de la post-guerra (S. 9–31). Die allgemeine Tendenz der Nachkriegszeit, dem allmächtigen Parlamentarismus entgegenzutreten, findet Verf. in den neueren Verfassungen. Das für den Londoner Kongreß für Rechtsvergleichung 1950 bestimmte Referat gibt die allgemeinen theoretischen Grundlagen der Normenkontrolle sowie eine vergleichende Darstellung der Verfassungen (mit Auszügen aus den Texten).

Murillo Ferrol, Francisco: La Constitución italiana de 1947 (S. 32–58).

— 3, 1950

Dana Montañó, Salvador M.: La reforma constitucional argentina de 1949 a la luz de los principios de la justicia social cristiana (S. 17–50). Auszüge aus dem Buch des Verf. «Justicia Social y Reforma Constitucional».

Murillo Ferrol, Francisco: El nuevo texto de la Constitución argentina (S. 51–70). Sr

Arhiv za pravne i društvene nauke. Jg. 39, 1952

Nikolić, Predrag: Kontinentalni sloj [Der Festlandssockel, continental shelf, plateau continental] (S. 77–88). Fragen, die in Verbindung mit diesem neuen, noch in Entstehung begriffenen Institut des Völkerrechts zu lösen sind, verfolgt der Verf. an Hand der in der Kommission für Völkerrecht der UN geleisteten Arbeiten. Die Darlegungen des Verf. stützen sich besonders auf die ebenda wiedergegebene Übersetzung des Texts der in der Kommission ausgearbeiteten "Draft Articles on the Continental Shelf and Related Subjects".

Jovanović, B.: Kolonijalna klauzula u posleratnim ugovorima [Die Kolonialklausel in den Nachkriegsverträgen] (S. 88–102). Eine große Zahl von Beispielen wird ausgelegt und vom Verf. als Beweis verwertet, daß hinsichtlich einer Beibehaltung, Verwerfung oder Modifizierung der Kolonialklausel in den Verträgen, die im Rahmen der UN geschlossen wurden, bis jetzt noch keine einheitliche Praxis sich gebildet hat. Eine Abschaffung der traditionellen Kolonialklausel sowie direkte Anwendung von Konventionen liege im Interesse der noch unselbständigen und abhängigen Gebiete. Ungleichheit zwischen der Metropole und den von ihr völkerrechtlich vertretenen Territorien stehe im Widerspruch mit der UN-Charta.

Ninčić, Dura: Deklaracija prava i dužnosti država [Deklaration über Rechte und Pflichten der Staaten] (S. 199–206). Vorgeschichte der Idee und des Bedürfnisses einer Deklaration über Rechte und Pflichten der Staaten. Auslegung und Vergleich der drei von Panama, der Kommission für Völkerrecht und von Jugoslawien stammenden Entwürfe. Erläuterung und Verteidigung des jugoslawischen Entwurfs.

Božović, A.: VI zasjedanje Generalne skupštine OUN – Pakt o pravima čovjeka – [VI. Tagung der UN-Generalversammlung – Pakt über die Menschenrechte] (S. 206–214). Verf. plädiert für einen Pakt über die Menschenrechte, der neben den klassischen Rechten (bürgerliche und politische Rechte) auch soziale, kulturelle und ökonomische Rechte sowie das Selbstbestimmungsrecht enthalten sollte. Verf. bekämpft Gegenargumente, die vor und während der VI. Tagung der Generalversammlung von verschiedenen Delegationen geäußert wurden. Übersetzungen der Resolutionen, die die Generalversammlung durch die ECOSOC an die Kommission für Menschenrechte gerichtet hat, sind beigegeben.

Magarašević, A.: Međunarodnopravni aspekt komonvelta [Völkerrechtlicher Aspekt des Commonwealth] (S. 346–357). Der Weg und die Entwicklung von Kolonien zu Dominien, der immer wachsende Grad der Selbstverwaltung der Kolonien, das restlose Ausscheiden der heute nicht mehr existierenden Dominien aus jeder innerstaatlichen Verbindung mit der Londoner Regierung, das fortwährende Zunehmen an völkerrechtlicher Subjektivität, wo die volle Subjektivität noch nicht erreicht ist, – all das wird hauptsächlich vom Westminster Statute an weiter verfolgt, und zwar vom Standpunkt sowohl des Verfassungsrechts als des Völkerrechts. Was das britische Kolonialreich anbelangt, also das Verhältnis der Londoner Regierung zu den zweifellos abhängigen Territorien, so ist dieses Verhältnis nicht schwer zu verstehen. Es besteht keine vollkommene Völkerrechtssubjektivität, sondern nur verschiedene Grade von *self-government*. Was aber das noch bestehende Commonwealth of Nations (nicht mehr British Commonwealth of Nations) angeht, so ist es nicht immer einfach zu verstehen, welcher Natur die Verhältnisse zwischen der Metropole und den ehemaligen Dominien sind. Verf. bemüht sich dieses Verhältnis *sui generis*, welches ohne Zweifel doch enger ist, als das Verhältnis zwischen zwei beliebigen Völkerrechtssubjekten, durch die Auslegung der Doktrin "*inter se*" zu erläutern.

Stjepanović, Nikola: Međunarodno administrativno sudstvo – osvrt na jedno međunarodno raspravljanje o ovoj temi [Völkerrechtliche Verwaltungsgerichtsbarkeit – Rückblick auf eine internationale Erörterung dieses Themas] (S. 357–364).

Wiedergabe von Referaten, die auf der jährlichen Round Table Conference des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften I. I. S. A. im Juni 1952 erstatet wurden und sich auf Fragen der internationalen Verwaltungsgerichtsbarkeit beziehen.

Nikolić, Predrag: Deveta briselska diplomatska konferencija za kodifikaciju pomorskog prava [Die neunte Brüsseler diplomatische Konferenz für Kodifikation des Seerechts] (S. 364–367). Kurzer Bericht über die auf der Brüsseler Konferenz ausgearbeiteten Konventionen. Ir

Außenpolitik. Jg. 2, 1951

Tobien, Hubertus: Um das Oder-Neiße-Problem. Theorien, Argumente, Tatsachen (S. 605–613).

— Jg. 3, 1952

Bechtoldt, Heinrich: Soziologie und Geschichte des Maoismus. Die Periodisierung des chinesischen Kommunismus (S. 38–47). Entstehung und verfassungsrechtliche Entwicklung der Volksdemokratie in China.

Weghorn, Erwin: Gescheiterte Weltpressefreiheit (S. 106–112). Berichtet über die Bestrebungen zum Zustandekommen einer Nachrichtenkonvention der UN.

Maiwald, Serge: Die geistigen Grundlagen der Seeherrschaft. Rechtssysteme und Machtverhältnisse (S. 183–191).

Schütz, Wilhelm Wolfgang: Atlantikpakt mit Vorbehalt (S. 209–215). Darstellung der außenpolitischen Möglichkeiten Westdeutschlands im Hinblick auf die NATO.

Undén, Östen: Die Bündnisfreiheit Schwedens (S. 277–284).

Arnold, Karl: Bundesstaat und Integration (S. 345–348).

Koevér, J. F.: Der europäische Landwirtschaftsplan (S. 348–356).

Grewé, Wilhelm: Von der Kapitulation zum Deutschlandvertrag (S. 414–427).

Steinitz, Hans: Das amerikanische Präsidialsystem. Der Mann im Weißen Haus (S. 447–454).

Vialon, Friedrich Karl: Militärmächte in Deutschland. Nach dem Inkrafttreten der Verträge (S. 481–493).

Ehard, Hans: Der Bundesrat als außenpolitisches Organ (S. 493–495).

Lauret, René: Frankreich und die Verteidigungsgemeinschaft (S. 496–501).

Lemmer, Ernst: Vom Deutschlandvertrag zur Wiedervereinigung (S. 549–557).

Bade, Fritz: Entscheidung zwischen drei Deutschlandkonzeptionen (S. 558–568). Der Deutschland-Vertrag und der EVG-Vertrag seien jedenfalls in der vorliegenden Fassung unannehmbar, wolle man der Wiedervereinigung überhaupt noch eine Chance geben.

Abendroth, Wolfgang: Europäische Integration und demokratische Legitimation (S. 623–634).

Armengaud, André: Der Schumanplan im ersten Stadium. Verschiedene Aspekte und ihre Folgen (S. 712–720).

—: *Die Bedeutung der Westverträge für die Wiedervereinigung Deutschlands (S. 760–774).*

Studzitz, H. G. von: Gestalt und Aufbau des Auswärtigen Amtes (S. 792–799).

Knauss, Robert: Die Ostsee als russisches Binnenmeer (S. 800–806). Dg

Außenwirtschaft. Jg. 6, 1951

Weiller, Jean: Politiques européennes et méthodes de coopération économique (S. 220–238). Bh

The Australian Law Journal. Vol. 25, 1951/52

Murdeswar, B. G.: The Supreme Court of India (S. 634–636).

Arndt, H. W.: Judicial Review under Section 90 of the Constitution. An Economist's View (S. 667–677, 706–711). Handelt von dem Recht der australischen Bundesregierung, die Tarifpolitik, insbesondere die Zollpolitik, für das ganze Bundesgebiet zu kontrollieren. Ws

The Australian Outlook. Vol. 5, 1951

Crocker, W. R.: Voting in the International Institutions (S. 158–164). Beschränkt sich auf die Abstimmung in den UN. Hält die Gleichstellung der großen und kleinen Mächte insoweit für bedenklich.

Ward, E. E.: The Colombo Plan (S. 191–202).

— Vol. 6, 1952

Currey, C. H.: The Franchise Question in South Africa (S. 153–165). Historisch unterbaute, bis auf den Stand vom September 1952 durchgeführte Darstellung. Ws

The Australian Quarterly. Vol. 24, 1952

Nicholas, H. S.: Amending the Constitution (Nr. 2 S. 11–15). Erörtert die Möglichkeiten einer Verfassungsänderung in Australien.

Dickinson, George: Japanese War Trials (S. 69–75). Berichtet über seine Erfahrungen bei der Verurteilung japanischer Kriegsverbrecher. Befürwortet für die Zukunft Betrauung Neutralen. Ws

Boletim do Ministério da Justiça. 1952

Truyol y Serra, António: Fundamentos de Direito Natural (Nr. 28, S. 5–55; Nr. 29, S. 5–47; Nr. 30, S. 5–49). Das Naturrecht, dessen geschichtliche und philosophische Grundzüge Verf. darstellt, wird als eine der »Konstanten des abendländischen Denkens« bezeichnet.

Almeida Langhans, F. P. de: Autonomia administrativa da grande cidade (Nr. 32, S. 67–84). Am Beispiel Lissabons behandelt Verf. die besonderen Probleme der Selbstverwaltung großer Städte. Sr

Boletim da Sociedade Brasileira de Direito Internacional. Ano 1, 1945

Accioly, Hildebrando: Os tratados do Latrão e a necessidade da sua revisão

(Nr. 1, S. 7–11). Verf. fordert eine bis zum Meer reichende Gebietserweiterung des Vatikanstaates zur Anlage eines Flughafens und eines Kraftwerks.

Azevedo, Philadelpho: Os tratados e os interesses privados em face do direito brasileiro (S. 12–29).

Lyra, Heitor: A soberania brasileira nas ilhas do Atlântico (S. 30–36). Verf. untersucht die Grundlagen der brasilianischen Staatshoheit über die bis zu 1000 km von der Küste entfernten Inseln.

Nascimento e Silva, Geraldo Eulálio do: Efeito do reconhecimento internacional dos Estados (S. 37–47). Die Anerkennung eines neuen Staates sei in erster Linie eine politische Entscheidung. Ob die rechtlichen Wirkungen der Staatsbildung bereits mit der Bildung des Staates oder erst mit seiner Anerkennung eintreten, sei eine theoretische Kontroverse, die Verf. mit zahlreichen Zitaten darstellt.

– Ano 2, 1946

Valladão, Haroldo: O direito internacional no projeto da Constituição (Nr. 3, S. 7–17). Kritik des Art. 165 des Verfassungsentwurfes der brasilianischen Nationalversammlung von 1946.

Nascimento e Silva, Geraldo Eulálio do: O código penal em face do direito das gentes (S. 22–39). Untersuchung des Geltungsbereichs der brasilianischen Strafgesetze in territorialer und personeller Hinsicht unter völkerrechtlichem Gesichtspunkt.

Penna Marinho, Ilmar: O indivíduo como base do novo direito internacional (S. 40–54). Mit zahlreichen Beispielen belegt Verf. seine Ansicht, daß durch die Entwicklung des Völkerrechts seit dem 1. Weltkrieg das Individuum zum unmittelbaren Völkerrechtssubjekt geworden sei.

Câmara Filho, J. Sette: A doutrina Larreta (S. 55–75). Der Plan des uruguayischen Ministers Larreta für eine »solidarische Demokratie«, zu deren Schutz eine Intervention nicht widerrechtlich sein sollte, wird vom Verf. abgelehnt, da ihre Voraussetzung (internationale Anerkennung der Menschenrechte) noch fehle.

Accioly, Hildebrando: Responsabilidade internacional do Estado por danos a estrangeiros (S. 130–151). Gutachten von 1940 mit Abkommensentwurf.

—: *Responsabilidade dos negociadores de tratados (S. 152–164).* Wiedergabe brasilianischer Rechtsgutachten.

Fenwick, Charles G.: Novos aspectos de segurança coletiva (Nr. 4, S. 7–13).

Accioly, Hildebrando: A questão da nacionalidade na Conferência de Paris (S. 17–25). Behandelt den der Konferenz von 1946 vorgelegten Friedenvertragsentwurf, Art. 13.

Valladão, Haroldo: Requisitos do processo de extradição (S. 27–46). Verf. behandelt die Auslieferungsverträge Brasiliens.

Nascimento e Silva, Geraldo Eulálio do: Termo de missão diplomática (S. 47–57). An Beispielen aus der jüngsten brasilianischen Geschichte (Botschafter Ritter, Aunós u. a.) erläutert Verf. die Rückberufung von Diplomaten als *personae non gratae*.

— Ano 3, 1947

Carneiro, Levi: As preocupações de ordem moral no direito contemporâneo, especialmente no direito internacional (Nr. 5, S. 5–25).

Accioly, Hildebrando: A paz mundial e a organização das Nações Unidas (S. 26–39).

Nascimento e Silva, Geraldo Eulálio do: Revisão do sistema interamericano de codificação do direito internacional (S. 44–51).

Penna Marinho, Ilmar: A conferência de Paris e o critério observado na elaboração dos tratados de paz (S. 52–67). Verf. hält die Nürnberger Prozesse für einen greifbaren Fortschritt des Völkerrechts und vermißt bei den Pariser Friedensverträgen vom 10. 2. 1947 die gleichen fortschrittlichen Prinzipien.

Matos, José Dalmo Fairbanks Belfort de: O direito internacional na última conflagração (S. 68–87).

Calábria, Mário: O problema das reparações de guerra (S. 88–114). Nach einem Überblick über die Ereignisse beider Weltkriege werden die brasilianischen Reparationsansprüche dargestellt.

Accioly, Hildebrando: Da responsabilidade pelos lucros cessantes no direito internacional (S. 123–127).

Valladão, Haroldo: Da responsabilidade pelos lucros cessantes no direito internacional (S. 128–149).

Accioly, Hildebrando: A evolução do Pan-Americanismo e o tratado interamericano de assistência recíproca (Nr. 6, S. 11–23). Behandelt den Pakt von Rio de Janeiro vom 2. 9. 1947.

Santos, Arthur: A escolha de representantes junto a organizações internacionais (S. 24–34). Untersuchung der verfassungsrechtlichen Zuständigkeit nach brasilianischem Recht.

Penna Marinho, Ilmar: Asolução das controvérsias internacionais por meios outros que a fôrça, a violência e a guerra (S. 49–54).

Nascimento e Silva, Geraldo Eulálio do: A personalidade internacional da Santa Sé (S. 55–68).

Carneiro, Levi: Os trabalhos da 2ª Comissão. (S. 69–78). Bericht über die Arbeit der mit dem Studium der panamerikanischen Sicherheitsfragen betrauten Kommission der Konferenz von Rio de Janeiro.

Lobo, Carlos Fernando Leckie: A parte dos Estados Unidos da América na criação da organização internacional do trabalho (S. 79–91).

— Ano 4, 1948

Accioly, Hildebrando: A ratificação e a promulgação dos tratados em face da Constituição Federal Brasileira (Nr. 7, S. 5–11).

Nascimento e Silva, Geraldo Eulálio de: As enviaturas pontificias e o direito internacional (S. 24–37).

Fonseca Hermes, J. S. da: Asilo Diplomático (S. 38–51). Verf. erläutert die

Leitsätze der Konventionen von Havanna 1928 und Montevideo 1933 sowie des brasilianischen Handbuchs für den diplomatischen Dienst.

Theiler, Eduardo: Os direitos e deveres internacionais do homem (S. 52–67).

Silva Castro, Paulus da: O direito internacional americano e o uti possidetis (S. 68–82). Verf. sieht in der aus dem römischen Recht übernommenen Formel die Ursache der meisten Grenzkämpfe in Südamerika.

Valladao, Haroldo: Extradicação e reciprocidade (S. 106–127). Wiedergabe eines Gutachtens zum belgischen Auslieferungsantrag Van Gelder.

Castilla, José Joaquín Caicedo: El arbitraje en las conferencias panamericanas hasta el pacto de Bogotá de 1948 sobre soluciones pacíficas (Nr. 8, S. 5–33).

Souares, Teixeira: A conferência internacional Americana de Bogotá (S. 40–49).

Accioly, Hildebrando: Um Caso de aplicação da doutrina relativa aos efeitos dos acordos internacionais (S. 50–56). An Hand der Meinungsverschiedenheit zwischen dem Vatikan und den angelsächsischen Mächten anlässlich der Besetzung Italiens 1944 untersucht Verf. die Wirkung zweiseitiger Verträge gegenüber Dritten.

Theiler, Eduardo: Os direitos e deveres internacionais dos Estados (S. 57–69).

Câmara Filho, José Sette: Hans Kelsen e a teoria pura do direito internacional (S. 70–91).

Valladao, Haroldo: Perda e reaquisição da nacionalidade brasileira (S. 139–145). Gutachten über das Verhältnis des brasilianischen Rechts zur panamerikanischen Konvention vom 23. 8. 1906.

Carneiro, Levi: Imunidade jurisdiccional de membro da missão diplomática do Brasil na Argentina (S. 146–163). Sr

Boletín del Instituto de Derecho Comparado de México. Año 5, 1952

Galindez, Jesús de: La inestabilidad constitucional en el Derecho comparado de Latinoamérica (Nr. 14, S. 45–65). Analyse des Verfassungslebens der lateinamerikanischen Republiken. Sr

Bulletin de Droit Tchécoslovaque. Année 8, 1950

Havelka, Jaroslav: Nouvelles lois concernant les églises en Tchécoslovaquie (S. 132–139). Apologetische Kommentierung der Gesetze No. 217 und 218 vom 14. 10. 1949 über die Neuordnung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche in der ČSR.

— Année 9, 1951

Fierlinger, Zdeněk: La loi tchécoslovaque sur la protection de la paix (S. 1–6). Vorbemerkung zu dem S. 5–6 abgedruckten Gesetz vom 20. 12. 1950.

Donner, Bohdan: Le procès des agents du Vatican (S. 103–108). Verf., Dozent an der Universität Prag, meint, die im November 1950 vor dem Staatsgerichtshof in Prag und im Januar 1951 vor dem Staatsgerichtshof in Preßburg eröffneten Prozesse gegen katholische Geistliche hätten bewiesen, daß »der Vatikan ein außerordentlich bedeutsames Werkzeug der internationalen, nach der Entfesselung des dritten Weltkrieges strebenden reaktionären Kräfte« sei.

Cihlář, Miroslav: L'évolution des Comités Nationaux (S. 227–246). Berichtet über die Entstehung, Fortbildung und gegenwärtige Rechtsstellung der Nationalkomitees als des »Fundaments« des Systems der Volksdemokratie in der ČSR.

Tesař, Zdeněk: La nouvelle réglementation du contrôle d'Etat en Tchécoslovaquie (S. 254–262). Kommentierung der Regierungsverordnung No. 73 vom 7. 9. 1951 über die Schaffung eines Ministeriums der staatlichen (wirtschaftlichen) Überwachung.

Schwarz, Edmund: Le nouveau droit tchécoslovaque de coalition et réunion (S. 270–276). Kommentierung des Gesetzes No. 68 vom 12. 7. 1951 betreffend freiwillige Organisationen und Versammlungen. Ws

— Année 10, 1952

Malovsky-Wenig, Arnošt: La nouvelle législation tchécoslovaque concernant les entreprises communales (S. 5–21).

Urválek, Josef: Le procès William Nathan Oatis et consorts (S. 53–61). Behandelt den Prozeß gegen den amerikanischen Journalisten Oatis, der wegen Spionage verurteilt wurde. Zn

Cahiers Internationaux. Revue Internationale du Monde du Travail. Année 4, 1952

Basso, Lélío: Démocratie et Constitution en Italie (No. 32, S. 13–26). Kritische Würdigung der neuen italienischen Verfassung von 1948 aus marxistischer Sicht.

Tersen, Emile: Les origines du protectorat tunisien (No. 33, S. 57–68). Verf. behandelt die Vorgeschichte des Protektoratsvertrags von Bardo am 11. 5. 1881 und die Entwicklung der französischen Politik in Tunis. Er ist der Ansicht, daß es sich um eine klare Unterdrückung der Eingeborenenbevölkerung handelt.

Lentin, A.-P.: Le Mouvement National en Tunisie: origines et histoire (No. 35, S. 59–80).

Soukhomline, Vassili: Les origines de la tension internationale (No. 36, S. 15–32).

Lanoue, Henri: Rivalités anglo-américaines au Siam (No. 42, S. 81–91). Bh

Cahiers de Législation et de Bibliographie Juridique de l'Amérique Latine. Année 1, 1947/1948

Institut de Droit Comparé de l'Université de Paris et Société de Législation Comparée, Direction: L. Julliot de la Morandière.

Marti, Jorge L.: La Constitution cubaine de 1940 (Nr. 1, S. 30–42). Bericht mit Bibliographie (S. 221–225).

Pellecer, Carlos Manuel: La nouvelle Constitution de la République du Guatemala Nr. 2, S. 20–26).

Rebora, Juan Carlos: Les sources législatives et les sources réglementaires de l'intervention de l'Etat dans les activités privées dans l'économie générale de la République Argentine (S. 178–194).

Dana Montañó, Salvador M.: Différenciation juridique et politique de la citoyenneté et de la nationalité (Nr. 3, S. 13–24).

Bacalao Lara, Enrique: La nouvelle constitution du Vénézuéla (S. 37–46).

— **Année 2, 1948/49**

Brigard Silva, Camilo de: La neuvième conférence internationale américaine de Bogotá (Nr. 5, S. 9–36).

Sampay, Arturo Enrique: L'Esprit de la réforme constitutionnelle en Argentine (Nr. 7/8, S. 11–23).

Remorino, Jerónimo: La Charte des Nations Unies et la Constitution Argentine (S. 25–39).

— **Année 3, 1949/1950**

Sidjanski, D.; S. Castanos: La Constitution de la République de Costa-Rica du 7 novembre 1949 (Nr. 9, S. 77–84). Sr

Cahiers des Nations Unies. 1947–1948

Publiés par l'Association Française pour les Nations Unies.

Scelle, Georges: Le Droit de Veto (Nr. 1, S. 4–9; Nr. 6, S. 9–12). Diskussionsbeiträge von Milhaud, Kopelmanas, Cot u. a.: Nr. 6, S. 12–22.

Serre, Philippe: Les Accords Régionaux (S. 23–27).

— **1950**

Boissarie, André: Le développement de la Justice Internationale (Nr. 14, S. 2–5).

— **1951**

Chaumont, Charles: Facteurs Nouveaux de la Sécurité Collective (Nr. 16, S. 7–11). Diskussionsbeiträge von Cassin, Grumbach, Cot, Boissarie u. a.: S. 11–20.

— **1952**

Ramadier, Paul: Réglementation, Limitation et Réduction Equilibrée de toutes les Forces Armées et de tous les Armements (Nr. 19, S. 6–10). Diskussionsbeiträge von Grumbach, Tessier, Viala u. a.: S. 10–18. Sr

The Canadian Bar Review. Vol. 26, 1948

Published by the Canadian Bar Association, Ottawa, Canada

MacDonald, Vincent C.: The Constitution in a Changing World (S. 21–45).

Scott, F. R.: Administrative Law: 1923–1947 (S. 268–285).

St. Laurent, Louis S.: The Charter of the United Nations (S. 363–372).

Jamieson, D. Park: Proceedings By and Against the Crown in Canada (S. 373–386).

Barnes, Sir Thomas: The Crown Proceedings Act, 1947 (S. 387–398).

Borchard, Edwin: Government Liability in Tort (S. 399–414).

Read, J. E.: International Agreements (S. 520–532).

Rutherford, G. S.: Delegation of Legislative Power to the Lieutenant-Governors in Council (S. 533–544).

—: *The Draft International Declaration and Covenant on Human Rights (S. 548–563).*

Read, J. E.: The Early Provincial Constitutions (S. 621–637).

—: *The Joint Committee on Human Rights and Fundamental Freedoms (S. 706–714).*

Cowen, Zelman: The Separation of Judicial Power and the Exercise of Defence Powers in Australia (S. 829–844).

Feaver, H. F.: The Corfu Channel Case: The Preliminary Objection of Albania (S. 924–933).

Schwartz, Bernard: Administrative Finality in Britain (S. 1072–1089).

—: *The Draft International Declaration of Human Rights (S. 1106–1112).*

Costello, John A.: Ireland in International Affairs (S. 1195–1211).

— **Vol. 27, 1949**

Shumiatcher, Morris C.: Section 96 of the British North America Act Re-examined (S. 131–152).

Schwartz, Bernard: Administrative Procedure in Britain (S. 381–394). Behandelt insbesondere die Rechtskontrolle der Verwaltungsverfahren durch die ordentlichen Gerichte.

Scott, F. R.: Dominion Jurisdiction Over Human Rights and Fundamental Freedoms (S. 497–536). Untersucht die Zuständigkeit der Bundesorgane auf diesen Gebieten im Rahmen der bundesstaatlichen Verfassung Kanadas.

Fitzgerald, Richard C.: Safeguards in Delegated Legislation (S. 550–574). Vorschläge auf Grund der britischen Praxis zur Verbesserung der Kontrolle über die delegierte Gesetzgebung der Exekutive.

Tarr, R. H.: The Administration of Foreign Exchange Control in Canada (S. 625–651).

Beasley, F. R.: The Exercise of "Judicial Power" in the Commonwealth of Australia (S. 686–701).

Jackson, Robert H.: Nürnberg in Retrospect (S. 761–781).

— **Vol. 28, 1950**

Ramaswamy, M.: The Constitution of the Indian Republic (S. 1–29). Überblick über die am 26. 1. 1950 in Kraft getretene indische Verfassung.

Schwartz, Bernard: The Changing Rôle of the United States Supreme Court (S. 48–61). Berichtet über die rechtsideologischen Einflüsse auf die neuere Rechtsprechung des Gerichtshofes.

Macaulay, R. W.: Total Expropriation of Commercial Premises (S. 390–406).

Behandelt die Festsetzung der Entschädigung im Entschädigungsrecht der kanadischen Provinz Ontario.

E l s e - M i t c h e l l , R.: *Transitional and Post-War Powers in the Commonwealth of Australia* (S. 407–421). Behandelt die Rechtsprechung des australischen High Court zur Verfassungsmäßigkeit australischer Bundesgesetze.

F i t z g e r a l d , R i c h a r d C.: *Safeguards in the Exercise of Functions by Administrative Bodies* (S. 538–563). Vorschläge für den Rechtsschutz gegenüber den wachsenden Zuständigkeiten der Exekutive.

H a l l i d a y , W a l t e r J.: *Inter-American Conventions for Protection of Trade-Marks* (S. 609–634).

R a m a s w a m y , M.: *The Constitutional Position of the President of the Indian Republic* (S. 648–660).

S c h w a r t z , B e r n a r d: *Administrative Finality – “Conclusive Evidence” Clause – Inquiry into Vires of Administrative Action – British, American and Canadian Parallels* (S. 673–679). Behandelt die Nachprüfbarkeit von Entscheidungen der Verwaltungsbehörden durch die ordentlichen Gerichte.

B o u r n e , C. B.: *Delegated Legislation – To be submitted to Parliament “as soon as possible” – Effect of Failure to Lay* (S. 791–796). Bericht über eine unveröffentlichte Entscheidung des West Indian Court of Appeal (*Springer v. Doorly*) zu dieser Frage.

R e n o u f , A l a n: *International Law – League of Nations – The Present Force of the Minorities Treaties* (S. 804–813). Behandelt die Frage der Weitergeltung der Minderheitenverträge anlässlich des am 1. 3. 1948 erteilten Auftrages des Wirtschafts- und Sozialrates der UN an das UN-Generalsekretariat zur Erstattung eines diesbezüglichen Rechtsgutachtens (inzwischen erstattet als UN Doc. E/CN. 4/367).

N e t t l , J. P.: *The Treaty Enforcement Power in Federal Constitutions* (S. 1051–1070). Rechtsvergleichende Darstellung dieses Problems im australischen, amerikanischen und kanadischen Verfassungsrecht.

L e e , G e r a r d A.: *The President of Ireland* (S. 1087–1103). Die verfassungsrechtliche Stellung des irischen Präsidenten.

– Vol. 29, 1951

R e n o u f , A l a n: *The Abortive Charter for an International Trade Organization* (S. 53–69).

L a w s o n , W. J.: *Canadian Military Law* (S. 241–255). Zum kanadischen National Defence Act, 1950.

S c h w a r t z , B e r n a r d: *The Administrative Courts in France* (S. 381–410).

B e a s l e y , F. R.: *Australia’s Communist Party Dissolution Act* (S. 490–514). Behandelt insbesondere die Entscheidung des australischen High Court vom 9. 3. 1951, durch die das obige Gesetz für verfassungswidrig erklärt wurde.

W a d e , E. C. S.: *Administrative Law – Prime Minister’s Personal Responsibility in Tort or Delict – Statutory Discretion* (S. 665–671).

MacDonald, Vincent C.: The Privy Council and the Canadian Constitution (S. 1021–1037). Behandelt die Geschichte und Bedeutung der durch den kanadischen Supreme Court Act, 1949 beseitigten Appellationsmöglichkeit von den kanadischen Gerichten an das Privy Council in London.

Laskin, Bora: The Supreme Court of Canada: A Final Court of and for Canadians (S. 1038–1079). Behandelt Struktur und Zuständigkeit des obersten kanadischen Gerichts, insbesondere in Verfassungsfragen.

Freund, Paul A.: The Supreme Court of the United States (S. 1080–1094). Darstellung seiner Bedeutung im Rechtsleben der USA.

Scott, F. R.: Centralization and Decentralization in Canadian Federalism (S. 1095–1125).

Pigeon, Louis-Philippe: The Meaning of Provincial Autonomy (S. 1126–1135). Behandelt die verfassungsrechtliche Entwicklung der kanadischen Provinzen zu bundesstaatlichen Gliedstaaten.

Gérin-Lajoie, Paul: Du pouvoir d'amendement constitutionnel au Canada (S. 1136–1179). Vorschläge für das Verfahren zur Verfassungsänderung in Kanada.

Denning, Sir Alfred: The Spirit of the British Constitution (S. 1180–1197).

— Vol. 30, 1952

Whitmore, E. F.: Judicial Control of Union Discipline. The Kuzych Case (S. 1–27). Behandelt die Entscheidung des Privy Council [1951] 2 All E. R. 435 über die gerichtliche Nachprüfbarkeit des Ausschlusses aus einer Gewerkschaft.

Sutherland, H.: Administrative Law – Privative Clauses and the Courts (S. 69–76). Behandelt die Frage, wieweit im angelsächsischen Recht den ordentlichen Gerichten die Nachprüfung der Akte von Verwaltungsbehörden und -gerichten durch Gesetz rechtswirksam entzogen werden kann.

Stone, Julius: International Law and International Society (S. 164–174). Zur Soziologie des Völkerrechts.

Martial, Jean A.: State Control of the Air Space Over the Territorial Sea and the Contiguous Zone (S. 245–263). Verf. kommt zu dem Ergebnis, daß ein Staat völkerrechtlich befugt sei, gewisse Kontrollrechte über den Luftraum vor seiner Küste auszuüben, und daß die von den USA und Kanada 1950 bzw. 1951 hierzu erlassenen Bestimmungen (Festlegung von "Air Defence Identification Zones") völkerrechtlich zulässig seien.

Schwartz, Bernard: Inherent Executive Power and the Steel Seizure Case: A Landmark in American Constitutional Law (S. 466–482). Kommentiert die Entscheidung des Supreme Court der USA vom 2. 6. 1952 – 72 Sup. Ct. 863 –, die die vom Präsidenten angeordnete Beschlagnahme der Stahlindustrie als ungesetzlich aufhob.

Cohen, Maxwell; Hazen Hansard; Donald D. Carrick; R. Bruce Taylor; A. Andras; Ian M. MacKeigan: The MacQuarrie Report and the Reform of Combines Legislation (S. 549–607). Die Verf. behandeln in

einzeln Beiträgen die kanadische Antitrustpolitik anlässlich der letzten gesetzgeberischen Maßnahmen vom 16. 6. 1952.

Whitmore, E. F.: Trade Unions – Disciplinary Action against Member (S. 617–623). Behandelt die Entscheidung des englischen Court of Appeal [1952] 1 All E. R. 1175, die von der vom Verf. im selben Band, S. 1–27 (siehe oben) besprochenen Rechtsprechung des Privy Council abweicht.

McWhinney, Edward: The Union Parliament, the Supreme Court, and the “Entrenched Clauses” of the South Africa Act (S. 692–722). Behandelt den südafrikanischen Verfassungsstreit anlässlich der Abänderung des verfassungsmäßig garantierten Wahlrechts der Farbigen durch den Separate Representation of Voters Act, 1951.

Murphy, Ewell E.: The War Power of the Dominion (S. 791–806). Behandelt die Kompetenz der gesamtkanadischen Gesetzgebungsorgane zum Erlaß von Kriegsgesetzen im Hinblick auf die sich aus der bundesstaatlichen Struktur Kanadas ergebenden Kompetenzbeschränkungen.

O’Connell, D. P.: A Re-consideration of the Doctrine of International Servitude (S. 807–818).

Hendry, J. McL.: Trade Unions – Wrongful Expulsion from Membership (S. 844–850).

Anderson, Ross: Administrative Law – Privative Clauses and the Courts – Australian Experience (S. 933–938). Berichtet über die australische Praxis zu dieser Frage (vgl. Sutherland im selben Bande, S. 69–76).

Friedmann, W.; F. E. La Brie; I. B. Milner; F. R. Scott: Loyalty Tests and the United Nations Secretariat (S. 1080–1083). Kritische Bemerkungen zu dem vom UN-Generalsekretär angeforderten Juristengutachten vom November 1952 über die Rechtsstellung der von den USA als unloyale Staatsbürger betrachteten UN-Sekretariatsbeamten. Je

Chroniques d’Outre Mer. 1952

Deschamps, A.: Le Haut Conseil de l’Union Française. Sa place et son rôle dans les institutions (Nr. 1, S. 4–6). Behandelt das Gesetz vom 24. 4. 1949 und die bis zu seinem Inkrafttreten zwischen Frankreich und den assoziierten Staaten geschlossenen Abkommen.

Goumain, Pierre: Les Territoires sous tutelle à l’O.N.U. (No. 3, S. 17–21).

G. B. Une amorce de Fédération africaine – l’East-Africa, High Commission – (Kenya, Uganda, Tanganyika) (No. 8–9, S. 7–11). Bh

Civilisations. Vol. 1, 1951

Caetano, Marcelo: Portuguese Oversea Territories (Nr. 4, S. 113–119).

Claveria, Manuel Melis: Notes on the Political and Legal Organization of the Spanish Territories in Africa (S. 120–125). Bh

La Civiltà Cattolica. Anno 103, 1952

Lener, S.: Esercizio di culti cattolici e propaganda di religioni diverse da quella dello Stato (S. 143–155; 400–415).

Messineo, A.: Il declino delle Nazioni Unite (S. 373–385).

Floridi, U. A.: Il nuovo Statuto del P. C. dell'URSS al XIX° Congresso del Partito Comunista (bolscevico) (S. 386–399). Rn

Columbia Law Review. Vol. 51, 1951

Wolfson, Richard F.: Extraordinary Writs in the Supreme Court Since Ex Parte Peru (S. 977–992).

— Vol. 52, 1952

Loewenstein, Karl: The Union of Western Europe: Illusion and Reality – I. An Appraisal of the Methods (S. 55–96); II. An Appraisal of the Motives (S. 209–240).

Perlman, Philip B.: On Amending the Treaty Power (S. 825–867). Warnt vor Beschränkung der Befugnisse der USA-Regierung in auswärtigen Angelegenheiten, wie sie im Senat Anfang 1952 vorgeschlagen wurde. Die Vermehrung des Einflusses der USA in der Welt und die Gefahren der Weltlage erfordern rasche Entschlüsse und weite Vollmachten.

— Vol. 53, 1953

Mullally, Mandeville: Military Justice: The Uniform Code in Action (S. 1–27). Kritische Würdigung des "Manual for Courts-Martial, United States, 1951", in Kraft seit 31. 5. 1951. Mr

La Comunità Internazionale. Vol. 7, 1952

Sperduti, Giuseppe: Il principio della buona fede e l'ammissione di nuovi membri nelle Nazioni Unite (S. 42–63).

Parenti, Giuseppe: Le grandi correnti migratorie dalla seconda metà del sec. XIX ai giorni nostri (S. 64–72).

—: *Le disposizioni economiche e finanziarie riguardanti l'Eritrea (S. 73–78).* Behandelt den Eritrea betreffenden Teil des Friedensvertrags mit Italien.

Rappard, William L.: Stati Unite e Nazioni Unite (S. 191–214). Verf. untersucht im Lichte der Arbeiten der 6. Session der UN-Generalversammlung den effektiven Einfluß der USA auf die UN und den Wahrheitsgehalt der Behauptung *Wischinsky's* in der Sitzung vom 8. 11. 1951, »die UN seien keine universale Organisation mehr, sondern eine solche der Wahrung der Interessen der amerikanischen Aggressoren«, mit dem im wesentlichen negativen Ergebnis: die UN seien zur Arena für den weltpolitischen Ost-West-Dualismus geworden, wobei die USA an der Spitze der einen Gruppe stehe, wie die USSR an der Spitze der anderen, mit freilich sehr verschiedenen Führungsmethoden.

Ruini, Carlo: Possibilità di realizzazione dell'Unione agricola europea (S. 215–226). Verf. zeigt die Voraussetzungen einer schrittweisen Verwirklichung der Idee.

Bassan, Ettore: Israele e le Nazioni Unite (S. 227–240). Behandelt die Entwicklung bis Dezember 1951.

Sterpellone, Alfonso: Prima fase dell'organizzazione nordatlantica (S. 257–270). Übersicht bis April 1952.

Fornari, Giovanni: La Somalia dei primi due anni di amministrazione fiduciaria italiana (S. 387–403).

Sperduti, Giuseppe: Governi in esilio e Comitati nazionali all'estero (S. 404–413).

Cialdea, Basilio: L'organizzazione delle conferenze per la pace (S. 414–449). Vergleichende Darstellung der Vorbereitungen zum Wiener Kongreß, zur Pariser Friedenskonferenz im ersten und zu den Friedenskonferenzen im und nach dem zweiten Weltkrieg.

Agó, Roberto: Considerazioni su alcuni sviluppi dell'organizzazione internazionale (S. 527–567). Verf. führt die im Vergleich mit den Zeiten vor und nach dem ersten Weltkrieg hohe Zahl internationaler Organisationen u. a. auf das Anwachsen gemeinsamer, von Einzelstaaten kaum zu bewältigender Aufgaben zurück und zeigt die Gemeinsamkeiten ihrer Struktur und ihres Verfahrens. Wirklich überstaatlichen Charakter habe nur die Montan-Union. Die im übrigen vorwiegend untersuchende, beratende und vorbereitende, den Willen der Mitgliedstaaten beeinflussende, nicht ersetzende Funktion der Organisation zeigt Verf. in ihrer Wirkung auf das Zustandekommen multilateraler Verträge; daneben stellt Verf. ihre »operativen«, helfenden Funktionen, die einer Ausführungstätigkeit der unterstützten Staaten oder Gebiete bedürfen, Funktionen der »unmittelbaren Aktion« (z. B. UNRRA) sowie Mischerscheinungen und Übergänge.

Sperduti, Giuseppe: Dalla disfatta della Germania agli accordi contrattuali di Bonn (S. 568–596). Nach Analyse der nach der deutschen Kapitulation entstandenen Rechtslage und der Methoden ihrer völkerrechtlichen Einordnung beschreibt und prüft Verf. die Entwicklung von der Bildung getrennter west- oder ostdeutscher Regierungen, die er beide als *de facto*-Regierungen qualifiziert, über das Petersberg-Abkommen und die »kleine Revision« des Besatzungsstatuts bis zu den Bonner Verträgen vom 26. 5. 1952, deren Zusammenhang mit der europäischen Integration er untersucht. Die Rechtsnatur der Bonner Verträge betrachtet er, unter dem Aspekt, daß der Kriegszustand mit Gesamtdeutschland fortbestehe, mit der 1949 konstituierten Bundesrepublik Deutschland (der der Verf. die Identität mit dem Reich absprechen zu wollen scheint) hingegen nie bestanden habe, als Fortsetzung der mit der New Yorker Erklärung vom 19. 9. 1950 (Text in dieser Zeitschrift Bd. 13, S. 667 ff.) und sich anschließenden Proklamationen und Gesetzen einzelner Staaten eingeleiteten Liquidation des Kriegszustandes. Die fortbestehende Besetzung Westdeutschlands qualifiziert Verf. als militärische Okkupation *sui generis*, den Status Westdeutschlands als Protektorat, trotz Engliederung in die EVG (S. 590), die Bundesregierung nach wie vor als *de facto*-Regierung. Die Übersicht schließt mit Betrachtungen über die Wiedervereinigung Deutschlands an Hand der einschlägigen Klauseln des Bonner Vertrags.

Toscano, Mario: Considerazioni su alcune peculiarità dell'attuale situazione politica internazionale (S. 597–609). Verf. sieht die Besonderheit der weltpolitischen Lage u. a. im Bestehen engerer Gemeinschaften (der atlantischen und der des Ostblocks), deren Mitglieder größtenteils der umfassenden Gemeinschaft der UN angehören und einander fortgesetzt Verstöße gegen früher (vor dem Zustandekommen der jetzigen Gemeinschaft) geschlossene politische Verträge vorwerfen. Er vergleicht die heutige Lage völkerrechtsgeschichtlich mit den Beziehungen zwischen den Gliedern der *Respublica Christiana* und den Staaten der nichtchristlichen Welt.

— **Vol. 8, 1953**

Paris, M. J. C.: Le Comunità europee e il Consiglio dell'Europa (S. 27–35). Am 28. 2. 1953 vor der Società Italiana per l'Organizzazione Internazionale gehaltener Vortrag des Generalsekretärs des Europa-Rats über dessen Beziehungen zu den neuen europäischen Gemeinschaften.

Monaco, Riccardo: Le funzioni dell'Organizzazione dell'Aviazione Civile Internazionale (S. 36–52).

Cialdea, Basilio: Formazione e sviluppi delle istituzioni europee (S. 53–83). Nach Betrachtung der Ursachen und Entwicklungsstufen der europäischen Integration, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, behandelt Verf. die West-Union, Entstehung und Statut des Europa-Rats, revisionistische Tendenzen und Straßburger Erörterungen einer europäischen politischen Gemeinschaft 1949/1950, die Beziehungen zwischen Europa-Rat, OEEC und West-Union, den Schuman-Plan, die Struktur der Montan-Union und den Pleven-Plan. Der zweite Teil soll die Entwicklung bis zu den Arbeiten der *ad hoc*-Versammlung weiterführen.

Domke, Martin: L'arbitrato nelle relazioni commerciali con partecipazione statale (S. 84–88). Behandelt die bisherigen Pläne und Entwicklungen in Richtung auf eine Unterwerfung von Wirtschaftsunternehmen mit staatlicher Beteiligung unter internationale Schiedsgerichtsbarkeit und entwirft Grundsätze einer sachgemäßen Regelung. Rn

Cuadernos de Estudios Africanos. 1950

Ibn Azzuz, Mohammad: Juntas Rurales; transformación del Agro Marroqui (Nr. 12, S. 9–27). Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Genossenschaftswesens bilde eine der Hauptaufgaben der Protektoratsverwaltung, die an einheimische Organisationen anknüpfe.

Quintano Ripollés, Antonio: Etapas de la Evolución de Egipto (S. 29–43).

Martín de la Escalera, Carmen: Reformas en Túnez (S. 57–65).

Cordero Torres, José Maria: Disposiciones de las Constituciones del Mundo sobre las Colonias y Dependencias Exteriores (S. 137–156; Nr. 13, S. 135–160).

— **1951**

Cordero Torres, José Maria: Marruecos. La Unión Francesa y España (Nr. 13, S. 35–42).

Benumeya, Rodolfo Gil: Resumen Actual de la Liga Arabe en su momento

central (S. 43–53). Betrachtungen zum 10. Jahrestag des Kongresses von Buenos Aires, auf dem zum erstenmal der Zusammenschluß der arabischen Mächte gefordert wurde.

Quintano Rippolés, Antonio: Libia, nuevo Estado africano (Nr. 14, S. 27–37).

Verplaetse, Julián: El punto cuatro, rumbo a su realización; sector Oriente Medio y Africa (No. 15, S. 9–17).

Cordero Torres, José María: Política y derecho internacional en las polémicas entre Oriente y Occidente (No. 16, S. 15–32). Die in schneller Entwicklung begriffenen Probleme der islamischen Völker und Staaten zeigen, wie schwierig die Abgrenzung von Völkerrecht und Politik sei.

— 1952

Rubio García, Leandro: Libia y los intereses franceses: El Fezzan (Nr. 17, S. 19–36).

Bensabat, Salomon J.: Los Judíos en Marruecos (S. 37–48).

Gómez Aparicio, Pedro: España y el mundo árabe (Nr. 18, S. 9–19).

Rubio García, Leandro: La unión de Africa del Sur y los «Protectorados» (Nr. 19, S. 19–30). Die von der Südafrikanischen Union umgebenen und von ihr beanspruchten Protektorate Basutoland, Betschuanaland und Swaziland werden von Großbritannien weiterhin auf Grund des Asquith-Compromisses von 1909 für die Krone verwaltet. Verf. zeigt die Probleme, die sich bei einer Übernahme dieser Gebiete durch die Union unter dem Regime der *apartheid* ergeben.

Gil Benumeja, Rodolfo: Resumen de la cuestión actual del Sudán (S. 31–41).

Martín de la Escalera, Carmen: Estados Unidos, su «anticolonialismo» y Túnez (S. 43–55).

Cordero Torres, José María: Balance colonial del último tercio de siglo (Nr. 20, S. 9–29). Sr

Cuadernos de Política internacional. 1952

Cordero Torres, José María: El problema de Tánger (Nr. 9, S. 9–15). Verf. erläutert die spanische Note vom 7. 4. 1952 an die im Kontrollkomitee vertretenen Mächte.

Oyarzun Iñarra, Román: La cuestión del Sarre, problema internacional (S. 45–60). Verf. stellt die Standpunkte der französischen, saarländischen und westdeutschen Regierungen einander gegenüber und untersucht die politischen Entwicklungsmöglichkeiten in einem vereinten Europa.

Rubio García, Leandro: Problemas en Africa del Sur (S. 73–88).

García Arias, Luis: El Tratado de Paz con Finlandia (S. 181–203).

Strausz-Hupé, Robert: Los acuerdos contractuales y la defensa de Europa (Nr. 10, S. 9–19).

Sierra Nava, José María: El sistema de seguridad en el Pacífico (S. 51–59).

García Arias, Luis: La Comunidad Europea de Defensa (S. 175–188).

Oyarzun Iñarra, Román: Etapas de la integración europea: El Consejo de Europa y el Plan Schuman (Nr. 11, S. 25–38). Die Inkraftsetzung der Montan-Union und die Beratung der anderen technischen Europa-Pläne während der 3. Session des Europa-Rats bedeuten einen neuen Schritt zur europäischen Integration. Verf. bemerkt jedoch auch die doppelte Politik Frankreichs bezüglich der Saar.

Losada, Angel: La cuestión del Sarre (S. 41–47).

Lorente, Luis María: El Pacto de Seguridad del Pacífico (S. 71–81).

Tremont, Jacques: Notas al Tratado que establece la Comunidad Europea de Defensa (S. 165–176). Sr

Cuadernos de Política social. 1949

Instituto de Estudios Políticos, Madrid. Director: F. J. Conde.

González-Rothvoss, Mariano: Los problemas actuales de la emigración española (Nr. 1, S. 29–136; Nr. 2, S. 27–91; Nr. 3, S. 67–107). Nach Darstellung der spanischen Auswanderungsgesetzgebung berichtet Verf. über die mehr- und zweiseitigen Auswanderungsabkommen, über die soziologischen und wirtschaftlichen Gründe der spanischen Auswanderung und über verwaltungs- und steuerrechtliche Fragen der Aus- und Rückwanderung.

— 1950

Catalá, Marcelo: Tratados bilaterales de carácter social (Nr. 8, S. 9–41). Behandelt die von Spanien geschlossenen sozialrechtlichen Verträge.

— 1952

Losada, Angel: La gestión en Alemania occidental (Nr. 15, S. 97–106). Sr

Current History. Vol. 22/23, 1952

Haviland Jr., H. Field: The United Nations: Effects on American Government (Vol. 22, S. 13–18). Verf. gibt einen Überblick über die verschiedenen Behörden und Ämter der USA, die mit den UN zusammenarbeiten, und fordert engere Zusammenarbeit der einzelnen Stellen. Als letztes Ziel betrachtet er eine direkte Einflusnahme der Völker der Welt auf die Organe der UN.

Shotwell, James T.: The United Nations: Strengthening World Government (S. 30–34). Die UN seien in der Absicht gegründet, Kriege durch Aussprachen und Vergleiche zu verhüten. Als Präventivmittel nennt Verf. den Nordatlantikpakt.

Stuart, Graham H.: Presidential Control of Foreign Policy (S. 207–210). Verf. behandelt die Möglichkeiten des Präsidenten der USA, die Außenpolitik trotz der vielfach vorgesehenen Zustimmung des Kongresses zu führen. Beim Kongreß, nicht beim vielfach unberechtigt angegriffenen State Department liege die Bestimmung der Außenpolitik.

Lawson, Ruth C.: The United Nations: Disarmament and Propaganda (S. 216–220). Berichtet über die Abrüstungsvorschläge des Westens und der UdSSR und deren propagandistische Auswirkungsmöglichkeiten. Nach dem russischen Vorschlag wäre

es nicht möglich, durch ein Sicherheitssystem an Stelle von Einzelaufrüstungen den Staaten ihre Furcht zu nehmen.

Fay, Sidney B.: Toward the Defense of Europe: Some of the problems faced by the Europeans (S. 257–264). Befaßt sich mit den sich aus dem Atlantikpakt bei den einzelnen Mitgliedstaaten ergebenden Problemen und den Bestrebungen, die Organisation zu verbessern.

Loewenstein, Karl: Soviet Germany, I. Communization (S. 278–284); *II. Constitution and Government* (S. 334–339). Überblick über die Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsmacht, die bestehenden Parteien, den Aufbau der Länder, die Wirtschaftsplanung und die Vorgänge zur Schaffung der Verfassung in der Sowjetzone.

Fay, Sidney B.: Toward European Unity: Two paths are open (S. 321–327).

Burbank, Lyman B.: Scandinavia and N.A.T.O. (Vol. 23, S. 20–23).

Comstock, Alzada: Government Controls and British Transports. I. Background of Nationalization (S. 135–138); *II. Attempts of Denationalization* (S. 291–294).

Hsi-en Chen, Theodore: Relations Between Britain and Communist China (S. 295–303). HWW

Comstock, Alzada: Developing Commonwealth (S. 381–385). Zeichnet die staatsrechtliche Entwicklung der wichtigsten Commonwealth-Länder seit Ende der zwanziger Jahre und die noch bestehenden Gemeinsamkeiten.

— Vol. 24/25, 1953

Towster, Julian: Presidium Replaces Politburo: To avoid problems of succession (Vol. 24, S. 1–5). Beschreibt den alten und den neuen organisatorischen Aufbau des Staates und der Parteiführung der UdSSR.

Schuman, Frederic L.: The Nazi Road to War. I. The Conquest of Poland (S. 22–25). Behandelt die Kriegsvorbereitung gegen Polen und den Abschluß des deutsch-sowjetischen Vertrags vom 23. 8. 1939.

Watanabe, Masaharu; Hugh H. Smythe: After the Japanese Occupation (S. 32–38). Verf. berichtet über die Besatzungspolitik zwischen Kapitulation und Friedensvertrag.

Bushnell, David: What Happened to Democracy in Columbia? (S. 38–42). Überblick über politische Parteien und politische Situation des Landes nach der Revolution vom 9. 4. 1948. Ut

Démocratie Nouvelle. Année 6, 1952

Lescure, François: Elections «inquiétantes» aux Indes (S. 185–188).

Magnien, Marius: Neutralité scandinave? (S. 197–200). Den Interessen der skandinavischen Staaten könne nur durch Rückkehr zu strikter Neutralitätspolitik gedient werden. Bh

Deutsches Verwaltungsblatt. Jg. 67, 1952

Arndt, Adolf: Das Bundesverfassungsgericht. Sein Verfahren (S. 1–5).

Aris, Reinhold: Die Ernennung und Ausbildung der englischen Berufsbeamten

(S. 129–133). Erläutert die Auswahlarbeit der Civil Service Commission, der Verf. als nebenamtlicher Prüfer angehört.

Wessel: *Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungsbeschwerde* (S. 161–164). Verf. ist Richter am Bundesverfassungsgericht.

Krömer, Eckart: *Die Entwicklung des öffentlichen Rechts in der sowjetischen Besatzungszone (Deutsche Demokratische Republik) im Jahre 1951* (S. 268–272).

Scheuner, Ulrich: *Probleme und Verantwortungen der Verfassungsgerichtsbarkeit in der Bundesrepublik* (S. 293–298). Verf. vergleicht die historischen und ideellen Wurzeln der Verfassungsgerichtsbarkeit in den USA, der Schweiz, Großbritannien und Frankreich und findet sie überwiegend in bundesstaatlichen Verhältnissen. Politisch könne ein Streit u. a. durch seinen Gegenstand sein: das Verfassungsrecht als politisches (die oberste Zielsetzung und Selbstbestimmung des Staates behandelndes), zugleich bewußt bewegliches und unvollständiges Recht. Die hier auftretende Aufgabe der Lückenergänzung und Begriffspräzisierung sei echte richterliche, solange sie noch Auslegung sei. Rechtsgestaltung hingegen sei dem Verfassungsgericht fremd. Unter den vier Hauptaufgaben des Bundesverfassungsgerichts rühre die Normenkontrolle an die Gewaltenteilung, sei daher erst nach Abschluß des parlamentarischen Verfahrens, nicht aber vorbeugend zulässig. In der Gutachtertätigkeit empfiehlt Verf. Zurückhaltung.

Grabendorff, Walter: *Verfassungsrechtliche Prolegomena zum Personalvertretungsrecht und zur Mitbestimmung im öffentlichen Dienst* (S. 326–330).

Roach, J. O.: *Die Tätigkeit des englischen Civil Service Selection Board* (S. 330–332). Verf. war bis 1949 stellvertretender Vorsitzender des Board.

Weber, Hellmuth von: *Die Rechtsstellung nationaler Minderheiten nach dem Strafrechtsänderungsgesetz* (S. 525–526). Untersucht, in welcher Weise nach dem den Gebietshochverrat unter Strafe stellenden Gesetz vom 30. 8. 1951 die Bestrebungen von Minderheiten Gebietsteile »loszureißen« oder »loszulösen« zu qualifizieren sind. Wesentlich sei, ob man mit der bis zum 1. Weltkrieg herrschenden Auffassung den *status quo* als maßgebend ansehe (legitimizistische Auffassung), oder ob der spätere Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu berücksichtigen sei. Verf. kommt zu dem Ergebnis, daß die gewaltsame Loslösung von Gebietsteilen zwar keinen Straftatbestand *de lege lata* erfülle, nunmehr aber dann als rechtswidrig anzusehen sei, wenn sich aus den Regeln des Völkerrechts kein Rechtfertigungsgrund ergebe.

Schneider, Hans: *Deutsche Mitarbeit am Internationalen Institut für Verwaltungswissenschaften* (S. 526–527). Berichtet über Bestrebungen zur Aufnahme Westdeutschlands als Mitglied, die derzeitige Organisation und Funktion des Instituts und die Tagung vom 6.–9. 6. 1952.

Krömer, Eckart: *Die Entwicklung des öffentlichen Rechts in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (Deutsche Demokratische Republik) im ersten Halbjahr 1952* (S. 593–596).

Scheuner, Ulrich: *Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und das*

Verfassungsrecht der Bundesrepublik (S. 613–618, 645–649). An Hand einer Untersuchung der vom Gericht angewandten Auslegungsgrundsätze stellt Verf. fest, daß die Auslegung aus dem Wortlaut in Verbindung mit dem Sinnzusammenhang einer solchen aus der Entstehungsgeschichte vorgehe. Die Anerkennung der Möglichkeit verfassungswidrigen Verfassungsrechts sei *in concreto* bisher nicht erfolgt. Verf. will eine solche nur gelten lassen, wenn sie sich am überpositiven Recht erweise. Er begrüßt die Anerkennung ungeschriebenen Verfassungsrechts, warnt jedoch vor der im Leitsatz 27 des Südweststaat-Urteils nach seiner Ansicht sich offenbarenden Auffassung, überpositives Recht sei als eine Art subsidiärer Rechtsquelle anzusehen. Erfreulich sei die Zurückhaltung des Gerichts bei der sachlichen Überwachung der Legislative. Die Tätigkeit des Verfassungsgerichts bleibe trotz Normenkontrolle immer echte richterliche Tätigkeit und nicht materielle Gesetzgebung. Dies erweise sich an der durch die konkrete Entscheidung gebundenen engen Rechtskraft der Urteile. Verf. untersucht dann an Hand des Südweststaat-Urteils die Beziehungen zwischen Bund und Ländern, behandelt eingehend den Gleichheitsgrundsatz und das Staatsangehörigkeitsrecht und billigt die einengende Handhabung der Verfassungsbeschwerde.

Henrichs, Wilhelm: Der Parteibegriff im deutschen Kommunalwahlrecht (S. 677–682).

Ule: Die staatliche Intervention im Bereich der Wirtschaft (S. 719–723). Bericht über die Tagung der deutschen Staatsrechtslehrer am 16./17. 10. 1952 in Marburg nebst Leitsätzen der Referenten Scheuner und Schüle.

Hering: Organisation und Verantwortung der Gemeinde in der Bundesrepublik (S. 724–725).

Kern, Ernst: Aufgaben und Möglichkeiten eines supranationalen Beamtenrechts (S. 741–745). Behandelt an Hand der früheren Anstellungsverträge des Völkerbundes und der derzeitigen Regelung in den UN Fragen der Weisungsgebundenheit der Funktionäre nationaler Behörden, Auswahl-, Versorgungs- und Gehaltsfragen.

Menger, Christian-Friedrich: Die Gegenwartslage des Staatskirchenrechts (S. 749–753).

— Jg. 68, 1953

Bender, B.: Der nichtige Verwaltungsakt (Ein kritischer Beitrag zum Theorienstreit) (S. 33–38). Unter Ablehnung der Auffassung der Reinen Rechtslehre, es könne rechtslogisch nur gültige oder nichtige Verwaltungsakte geben, hält Verf. die Aufrechterhaltung der Dreiteilung und damit die Beibehaltung der Rechtsfigur des »vernichtbaren Verwaltungsaktes« aus Gründen der Rechtssicherheit im Sinne des Vertrauensschutzes für geboten. Entgegen der »objektiven« Theorie, welche die Frage der Nichtigkeit nach der Schwere des Mangels beantworten will, folgt Verf. der »Evidenztheorie«, wonach die Offenkundigkeit als Merkmal ausschlaggebend ist. Die von Heyen und H. J. Wolff vertretene Theorie der abstrakten Nichtigkeit wegen »absoluter« Rechtswidrigkeit sei der »Evidenztheorie« unterlegen.

Dg

Documenti di vita italiana. Vol. 12, 1953

—: *Dall'isolamento dell'immediato dopoguerra al Patto Atlantico e al processo di unificazione europea* (S. 981–1002). Im Rahmen des Sonderhefts «La Rinascita dell'Italia (1945–1952)» wird die außenpolitische Entwicklung vom Waffenstillstand 1944 über den Friedensvertrag von 1947 und dessen Revision bis zum Nordatlantikpakt und der Mitwirkung Italiens in der europäischen Einigungsbewegung dargestellt, unter Zusammenstellung der wichtigeren zwei- und mehrseitigen Nachkriegsverträge, an denen Italien beteiligt ist. Rn

Europa Archiv. Jahr 7, 1952

Cornides, Wilhelm; Hermann Volle: Atlantikpakt und Europäische Verteidigungsgemeinschaft. 1. Teil: Kollektive Sicherheit und europäische Verteidigung (S. 4613–4617); 2. Teil: *Die Positionskämpfe innerhalb der Atlantikpakt-Organisation* (S. 4618–4625); 3. Teil: *Der innere Aufbau der Nordatlantikpakt-Organisation* (S. 4745–4753); 4. Teil: *Die Auswirkungen der Verteidigungsbemühungen der NATO-Länder* (S. 4753–4763); 5. Teil: *Die Einbeziehung der Bundesrepublik in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft* (S. 5020–5040).

Guiton, Jean: Die französische Außenpolitik nach dem Kriege. Eine Übersicht (S. 4651–4656).

Brügel, J. W.: Die internationale Gewerkschaftsbewegung (S. 4663–4670).

Meissner, Boris: Die sowjetische Deutschlandpolitik. Von Stalingrad bis Potsdam 1943–1945 (S. 4683–4694, 4907–4920). Fortsetzung des in dieser Zeitschrift Bd. 14, S. 623 angezeigten Aufsatzes.

Heinze, Kurt: Völkerrechtsprobleme des Verteidigungsbeitrages der deutschen Bundesrepublik (S. 4711–4723). Die Wiederaufrüstung Deutschlands stehe in keinem rechtlichen Zusammenhang mit der deutschen Kapitulationserklärung und sei deshalb kein Vertragsbruch Westdeutschlands gegenüber der UdSSR.

Abendroth, Wolfgang: Die Diskussion über gesamtdeutsche Wahlen. Übereinstimmung und Gegensatz in den Gesetzentwürfen von Bonn und Pankow (S. 4781–4786).

Abendroth, Wolfgang: Die gegenwärtige völkerrechtliche Bedeutung des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 (S. 4943–4955). Verf. prüft, auf welcher Rechtsgrundlage die Verhandlungen zwischen Ost und West sich zu vollziehen haben. Da die UdSSR wegen Art. 107 der UN-Charta die Organisation der UN als Rechtsgrundlage ablehne, bleibe nur die Frage, wie weit das Potsdamer Abkommen von 1945 rechtlich noch etwas bedeuten könne. Er prüft es eingehend durch und stellt fest, daß bis jetzt keine der beteiligten Mächte den politisch naheliegenden Versuch gemacht habe, sich von dem Abkommen loszusagen. Er hält das Potsdamer System deshalb, entgegen *Schwarzenberger*, für rechtsverbindlich, wenn auch sein Organ, der Kontrollrat, gegenwärtig nicht handlungsfähig ist. Er kommt zu dem Ergebnis, daß sich aus dieser Rechtslage für den deutschen politischen Standpunkt auch Vorteile ergeben, weil sie eine Bindung der Mächte bedeute, nur Gesamtdeutschland als Völkerrechtssubjekt zu behandeln. Dies verhindere, daß die Spaltung

Deutschlands eine endgültige werde, daß die Ostgrenze legalisiert und das Saargebiet endgültig annektiert werde.

Mickwitz, Eugen von: Die internationalen Bemühungen zum Abbau der Handelsschranken. Die Entwicklung seit dem Abschluß der Konferenz von Torquay am 21. April 1951 (S. 4956–4962).

Kielmansegg, Johann Adolf Graf: Der Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (S. 5009–5019).

Heiser, Hans Joachim: Großbritannien und die europäische Integration (S. 5073–5084).

Feldmann, Erika: Die Arbeit der Beratenden Versammlung des Europarates im Frühjahr 1952 (S. 5085–5090).

Brügel, J. W.: Sicherung des Friedens durch Ausgestaltung des Völkerrechts. Die Arbeiten der Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen (S. 5135–5137). Verf. behandelt die Genocide-Konvention und die neuesten Bemühungen um die Angreiferdefinition.

Brügel, J. W.: Das Zusatzprotokoll zur Straßburger Konvention über die Menschenrechte (S. 5137–5140).

Erl er, Georg: Die Rechtsprobleme der deutschen Auslandsschuldenregelung und ihre Behandlung auf der Londoner Schuldenkonferenz (S. 5165–5179). Verf. behandelt die durch die Londoner Schuldenkonferenz des Jahres 1952 aufgestellten Empfehlungen für den Abschluß von Verträgen zur Regelung der deutschen Auslandsschulden. Er behandelt die Frage der deutschen Vor- und Nachkriegsschulden, den Begriff der Vorkriegsauslandsschuld, die Anwendbarkeit der Geldklausel u. a. m. Die wirtschaftlichen und politischen Probleme der Schuldenregelung werden besonders berücksichtigt.

Pegg, C. H.: Die Résistance als Träger der europäischen Einigungsbestrebungen in Frankreich während des zweiten Weltkrieges (S. 5197–5206).

Burchard, Hans-Joachim: Die internationalen Organisationen des Luftverkehrs (S. 5209–5217).

Guiton, Jean: Probleme der Französischen Union (S. 5231–5238; wird fortgesetzt).

Herrmann, Walther: Internationale Bestrebungen der Unternehmerverbände (S. 5247–5250). Verf. behandelt die Handelskammern und die sonstigen internationalen Zusammenschlüsse der Arbeitgeberverbände und der Fachverbände.

Menzel, Eberhard: Der Friedensvertrag mit Japan (S. 5261–5266, S. 5355–5368).

Bh

The Far Eastern Quarterly. Vol. 10, 1950/51

Kroef, Justus M. van der: Indonesia and the Origins of Dutch Colonial Sovereignty (S. 151–169).

Hsu, Immanuel C. Y.: Allied Council for Japan (S. 173–178). Skizziert Organisation und Funktion des Alliierten Kontrollrats für Japan. Verf., früheres Mitglied

der chinesischen Delegation beim Kontrollrat, unterstreicht die Bedeutungslosigkeit dieses Organs für die Besatzungspolitik in Japan.

— Vol. 11, 1951/52

Trefousse, H. L.: Germany and Pearl Harbor (S. 35–50). Auf Grund neuerdings veröffentlichter Dokumente kommt Verf. zu dem Schluß, daß Deutschland bei dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor nur eine sehr untergeordnete Rolle gespielt habe.

Le ar, Elmer N.: Collaboration in Leyte: the Philippines Under Japanese Occupation (S. 183–206). Macht z. T. detaillierte Angaben über die zunehmend schärfer gewordenen japanischen Besatzungsmaßnahmen. Sucht die Bereitschaft zur Kollaboration mit der Besatzungsmacht zu erklären und zu entschuldigen. Ws

Förvaltningsrättslig Tidskrift. Årg. 15, 1952

Her litz, Nils: Komparativ förvaltningsrätt [Vergleichendes Verwaltungsrecht] (S. 171–183).

Eek, Hilding: Offentlig förvaltning i Förenta staterna [Öffentliche Verwaltung in den Vereinigten Staaten] (S. 184–202).

Hessler, Henrik: Om staten som rättssubjekt [Über den Staat als Rechtssubjekt] (S. 303–326). Rn

Foreign Affairs. Vol. 30, 1951/52

Dulles, John Foster: Security in the Pacific (S. 175–187). Verf. behandelt die von den USA mit Japan, den Philippinen, Australien und Neuseeland abgeschlossenen Sicherheitspakete.

Menzies, Robert Gordon: The Pacific Settlement Seen from Australia (S. 188–196). Verf. macht australische Bedenken gegen den Friedensvertrag mit Japan geltend.

Papagos, Alexander: Guerrilla Warfare (S. 215–230). Verf. gibt einen Überblick über die Taktik der kommunistischen Partei Griechenlands während der deutschen Besetzung zur Errichtung einer Befreiungsarmee (ELAS), sowie über deren Kriegsführung von 1945–1949 und die Gegenmaßnahmen der Regierung.

Malik, Charles: The Near East: The Search for Truth (S. 231–264). Verf. behandelt die kulturelle, politische und wirtschaftliche Struktur der Nahost-Staaten und deren Beziehungen untereinander und zur westlichen Welt unter Hinweis auf deren Fehler und die ihr obliegende Verantwortung.

Kruls, H. J.: The Defense of Europe (S. 265–276).

Patten, J. W.: Alternatives to Apartheid in South Africa (S. 310–326).

Dethleffsen, Erich: The Chimera of German Neutrality (S. 361–375). Verf. kommt bei der Untersuchung der politischen Verhältnisse in Europa zum Ergebnis, daß eine deutsche Neutralität nicht wünschenswert und auch unmöglich sei. Er sieht das Ziel in einer Integration Deutschlands in einem übernationalen europäischen Staatenverband.

- Handler, M. S.: Communist Dogma and Yugoslav Practice (S. 426–443).*
- Brannen, Barry: The Soviet Conquest of Rumania (S. 466–487).*
- Schmid, Carlo: Germany and Europe: The German Social Democratic Program (S. 531–544).*
- Soustelle, Jacques: France and Europe: A Gaullist View (S. 545–553).*
- Nettl, Peter: Economic Checks On German Unity (S. 554–563).* Verf. zeigt Schwierigkeiten wirtschaftlicher und struktureller Art im Falle einer Wiedervereinigung Deutschlands.
- Guillaume, Augustin: The French Accomplishment in Morocco (S. 625–636).*

Vol. 31, 1952/53

- Hallstein, Walter: Germany's Dual Aim: Unity and Integration (S. 58–66).* Verf. legt die deutsche politische Lage und die Bestrebungen der Regierung dar. Er behandelt die dahingehenden Vertragswerke (Montanunion, EVG- und Deutschlandvertrag).
- Spofoord, Charles M.: NATO's Growing Pains (S. 95–105).* Verf. sieht die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die wirtschaftliche Stärkung der Vertragsstaaten als wesentliches Ziel und Problem.
- Mansholt, S. L.: Toward European Integration: Beginnings in Agriculture (S. 106–113).* Verf. geht auf die verschiedenen Bestrebungen ein, in Europa den nationalen Souveränitätsbegriff durch wirtschaftliche Integration abzubauen. Besonders behandelt er den niederländischen Agrarplan vom 1. 11. 1950 und den Pflimlin-Plan vom Mai 1951.
- Welensky, Roy: Toward Federation in Central Africa (S. 142–149).* Verf. behandelt die Pläne zum Zusammenschluß von Nord- und Südrhodesien und Nyasaland, die diesbezügliche Konferenz in London im Mai 1952 und die Gegenargumente der eingeborenen Führer.
- Armstrong, Hamilton Fish: The World Is Round (S. 175–199).* Verf. behandelt die Grundzüge der amerikanischen Gegenwarts politik und legt die Möglichkeiten ihrer Änderung dar. Er tritt für eine kräftige Unterstützung der UN und der mit den USA verbündeten Mächte ein.
- Mosely, Philip E.: The Nineteenth Party Congress (S. 238–256).* Bericht über den Kongress der sowjetischen kommunistischen Partei vom 5. 10. 1952.
- Gell, C. W. M.: Hard Choices in South Africa (S. 287–300).* Schildert die Entwicklung des südafrikanischen Verfassungstreits seit 1951 und gibt einen Einblick in die ideologischen Hintergründe und die politischen Motive.
- Spencer, Arthur: Finland Maintains Democracy (S. 301–309).* Zeigt die politische Entwicklung und die Gründe für das erfolgreiche Beibehalten der Demokratie.

Ut

Foreign Service Journal. Vol. 29, 1952

- Gordon, J. C.: Diplomatic Immunity (Nr. 1, S. 23, 46–47).* Geschichtlicher Überblick.

Ut

Friedens-Warte. Bd. 51, 1951/52

Wengler, Wilhelm: Der Begriff des Völkerrechtssubjekts im Lichte der politischen Gegenwart (S. 113–142). Die Beantwortung der Frage nach der alleinigen Rechtsfähigkeit des Staates im modernen Völkerrecht hänge ab von der Prüfung, ob die Interessenlage zwischen Staat und Einzelperson sich gewandelt habe, denn gerade hieran habe sich das klassische Völkerrecht, insbesondere bei dem Problem der Unrechtsfolge, orientiert. Die Tatsache, daß Friedensbrecher heute nicht nur ein Staat sein könne, sondern auch eine Organisation, ein Staatsteil oder eine politische Interessengruppe, deute auf eine solche Wandlung hin. Aber auch außerhalb der Kriegsbetrachtungen komme heute eine zumindest partielle völkerrechtliche Rechtsfähigkeit Organisationen wie Kirche, Gewerkschaft oder internationalen politischen Parteien zu. Ebenso lasse die wachsende Bedeutung von übernationalen, verfassungsähnlichen Gebilden wie die Spezialorganisationen der UN einen Wandel der Rechtsnatur des Völkerrechtssubjekts erkennen. Hinzu komme, daß die Staatsbürger auf das völkerrechtsgemäße Verhalten ihrer Regierungen einen denkbar geringen Einfluß haben. Niemand mache, auch nicht moralisch, heute noch ein Volk, wie früher, unter allen Umständen für das Verhalten seiner Regierung verantwortlich. Dies habe zur Folge, daß sich die früher unbekannte Individualhaftung mehr und mehr durchsetze, wenn auch ihre Wirkung auf Grund einer Überbetonung des Notstandsgedankens zweifelhaft bleibe. Verf. schlägt vor, die nach dem 2. Weltkrieg als ungerecht empfundene Kollektivhaftung durch eine Risiko- oder Gefährdungshaftung im Anschluß an das in der französischen Rechtslehre herausgearbeitete Institut der Tumultschädenhaftung zu ersetzen. Er schließt mit der Feststellung, daß die Frage nach der Völkerrechtssubjektivität und diejenige nach der völkerrechtlichen Haftung letztlich identisch seien.

Hummer, P. O.: The authority of Advisory Opinions of the International Court of Justice and the Acceptance of the Second Opinion by the General Assembly (S. 143–150). Behandelt das Gutachten vom 11. 4. 1949 im Hinblick auf dessen Rechtswirkung.

Roth, Andreas: Das Kondominium im Sudan (S. 151–156). Behandelt in diesem Zusammenhang dogmatische Fragen der *joint sovereignty*.

Tarante, Jacqueline: Le plan Schuman et la main-d'œuvre (S. 157–169). Insbesondere Ausführungen über die Möglichkeiten zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit, über den Lebensstandard der Arbeiter, ihre Freizügigkeit und Möglichkeiten ihrer Beteiligung an wirtschaftspolitischen Entscheidungen.

Brügel, J. W.: Das Recht der Petition an eine internationale Instanz (S. 217–232). Erläutert die Praxis der UN bei Behandlung der Eingaben von Einzelpersonen oder Personenverbänden, welche Menschenrechtsverletzungen behaupten und ein Einschreiten dagegen begehren. Lauterpacht stehe leider mit der Ansicht allein, die Auslegung des Art. 2 Abs. 7 der UN-Charta lasse nicht nur eine Prinzipienklärung zugunsten der Petenten zu, sondern auch konkrete Maßnahmen, die nicht unbedingt mit dem Begriff »Intervention« gleichzusetzen seien. Verf. behandelt das Petitionsverfahren vor dem Treuhandschaftsrat, den australischen

Vorschlag eines internationalen Gerichtshofes für die Menschenrechte, die in der europäischen Konvention für die Menschenrechte vom 4. 11. 1950 vorgesehene Regelung und die Deklaration vom 10. 12. 1948.

Lalivè, Pierre A.: La quarante-cinquième Session de l'Institut de Droit International. Sienne, 17–26 avril 1952 (S. 233–253). Tagungsbericht über die Hauptreferate: Zusammensetzung des IGH; Wirkungen von Gebietsveränderungen auf die Staatsangehörigkeit; internationale Wirkungen von Verstaatlichungen; die Interpretation von Verträgen; die Immunität ausländischer Staaten.

Jully, Laurent: Les réserves aux conventions multilatérales (S. 254–275). Bericht über die Arbeit der International Law Commission und das Gutachten des IGH vom 28. 5. 1951 betreffend die Genocide-Konvention. Dg

The Georgetown Law Journal. Vol. 38, 1949/50

Fahy, Charles: Notes on Developments in Constitutional Law, 1936–1949 (S. 1–31). Verf. vergleicht den Standpunkt des Supreme Court der USA von 1936 und 1949 zu Fragen des *commerce clause*, des *due process clause* und der *civil liberties*. Er stellt nach Überprüfung vieler Entscheidungen fest, daß bei den ersten beiden Fragen, vor allem auf Grund der Vermehrung der Richter durch *Roosevelt* und der damit verbundenen Ausschaltung der konservativen Kreise, das Gericht sich in Verfassungsfragen stärker den Ansichten der gewählten Vertreter der Gesetzgebung zugeneigt habe, während die Grundrechte des Einzelnen weiterhin gut geschützt würden.

Mason, Malcolm S.: Conflicting Claims to German External Assets (S. 171–199). Verf. behandelt das von der Inter-Allied Reparation Agency 1948 ausgearbeitete "Agreement relating to the resolution of conflicting claims to German Enemy assets" für die Staaten des Pariser Reparationsabkommens vom 24. 1. 1946.

Gleason, James P.: Legislative Counsel in Congress (S. 277–284). Berichtet über die Tätigkeit des seit 1918 bestehenden Büros.

Glassie, Henry H.; Thomas M. Cooley: Congressional Investigations-Salvation in Self-Regulation (S. 343–367). Verf. kritisiert die Mißbräuche der Untersuchungsausschüsse und macht Gegenvorschläge.

Schwartz, Bernard: Jurisdiction to Determine Jurisdiction in Federal Administrative Law (S. 368–384).

Harbrecht, Paul P.: What Are the Liberties of Citizens of Puerto Rico Under the Constitution? (S. 471–484).

— Vol. 39, 1950/51

Koessler, Maximilian: American War Crimes Trials in Europe (S. 18–112). Verf. geht davon aus, daß zumindest jetzt durch die Anerkennung des Nürnberger Urteils der Angriffskrieg ein Verbrechen sei. Die Dachauer Prozesse, die er eingehend behandelt, seien rechtlich weniger angreifbar gewesen als das Nürnberger Verfahren. Für künftige Fälle empfiehlt Verf. einen internationalen Strafgerichtshof, bis dahin aber ausländischen Angeklagten dieselben Rechte vor Militärgerichten zu geben wie eigenen Staatsangehörigen.

O'Brien, Donald W.: *Under Certain Circumstances a Federal Court May Give Present Effect to Acts of an Unrecognized But De Facto Government* (S. 337–340).

Constable, George W.: *Natural Law Jurisprudence and the Cleavage of Our Times* (S. 365–421). Verf. behandelt die Argumente für und gegen das Naturrecht, auf dessen Boden er selbst steht.

Collins, Philip R.: *The Power of Congressional Committees of Investigation to Obtain Information from the Executive Branch: The Argument for the Legislative Branch* (S. 563–598). Verf. untersucht, ob die Ansprüche der Exekutive in den USA, den Untersuchungsausschüssen Auskunft zu verweigern, berechtigt sind. Er verneint die Frage.

Mckie Jr., Edward F.: *Refusal by the Executive to Recognize the De Facto Government of a Foreign Country Precludes the Courts from Recognizing the Decrees of That Government* (S. 660–662).

— **Vol. 40, 1951/52**

Engel, Salo: *The Compulsory Jurisdiction of the International Court of Justice* (S. 41–66). Verf. berichtet über die Entstehung des Art. 36 des Statuts und vergleicht ihn mit der entsprechenden Bestimmung des Statuts des StIGH. Er behandelt dann die von den Staaten abgegebenen Erklärungen nach Art. 36 Abs. 2 des Statuts, besonders die Kündigungen von Paraguay (7. 5. 1938) und Kanada (7. 12. 1939).

Zanard, Richard J.: *An Introduction to the Japanese Peace Treaty and Allied Documents* (S. 91–109). Überblick über Hintergrund und Inhalt des Vertrags und seiner Annexe.

Orfield, Lester B.: *The Use of the Injunction in International Disputes* (S. 399–426). Verf. beschreibt die Anwendung der Verfügung durch den IGH als prozeßleitendes Mittel und als Maßnahme zur einstweiligen Regelung streitiger Verhältnisse.

Crimi, Charles F.: *Proposed Legislation Affecting the Supreme Court* (S. 442–451). Verf. kritisiert drei Vorschläge zur Verfassungsänderung über die feste Richterzahl, die garantierte Teilnahme der Richter in allen Verfahrensstadien und die Begrenzung der Amtszeit der Richter.

Coing, Helmut: *Tendencies in Modern American Legal Philosophy – A Survey* (S. 523–561).

Rogers Jr., Franklin D.: *Similarities and Differences in Letter and Spirit Between the Constitutions of the United States and Argentina* (S. 582–607). Ut

Harvard Law Review. Vol. 65, 1951/52

—: *Trends in the Work of the International Court of Justice* (S. 660–673).

—: *Eminent Domain – Compensation – Just Compensation for Requisitioned Goods Is Ceiling Price, Even Though Most Holders Sold to Government at Lower Program Price* (S. 1061–1062). Behandelt die von der Rechtsprechung entwickelten Grundsätze zur Bestimmung der *just compensation*.

—: *Privileges and Immunities of Sovereigns in Foreign Countries – Each Party*

to North Atlantic Treaty Given Jurisdiction over Military Personnel of Other Parties for Acts Committed within Its Territory (S. 1072-1074). Behandelt Art. 7 des Atlantikpaktes unter Hinweis auf die bisherige Praxis.

Sutherland Jr., Arthur E.: Restricting the Treaty Power (S. 1305-1338). Ausgehend von kürzlich eingebrachten Entwürfen für Zusätze zur Verfassung der USA zur Beschränkung der Befugnis der Regierung zum Abschluß von *executive agreements* und zur Beseitigung der *self-executing clause* und der *treaty making power* des Bundes behandelt Verf. die geschichtlichen Hintergründe dieser Vorschläge. Er behandelt weiter ihre Wirkung auf die gegenwärtige Praxis und kommt zu dem Ergebnis, daß sie mehr eine gefühlsmäßige Ablehnung mancher bedenklichen politischen Entscheidungen als wohlüberlegte Verbesserungen seien, da die geforderten Beschränkungen der Befugnisse der Regierung und des Bundes bei dem schnellen Wandel der politischen Situationen zur Ineffektivität führen würden.

Griswold, Erwin N.: The "Coloured Vote Case" in South Africa (S. 1361-1374). Verf. berichtet zustimmend über die Entscheidung des obersten südafrikanischen Gerichtshofs vom 20. 3. 1952.

—: *Nature and Extent of Sovereignty - International Court Upholds Norway's Measurement of Territorial Sea from Baselines Drawn between Selected Points on Outlying Islands (S. 1453-1456).* Bericht über die Entscheidung des IGH vom 18. 12. 1951.

—: *War - Alien Enemies and Enemy Property - Expropriation Decree of Exiled Dutch Government Does Not Affect Property in England (S. 1463-1466).*

— **Vol. 66, 1952/53**

Rostow, Eugene V.: The Democratic Character of Judicial Review (S. 193-224). Verf. setzt sich mit den Ansichten der Gegner des richterlichen Prüfungsrechts in den USA auseinander. Er befürwortet das Prüfungsrecht und erblickt darin keine Einschränkung der Demokratie durch die Begrenzung der Souveränität der Legislatur. Der Schutz der gerade heute stark bedrängten Bürgerrechte beruhe auf dem Prüfungsrecht, das von den Richtern freilich maßvoll ausgeübt werden müsse.

—: *State Control of Subversion. A Problem in Federalism (S. 327-334).* Überblick über die von verschiedenen Bundesstaaten der USA vorgenommenen Bekämpfungsmaßnahmen und über die allgemeine Kompetenz zur Regelung der Materie. Vf. befürwortet eine Abstimmung der Maßnahmen der Einzelstaaten und des Bundes aus rechtlichen und praktischen Erwägungen. Ut

Headline Series. 1952

Bolles, Blair: The Armed Road to Peace. An Analysis of NATO (Nr. 92, S. 3-55). Verf. behandelt nach einem Überblick über das Bündnissystem der USA die politischen und militärischen Grundlagen der NATO-Länder und die Struktur sowie die mutmaßliche Kampfstärke der NATO im Falle eines Krieges gegen die Sowjet-Union.

Wilcox, Francis O.: Bipartisanship and the North Atlantic Treaty (S. 56-62). Verf. behandelt die *Vandenberg-Resolution*. Ut

India Quarterly. Vol. 7, 1951

Sen, D. K.: China, Tibet and India (S. 112–132). Bestreitet auf Grund historischer Untersuchungen die chinesischen Souveränitätsansprüche auf Tibet.

Dhar, P. N.: The Kashmir Problem: Political and Economic Background (S. 142–162). Verf. bemängelt, daß das Kaschmir-Problem nur unter dem Gesichtspunkt eines Streitfalles zwischen Indien und Pakistan gesehen werde, ohne hinreichende Berücksichtigung der Eigenständigkeit Kaschmirs.

Bhatnagar, A. K.: West New Guinea (S. 162–174). Gegenüberstellung der indonesischen und niederländischen Argumente im Streit um West-Neuguinea.

Goodrich, Leland: The United Nations and Korea (S. 255–268). Verf. registriert als Lehre des Korea-Konflikts, daß die UN in ihrer ursprünglichen Konzeption der Zusammenarbeit der Großmächte im Interesse des Friedens der Vergangenheit angehören, und macht die Sowjetunion für den Gang der Dinge verantwortlich, die zum Ausbruch des Koreakrieges führten.

Murty, P. N.: Aggression in International Law (S. 269–281). Verf. fordert klare Definition des Angriffs und Zuweisung der Entscheidung, ob ein Angriff vorliege, an eine internationale Gerichtsinstanz und hält die russische Definition von 1933 für die bisher beste.

Shiva Rao, B.; C. Kondapi: India and the Korean Crisis (S. 295–315). Darstellung des von Indien in den verschiedenen Etappen der Korea-Krise vor und nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten eingenommenen Standpunktes.

El-Barawy, Rashed: Egypt and the Sudan (S. 351–363). Abriss der Entwicklung des britisch-ägyptischen Streits um den Sudan. Vorwiegend politische Betrachtungen unter Anführung zahlreicher amtlicher Erklärungen.

— Vol. 8, 1952

Narayan Prasad, P. S.: The Colombo Plan (S. 158–169). Bericht über Ziel und Ergebnisse des auf sechs Jahre bemessenen Plans im Lichte einjähriger Erfahrung. Ws

Indian Law Review. Vol. 5, 1951

Sengupta, Naresh Chandra: The First Amendment of the Constitution (S. 135–142). Handelt von den Befugnissen des indischen Staatspräsidenten nach Art. 392 der indischen Verfassung. Ws

Información Jurídica. 1952

Bensabat Benarroch, Salomon: Las comunidades Israelitas en el protectorado Español de Marruecos (S. 53–55).

—: *Irak; las federaciones panárabes (S. 85–96).*

—: *Alemania Occidental; el Ministerio Federal de Asuntos Exteriores (S. 181–187).* Bericht über Aufbau des Auswärtigen Amtes und der Auslandsvertretungen der Bundesrepublik.

—: *Arabia Saudita; organización política (S. 188–194).*

Santa Pinter, J. J.: Garantias institucionales en materia social. Estudio comparativo entre las disposiciones legales de la Declaración Universal de los Derechos del Hombre por las Naciones Unidas, la Constitución de la Nación Argentina, la Ley Fundamental de Bonn para la República Federal de Alemania y las Constituciones de los Estados-miembros del Reich alemán (S. 239–250).

Fraga Iribarne, Manuel: La evolución constitucional de Cuba 1812–1952 (S. 435–466).

Lozano Serralta, Manuel: La naturalización en el Derecho español (S. 687–716).

Medina y Sobrado, Pedro G. de: El aporte de Fernando Vázquez de Menchaca a la «Escuela Española de Derecho Internacional» (S. 909–927). Würdigung der völkerrechtlichen Lehre des Theologen und Juristen Vázquez, 1512–1569.

Fraga Iribarne, Manuel: Las Constituciones de Puerto Rico (1812–1952) (S. 1021–1062).

Arjona Colomo, Miguel: La Santa Sede ante la crisis de Derecho internacional (S. 1147–1169).

Sr

Informations constitutionnelles et parlementaires. 1950

Cosentino, Ubaldo: Pouvoirs législatifs des Commissions de la Chambre des Députés (Italie) (S. 94–95).

Fellowes, Edward: Un essai de délégation de pouvoirs et la Chambre des Communes: Les affaires écossaises (113–116).

Fellowes, Edward: Rapport sur les moyens d'obliger les Gouvernements à répondre aux questions posées par les Membres des Assemblées parlementaires (S. 201–208).

— 1951

O'Connell: Rapport relatif aux modes de votation (S. 197–198).

Rosette, Moshe; Asher Zidon: Rapport relatif à l'organisation administrative des Parlements (S. 199–208).

Schepel, A. F.: Rapport relatif à l'indemnité parlementaire (S. 209–236).

Tommasini: Rapport relatif à l'immunité parlementaire (S. 237–251).

— 1952

Blamont, Emile: Les Assemblées européennes (S. 193–208).

Humblet, Francis: Rapport relatif aux incompatibilités parlementaires (S. 232–245).

Sr

Internasjonal Politikk. 1952

Utgitt av Chr. Michelsens Institutt for Videnskap og Åndsfrihet, Bergen (Norwegen).

Greve, Tim: Schuman-planen (S. 13–14).

Giverholt, Helge: Åland – et nordisk problem (S. 17–20, 24).

Løchen, Einar: Europa-rådets plass i det europeiske samarbeid (S. 33–34, 48).

Groth, Helge: Suez-kanalens status (S. 70–71).

Greve, Tim: Saar-problemet (S. 85–87).

Argus: Bruddet i Tunis (S. 125–127, 134). Bericht über die Behandlung der Tunesienfrage im UN-Sicherheitsrat samt Vorgeschichte.

Eriksen, Eilert: Svart og hvitt i Afrika (S. 128–134). Behandelt die Rassenfrage in der Südafrikanischen Union. Rn

International Affairs. Vol. 28, 1952

Khadduri, Majid: Coup and Counter-coup in the Yaman 1948 (S. 59–68). Behandelt die innenpolitischen Wirren des Jahres 1948 in Jemen.

Adenauer, Konrad: Germany and the Problems of our Time (S. 156–161).

Gaitskell, Hugh: The Sterling Area (S. 170–176). Behandelt die währungs-
politische Zusammenarbeit im Sterling-Block.

Hailey, Lord: A Turning Point in Colonial Rule (S. 177–183).

Baring, Sir Evelyn: Problems of the High Commission Territories (S. 184–189). Behandelt Probleme der südafrikanischen britischen Protektorate Betschuana-, Basuto- und Swasiland, insbesondere die südafrikanische Forderung nach ihrer Eingliederung in die Südafrikanische Union.

Mansergh, Nicholas: Ireland: The Republic Outside the Commonwealth (S. 277–291). Behandelt die praktischen Auswirkungen der formalen Sezession der Irischen Republik aus dem Commonwealth am 18. 4. 1949, die gewisse Bindungen zum Commonwealth unberührt ließ.

Birdwood, Lord: Kashmir (S. 299–309).

Mayall, R. C.: Recent Constitutional Developments in the Sudan (S. 310–321).

Paisb, F. W.: The Sterling Area Crisis (S. 322–330).

Boothby, Robert: The Future of the Council of Europe (S. 331–337). Vorschläge für die weitere Integrierung Europas im Rahmen des Europa-Rates unter Einschluss Großbritanniens. Verf. lehnt bundesstaatliche Konstruktionen als unrealistisch ab.

Kirkwood, Kenneth: The Constitutional Crisis in South Africa (S. 432–444). Verf., Dozent für Eingeborenenverwaltung an der Universität von Natal, gibt eine Analyse der politischen Hintergründe der südafrikanischen Verfassungskrise.

Silcock, T. H.: Policy for Malaya 1952 (S. 445–451). Je

The International and Comparative Law Quarterly. Vol. 1, 1952

The Journal of the Society of Comparative Legislation, London [Setzt die bisherigen beiden Zeitschriften "The International Law Quarterly" und "The Journal of Comparative Legislation and International Law" fort].

Gutteridge, Joyce: Expropriation and Nationalisation in Hungary, Bulgaria and Roumania (S. 14–28). Behandelt den Mangel an rechtsstaatlichen Garantien in der Durchführung der Nationalisierungsgesetzgebung dieser Staaten.

Alexander, C. H.: Foreign Investment Laws and Regulations of the Countries of Asia and the Far East (S. 29–39). Gibt den wesentlichen Inhalt des vom Sekre-

tariat der UN Economic Commission for Asia and the Far East ausgearbeiteten Berichts (UN Doc. St./ECAFE/1, January 1951) zu obigem Thema wieder, insbesondere die Hindernisse und Diskriminierungen, denen sich ausländisches Investitionskapital in diesen Ländern gegenüber sieht.

Bathurst, M. E.: Legislation in the Federal Republic of Germany (S. 40–53). Verf., derzeit Rechtsberater des britischen Hohen Kommissars in Deutschland, gibt einen Überblick über die Entwicklung des Verhältnisses der gesetzgeberischen Kompetenzen der Besatzungsbehörden und der wiedererrichteten deutschen Gesetzgebungsorgane von 1945 bis Ende 1951.

D. J.: Icelandic Fishery Limits (S. 71–73). Bericht über den durch das isländische Gesetz vom 5. 4. 1948 betr. die Erhaltung des Fischbestandes in den Gewässern über dem *Continental Shelf of Iceland* ausgelösten britisch-isländischen Fischereistreit.

Raalte, E. van: The Treaty Constituting the European Coal and Steel Community (S. 73–85). Überblick über die Struktur der Montanunion; diese sei *a new structure between internal law and interational law* und *an evolution . . . from inter-State to super-national State-relations.*

—: *The Security Council and the Suez Canal (S. 85–92).* Kritisiert die Resolution des UN-Sicherheitsrats vom 1. 9. 1951 auf die Beschwerde Israels gegen die von Ägypten vorgenommene Konterbandekontrolle der nach Israel bestimmten Schiffe im Suezkanal.

Johnson, D. H. N.: The Anglo-Norwegian Fisheries Case (S. 145–180). Kommentar und Kritik zur IGH-Entscheidung vom 18. 12. 1951 im britisch-norwegischen Fischereistreit (I. C. J. Reports, 1951, S. 116–206). Die Auffassung des Gerichtshofs, daß die Territorialgewässerzone nach allgemeinem Völkerrecht nicht nur von der tatsächlichen Küstenlinie aus, sondern auch von *baselines*, d. h. von den zwischen vorspringenden Küstenpunkten und vorgelagerten Inseln gezogenen Grundlinien aus gemessen werden dürfe und nur verlangt werden müsse, daß diese Grundlinien »dem allgemeinen Verlauf der Küste folgen«, werde die künftige Entwicklung des Territorialgewässerrechts wesentlich beeinflussen.

D. J.: Repercussions of the International Court's Judgment in the Anglo-Norwegian Fisheries Case on the Tidelands Dispute in the United States (S. 213–216). Bericht über die Auswirkung der vorgenannten Entscheidung auf den durch die Ölfunde unter dem Küstenmeer ausgelösten staatsrechtlichen Streit zwischen der amerikanischen Bundesregierung und den Gliedstaaten Texas, Louisiana und Kalifornien über die innere Grenze der der Bundeshoheit unterliegenden Territorialgewässer gegenüber dem Staatsgebiet dieser Gliedstaaten, wobei die Bundesregierung die tatsächliche Küstenlinie, die Gliedstaaten die *base-lines* als Grenze ansehen wollen.

Honig, F.: International Copyright Protection and the Draft Universal Copyright Convention of UNESCO (S. 217–227). Berichtet über den Inhalt des Entwurfs der (inzwischen mit einigen Änderungen am 6. 9. 1952 in Genf unterzeichneten) Internationalen Urheberrechtskonvention, die eine Angleichung des Urheber-

rechtsschutzes zwischen dem anglo-amerikanischen und kontinentalen Rechtskreis anstrebt.

—: *In the Matter of an Arbitration between Petroleum Development (Trucial Coast) Ltd. and the Sheikh of Abu Dhabi* (S. 247–261). Text des Schiedsurteils von Lord Asquith of Bishopstone in dem Streit zwischen dem Sheikh von Abu Dhabi (Persischer Golf) und der Petroleum Development (Trucial Coast) Ltd., ob sich die 1939 gewährte Ölkonzession der letzteren auch erstens auf den Meeresboden unterhalb der Territorialgewässer von Abu Dhabi und zweitens auf den vorgelagerten Meeresboden außerhalb der Territorialgewässer (*continental shelf*) erstrecke. Der Schiedsrichter bejahte die erste, verneinte aber die zweite Frage, u. a. mit der Begründung, daß die Erstreckung der Hoheitsrechte des Uferstaates über den *continental shelf*, zumindest 1939, noch kein allgemein anerkannter Völkerrechtsgrundsatz war und die Ölkonzession sich deshalb nicht auch darauf beziehen sollte.

Alexander, C. H.: International Law in India (S. 289–300). Behandelt die Frage, inwieweit die indische Republik nach Erlangung ihrer Unabhängigkeit in ihrer Verfassung und in ihrer Praxis die britische Konzeption des Völkerrechts und internationalen Privatrechts und ihres Verhältnisses zum innerstaatlichen Recht übernommen hat.

D. J.: Icelandic Fishery Limits (S. 350–351). Setzt den Bericht über den Stand des britisch-isländischen Fischereistreits (S. 71 ff.) fort. Der Text der britischen Note vom 2. 5. 1952 an die isländische Regierung ist beigelegt.

Tapp, Jacob: The United Nations and Germany (S. 354–358). Untersucht die rechtlichen Möglichkeiten eines Eingreifens der UN im Falle eines gewaltsamen Versuchs der Sowjetzone, die Bundesrepublik durch einen indirekt geförderten Umsturz oder durch direkte bewaffnete Intervention unter die Gewalt der Sowjetzonenregierung zu bringen.

Brandon, Michael: Report on Diplomatic Immunity by an Inter-departmental Committee on State Immunities (S. 358–361). Übersicht über die Empfehlungen des obigen, im Januar 1952 dem britischen Parlament vorgelegten Berichts (H. M. Stat. Off., Com. Paper 8460).

Ewens, J. Q.: Parliamentary Drafting in the Commonwealth of Australia (S. 363–368).

Duret Aubin, C. W.: Recent Constitutional Changes in Jersey (S. 491–503).

Carnell, F. G.: Malayan Citizenship Legislation (S. 504–518). Behandelt das durch die Federation of Malaya Order, 1948 (Stat. Instr. No. 108 of 1948) neu geschaffene und durch die Federation of Malaya Agreement (Amendment) Ordinance, 1952 abgeänderte Bürgerrecht für die Bewohner der Malaiischen Föderation, das den Staatsangehörigen der zur Föderation gehörigen einzelnen malaiischen Bundesstaaten und britischen Settlements neben ihrer fortbestehenden Gliedstaatsangehörigkeit einen gemeinsamen Bürgerrechtsstatus (Bundesstaatsangehörigkeit) innerhalb der gesamten malaiischen Föderation gibt.

Trempont, Jacques: Le Traité Instituant la Communauté Européenne de Défense (S. 519–532). Gibt einen Überblick über die Struktur der geplanten EVG.

Essen, J. L. F. van: Some Reflections on the Judgments of the International Court of Justice in the Asylum and Haya de la Torre Cases (S. 533–539). Kurzer Kommentar zur IGH-Entscheidung vom 20. 11. 1950 (I. C. J. Reports, 1950, S. 266 ff.).

Carter, P. B.: United States of America and another v. Dollfus Mieg et Cie S. A. and Another [1952] 1 All E. R. 572: Immunity of foreign sovereigns from jurisdiction (S. 543–549). Kritik an der Entscheidung des House of Lords zur Frage, inwieweit *possession and control* einer ausländischen Regierung über die im Streit befangene Sache eine Gerichtsbarkeit über diese Sache ausschließt. Je

International Conciliation. 1951

Carr-Gregg, John R. E.: Self-Rule in Africa: Recent Advances in the Gold Coast (S. 323–382).

—: *Issues Before the Sixth General Assembly (S. 385–506).*

Finkelstein, Lawrence S.: Indonesia's Record in the United Nations (S. 513–546).

Condliffe, J. B.: International Trade and Economic Nationalism (S. 549–581). Setzt sich für größere Freiheit im zwischenstaatlichen Handelsverkehr ein und unterbreitet Vorschläge.

— 1952

Huth, Arno G.: Communications and Economic Development (S. 3–48).

Mohn, Paul: Problems of Truce Supervision (S. 51–99). Ausgehend von den Waffenstillstandsverhandlungen in Korea untersucht Verf. die Möglichkeiten der Überwachung eines Waffenstillstands durch internationale Organe.

Lepawsky, Albert: The Bolivian Operation. New Trends in Technical Assistance (S. 103–140).

Rudzinski, Aleksander W.: Admission of New Members. The United Nations and the League of Nations (S. 143–196).

Hurewitz, J. C.: Unity and Disunity in the Middle East (S. 199–260). Darstellung des Widerstreits britischer, arabischer, amerikanischer und sowjetrussischer Interessen im Mittleren Osten und der wirtschaftlichen und strategischen Entwicklungsmöglichkeiten. Mr

Internationale Spectator. Jg. 6, 1952

M. M.: De Duitse Vluchtelingen en het Internationale Vluchtelingenvraagstuk (Nr. 5, S. 7–11).

M. M.: Het Midden-Oosten, de Arabische Wereld en de Islam (Nr. 10, S. 7–10; Nr. 11, S. 1–6). Rn

Kluyver, C. A.: Kiesrecht in Zuid-Afrika (Nr. 16, S. 1–6). Behandelt den über den "Separate Representation of Voters Act" entstandenen Verfassungstreit in Südafrika.

Jaquet, L. G. M.: Japan's come back. Effects on Eastern and Western Countries (Nr. 17, S. 3–10).

Berke, L. J. M. van den: Van Regionalisme naar Centralisme. Staatspolitieke ontwikkeling in Oost-Duitsland (Nr. 18 S. 7–9). Schildert die Entwicklung in Ostdeutschland.

H. C. S.: De ontwikkeling van de P. C. F. (Nr. 19 S. 1–7; Nr. 20 S. 4–10). Übersicht über die Entwicklung der Kommunistischen Partei Frankreichs seit Kriegsende.

M. M.: Frans Noord-Africa (Nr. 19, S. 7–11). Die Lage in Französisch-Nordafrika.

Kymmel, J.: Positie en Perspectieven van het Sterlinggebiet (Nr. 22 S. 1–7).

— Jg. 7, 1953

Vlekké, B. H. M.: De Gedenkschriften van Winston Churchill en de Conferentie van Teheran (Nr. 1 S. 1–12).

Putten, J. G. van: De verdeling van bevoegdheden in de Europese politieke gemeenschap (Nr. 3, S. 6–21). Verf. untersucht, welche Befugnisse einer europäischen politischen Gemeinschaft zuerkannt werden sollten, und verweist auf die bundesstaatlichen Verfassungen der Schweiz, der USA und Kanadas. Zn

Journal of Central European Affairs. Vol. 11, 1951/52

Cretzianu, Alexander: The Rumanian Armistice Negotiations: Cairo 1944 (S. 243–258). Behandelt die Vorverhandlungen, die militärischen und politischen Ereignisse in Rumänien 1943/44 und den Abschluß des Waffenstillstands am 12. 9. 1944 in Kairo.

Somogyi, Joseph de: The Question of the Turkish Straits (S. 279–290).

Askeew, William C.: The Nürnberg Documents (S. 302–311).

Fotitch, Constantin: Tito and the Western Democracies (S. 353–371).

— Vol. 12, 1952/53

Steanu, P. B.: Constitutionalism in the Satellite States (S. 56–69). Die Verfassungen der osteuropäischen Volksdemokratien seien mit denen der westlichen Welt nicht vergleichbar und nicht geeignet, die Macht der Exekutive zugunsten der Freiheit der Bürger sowie der Unabhängigkeit der Justiz zu begrenzen.

Weinberg, Gerhard L.: The Chapter on Russo-German Relations in Volume IV of Documents on German Foreign Policy 1918–1945 (S. 70–74).

Schechtmann, Joseph B.: Compulsory Transfer of the Turkish Minority from Bulgaria (S. 154–169).

Beneš, Václav: The New Legal System of Czechoslovakia (S. 215–235). Behandelt die Gesetzgebung der Tschechoslowakei in den letzten Jahren und ihre Durchdringung mit kommunistischem Gedankengut, insbesondere auf öffentlich- und strafrechtlichem Gebiet.

Nano, F. C.: The First Soviet Double Cross. A chapter in the secret History of World War II (S. 236–258). Verf., im letzten Krieg rumänischer Geschäftsträger in Schweden, berichtet über die rumänisch-russischen Geheimverhandlungen 1943/44 in Stockholm. Mr

The Journal of Comparative Legislation and International Law. Vol. 33, 1951

O'Connor, K. K.: *W. Buhagiar: Enemy Legislation and Judgments in the Liberated Countries. Liberation Legislation in Malaya* (Nr. 3/4, S. 1-8).

Derham, D. P.: *Australian Communist Party v. The Commonwealth* (S. 40-49).

Elias, T. O.: *Nigeria's Contribution to Colonial Law* (S. 49-55).

Lederman, W. R.: *Notes on Recent Canadian Constitutional Developments* (S. 80-82).

Cowen, Z.: *D. P. Derham: Constitutional Developments in Australia* (S. 82-88).

Kahn, Ellison: *Notes on South African Constitutional Law* (S. 88-97). Je

The Journal of Modern History. Vol. 23, 1951

Pogne, Forrest C.: *SHAEF - A Retrospect on Coalition Command* (S. 329-335).

Hirsch, Helmut: *Some Recent Material on the Saar* (S. 366-376). Mr

The Journal of Politics. Vol. 13, 1951

Diamant, Alfred: *The French Council of State; Comparative Observations on the Problem of Controlling the Bureaucracy of the Modern State* (S. 562-588). Verf. skizziert die Entwicklungsgeschichte des Conseil d'Etat und seine Stellung und Funktion in der 3. Republik sowie die nach 1945 eingetretenen Wandlungen. Er geht auf die grundsätzlichen Fragen der Entwicklung des Verwaltungsrechts ein und vergleicht sie mit den Erfahrungen der USA als eines *common law*-Landes.

Macridis, Roy C.: *The Cabinet Secretariat in France* (S. 589-603). Verf. sieht die Schwächen der 3. Republik in der schwachen Exekutive und den labilen Regierungen. Er geht auf die zur Abhilfe vorgenommenen Maßnahmen ein (z. B. Notverordnungen) und berichtet vor allem über das 1917 errichtete Secrétariat Général de la Présidence, sowie die Neugestaltung der Kabinettorganisation und der Büros des Premierministers in der 4. Republik.

Leek, J. H.: *Treason and the Constitution* (S. 604-622). Verf. erläutert den Verratsbegriff in den USA und behandelt einschlägige Entscheidungen. Die Auslegung des Begriffs sei sehr liberal gewesen.

Schubert Jr., Glendon A.: *The Presidential Subdelegation Act of 1950* (S. 647-674). Verf. behandelt das am 8. 8. 1950 (H. R. 5526, 81st Cong., 2nd Sess., Public Law 673, 646) erlassene Gesetz und berichtet über seinen Inhalt und Werdegang. Er kritisiert den eingeschlagenen Weg, da er dem Präsidenten zu viele Befugnisse nehme und seinen Untergebenen übertrage und ihn so in seiner Entscheidungsfreiheit behindere.

Willoughby, William R.: *Canadian-American Defense Co-operation* (S. 675-696). Behandelt die gemeinsamen Bestrebungen und ihre Probleme.

Harvard, William C.: *The Abortive Louisiana Constitutional Convention of 1951* (S. 697-711). Verf. berichtet über die Versammlung und rügt die häufigen Neufassungen der Verfassung (bisher 10) als dem Wesen der Urkunde fremd.

— Vol. 14, 1952

Herz, John H.: The Problem of Successorship in Dictatorial Régimes; A Study in Comparative Law and Institutions (S. 19–40). Verf. untersucht das Problem an Hand der Beispiele Spanien, Portugal, Brasilien, Türkei, Österreich, Polen, Deutschland, Italien und USSR mit dem Ergebnis, daß es sichere Nachfolgeregelungen nicht gebe und letztlich alles von Zufällen abhängt.

Engel, Salo: De Facto Revision of the Charter of the United Nations (S. 132–144). Verf. hat die Frage in der unten S. 432 angezeigten Abhandlung im Year Book of World Affairs ausführlicher behandelt.

Ilsey, Lucretia L.: The Argentine Constitutional Revision of 1949 (S. 224–240). Überblick über die Vorgeschichte, den Inhalt der Änderungen und die Meinung der Opposition.

Nigro, Felix A.: Senate Confirmation and Foreign Policy (S. 281–299). Verf. behandelt die Handhabung des Bestätigungsrechts des Senats für vom Präsidenten ernannte diplomatische Vertreter seit der Entstehung der Staaten bis nach dem 2. Weltkrieg.

Hobbs, E. H.: Negro Education and the Equal Protection of the Laws (S. 488–511). Verf. betrachtet die Anwendung des Gleichheitssatzes durch die Gerichte in der Schulfrage seit Ende des 19. Jahrhunderts.

Zeidenfelt, Alex: Political and Constitutional Development in Jamaica (S. 512–540). Bericht über die Entwicklung von 1939 bis zur letzten Wahl des Repräsentantenhauses im Dezember 1949.

Brzezinski, Zbigniew: Party Controls in the Soviet Army (S. 565–591).

Stamps, Norman L.: A Comparative Study of Legislative Investigations: England, France, and Weimar Germany (S. 592–615). Verf. behandelt die Untersuchungsbefugnis, die Rechte der Zeugen sowie den Einfluß einer parlamentarischen Regierung auf die Ausschüsse und untersucht, inwieweit die Verwaltung durch die Ausschüsse kontrolliert wird. Das schwindende Ansehen der Legislative führt er auf die Schwierigkeit für den einzelnen Gesetzgeber zurück, sich entsprechendes Tatsachenmaterial zu verschaffen.

Fitzgibbon, Russel H.: Adoption of a Collegiate Executive in Uruguay (S. 616–642).

Macridis, Roy C.: Cabinet Instability in the Fourth Republic, 1946–1951 (S. 643–658). Behandelt die verfassungsrechtlichen Bestimmungen über die Regierung und die politische Zusammensetzung der Kabinette und ihren parlamentarischen Hintergrund. Ihre Labilität beruhe auf denselben Gründen wie bei der 3. Republik.

Houston, John A.: The United Nations and Spain (S. 683–709). Behandelt die Einstellung der Mitglieder und die Maßnahmen der UN gegenüber Spanien seit 1945.

Ut

Journal des Télécommunications. Vol. 19, 1952

Ginocchio, R.: *La Conférence pour la réorganisation des radiophares maritimes dans la zone européenne (Paris 1951)* (S. 214–227).

Henry, A.: *Conférence administrative extraordinaire des radiocommunications (CAER) (Genève, 1951)* (S. 227–244, 278–301, 482–493, 518–536).

—: *La 7^e session du Conseil d'administration de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 21 avril – 6 juin 1952)* (S. 338–354).

—: *The International Telecommunication Union, An experiment in international co-operation* (S. 536–541). Sr

Journal des Tribunaux. Année 67, 1952

Bourgau, Viviane: *La loi du 14 juillet 1951 relative au séquestre et à la liquidation des biens, droits et intérêts allemands («Moniteur» du 2 septembre 1951)* (S. 1–8). Nach einem Rückblick seit der Verordnung vom 23. 8. 1944 behandelt Verf. das am 12. 7. 1951 verabschiedete Gesetz, das hinsichtlich der deutschen Vermögenswerte das Liquidationsverfahren festlegt und die zu erfassenden Vermögen klarer abzugrenzen sucht.

Cambier, Cyr: *Le Conseil d'Etat et la règle du droit* (S. 113–118, 130–133). Behandelt die Arbeitsweise des belgischen Conseil d'Etat in der Frage der Legalität der Verwaltungsakte und die für Anwendung von geschriebenem Recht, Gewohnheitsrecht und allgemeinen Rechtsgrundsätzen in der Judikatur entwickelten Prinzipien.

Goffin, Léon: *De la non-rétroactivité des actes administratifs* (S. 297–299). Verf. untersucht Inhalt und Berechtigung des Grundsatzes der Nichtrückwirkung der Gesetze und bejaht seine Anwendbarkeit auf Verwaltungsakte.

Vassalli, Filippo: *Aspects de la crise du droit de propriété* (S. 329–332).

Cambier, Cyr: *Le pouvoir discrétionnaire et le contrôle de la légalité* (S. 633–637, 651–654). Bh

The Juridical Review. Vol. 64, 1952

Middleton, K. W. B.: *Sovereignty in Theory and Practice* (S. 135–162). Verf. weist darauf hin, daß die Souveränität als Rechtsbegriff von der faktischen Macht zu unterscheiden sei. Er stellt der positiven Souveränität, d. h. der im Inneren des Staates wirksamen Staatsgewalt (z. B. *sovereignty of Parliament*), die negative Souveränität, d. h. die Freiheit des Staates nach außen, gegenüber. Zn

Juristenzeitung. Jg. 7, 1952

Makarov, A. N.: *Zur Behandlung von deutschen Zwangseinbürgerungen 1938–1945* (S. 403–407). Untersucht die besondere Problematik, die sich aus Gebietsveränderungen für das Staatsangehörigkeitsrecht ergibt.

Schneider, Peter: *Zum Problem der Globalentschädigung bei Verstaatlichungsmaßnahmen* (S. 407–408). Behandelt am Beispiel des schweizerisch-ungarischen Abkommens vom 19. 7. 1950 die bedenklichen Folgen einer Abweichung vom

Grundsatz der vollen Einzelentschädigung bei Verstaatlichungen von Ausländer-eigentum.

Ehlers, Kurt: Die Rechtslage des deutschen Auslandseigentums nach dem AHKG 63 (S. 465–470). Bei allem Fortschritt gegenüber dem KRG 5 stelle das Gesetz weiterhin einen mit westlichem Rechtsdenken schwer zu vereinbarenden Einbruch in das Eigentumsrecht dar. Da jedoch eine Regelung zwischen den Enteigneten und der BRD nicht ausgestaltet ist, bleibe eine innerstaatliche Entschädigung der Betroffenen notwendig und wünschenswert.

Mayer, Hellmuth: Völkerrecht und internationales Strafrecht (S. 609–611). Verf. hält das uneingeschränkte Personalitätsprinzip mit dem geltenden Völkerrecht, insbesondere mit dem Souveränitätsgrundsatz, für nicht vereinbar.

Mosheim, B.: Wirkung deutscher Entscheidungen in Großbritannien (S. 650–651). Behandelt die Anerkennung, Durchsetzung und das Erfordernis der verbürgten Gegenseitigkeit. Letztere werde erheblich großzügiger gehandhabt, als dies in Deutschland allgemein bekannt sei.

Ulmer, Eugen: Das Welturheberrechtsabkommen (S. 667–669). Bespricht das am 6. 9. 1952 in Genf unterzeichnete Abkommen und zeigt dessen Unterschiede zu den Berner Übereinkünften.

Neumayer, Karl: Über die Fortgeltung deutsch-italienischer Staatsverträge privatrechtlichen Inhalts (S. 682–683). Italien sei stets so weit als möglich für die Fortgeltung derartiger Verträge eingetreten. Auch heute stehe außer Zweifel, daß der Kriegszustand, jedenfalls aus italienischer Sicht, zwischen Deutschland und Italien nichts geändert habe.

— Jg. 8, 1953

Potrykus, Gerhard: Ausländerpolizeiverordnung und Grundgesetz (S. 76–77). Beleuchtet den Rechtszustand im Hinblick auf das Besatzungsrecht und die Möglichkeit künftiger voller Souveränität. Dg

Juristische Blätter. Jg. 74, 1952

Appel, Karl: Besatzungsrecht und Besatzungskosten in der US-Zone Österreichs (S. 311–314).

Spanner, Hans: Die Bindung der Gerichte an rechtskräftige Verwaltungsakte (S. 360–362). An Hand der österreichischen Rechtsprechung behandelt Verf. Fälle, in denen auf eine Gerichtsentscheidung, die bereits eine verwaltungsrechtliche Vorfrage autonom behandelt hatte, eine anderslautende Entscheidung der Behörde erging, ferner Fälle, in denen das Gericht zu prüfen hatte, ob es an einen ergangenen Verwaltungsakt gebunden sei. Verf. schlägt *de lege ferenda* vor, in den ersteren Fällen eine Wiederaufnahmeklage zuzulassen; darüber hinaus sei eine Aussetzungspflicht für die ordentlichen Gerichte dann gegeben, wenn eine verwaltungsrechtliche Vorfrage noch von keiner Stelle behandelt sei.

Sperner, Robert: Zur Frage der konkurrierenden Zuständigkeit nach der österreichischen Bundesverfassung (S. 362–363).

Seidl-Hohenveldern, Ignaz: Getarnte extraterritoriale Konfiskationsansprüche (S. 410–413). Das ungarische Verstaatlichungsgesetz von 1948 habe den bisher geübten Methoden der verschleierte Konfiskation eine neue hinzugefügt, indem es private Aktiengesellschaften zu Einmanngesellschaften umgewandelt habe mit der Behauptung, die Rechtspersönlichkeit sei unverändert bestehen geblieben. Den auf dieser Rechtsgrundlage geltend gemachten Ansprüchen könne ebensowenig genügt werden wie offenen Konfiskationen.

Polaczek, Karl: Kann deutsches Eigentum verstaatlicht werden? (S. 512–513). Bespricht einander widersprechende Entscheidungen der österreichischen obersten Rückstellungskommission und des Obersten Gerichtshofs.

Werner, Leopold: Kann der Nationalrat Verordnungen erlassen? (S. 553–556). Nachtrag zu der vom gleichen Verf. in Jg. 73 (1951), S. 353–358, erschienenen Abhandlung, wobei neuere Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofs zur Frage der Überleitung alter Rechtsvorschriften verwertet sind.

Seidl-Hohenveldern, Ignaz: Die Allgemeine Deklaration der Menschenrechte als Rechtsquelle (S. 558–559). Verf. stimmt im Ergebnis der Ansicht des Verfassungsgerichtshofs zu, daß die Deklaration vom 10. 12. 1948 der UN Bestandteil der österreichischen Rechtsordnung sei.

— Jg. 75, 1953

Leimer, Karl: Wird der Entwurf zum Besatzungsschädengesetz den Verpflichtungen der Republik auf Grund des Vertrages vom 21. 6. 1947 gerecht? (S. 34–36).

Abel, Paul: Die Rechtsprechung der englischen Gerichte im Gebiete des internationalen Rechtes (S. 37–41).

Engel, Eugen W.: Konventionsentwurf für den internationalen Schutz einiger dem Urheberrecht verwandten Rechte (S. 42–43). Dg

Juristische Rundschau. 1951

Czapski, Georg: Die neuen Vorschriften über die Behandlung des deutschen, in den Niederlanden befindlichen Vermögens (S. 709–710). Behandelt die Beschluß-Proklamation vom 23. 7. 1951.

Ross, G.-J.: Der Status Deutschlands im Hinblick auf die Charta der Vereinten Nationen vom 26. 6. 1945 (S. 718–724).

— 1952

Gnam, Arnulf: Die Sicherung des Wettbewerbes in den Verfassungen der Länder (S. 12–15).

Potthoff, Klaus: Ansprüche von Umsiedlern gegen die Deutsche Bundesrepublik aus der Umsiedlung der Volksdeutschen nach der Vereinbarung des Deutschen Reichs mit der UdSSR vom 6. 11. 1939 (S. 15–18). Kritisiert eine Entscheidung des OLG Hamm vom 16. 6. 1950.

Tetzner, Heinrich: Zur Auslegung des Gesetzes Nr. 8 (S. 147–149). Behandelt das Gesetz der AHK vom 1. 10. 1949 über gewerbliche, literarische und künstlerische Eigentumsrechte ausländischer Staaten und Staatsangehöriger.

Schwarz-Liebermann von Wahlendorf, H. A.: Völkerrecht und Rechtsvergleichung (S. 339–343). Überblick über die Grundlagen der Treuhandschaft und Vormundschaft im anglo-amerikanischen und römischen Recht und ihre Bedeutung für die Errichtung der Mandats- und Treuhandverhältnisse des Völkerbunds und der UN.

Wiebringhaus, Hans: Beitrag zur Frage des Verhältnisses von Internationalprivat- und Völkerrecht (S. 383–388). Verf. bekennt sich zur monistischen Theorie.

— 1953

Oswald: Rückwirkung von Gesetzen unter gewissen Voraussetzungen unzulässig (S. 16–20). Bespricht neuere Entscheidungen oberer deutscher Gerichte. Überwiegend werde, außerhalb strafrechtlicher Normen, grundsätzlich die Rückwirkung von Gesetzen anerkannt, wobei Einschränkungen wegen besonderer Härte zugelassen würden. Verf. hingegen hält eine solche Rückwirkung gerade im Grundsatz für unzulässig und will Ausnahmen nur gelten lassen, wenn sie nicht gegen Art. 2 Abs. 1 GG verstoßen. Auch Art. 20 Abs. 3 GG stehe der Zulässigkeit entgegen. Das überpositive Recht sei besonders geeignet, hier Aufschluß zu geben. Dg

Jus. Rivista di Scienze Giuridiche. Anno 3, 1952/53

Bachof, Otto: L'amministrazione di fronte ai tribunali nella recente legislazione tedesca (S. 518–549).

Ardau, Giorgio: La costituzione della Repubblica e la determinazione giudiziale della retribuzione (S. 550–561). Rn

Jus Gentium. Rivista di Diritto Internazionale Privato. Vol. 3, 1951

Scarangella, Giovanni: Le libertà private in un sistema di «sovrantà associata» (S. 213–232). Rechtsdogmatische Schlußfolgerungen aus den in dieser Zeitschrift Bd. 14, S. 386, 654, angezeigten Einzeluntersuchungen des Verf. über die Stellung des Individuums im Völkerrecht.

— Vol. 4, 1952

Scarangella, Domenico: Il principio di solidarietà fra gli stati cristiani del Medioevo nei rapporti con l'Islam (S. 6–37). Behandelt insbesondere den »Heiligen Krieg« und das Dogma der Unerheblichkeit aller nicht der arabischen Welt angehörenden Rechtswerte in der Kriegechtslehre des Islam. Rn

Kyklos. Vol. 5, 1951/52

Zawadzki, Krzysztof: Britain and the Schuman Plan (S. 237–250). Verf. untersucht die Bedeutung der britischen Stahl- und Kohlewirtschaft im Verhältnis zu den Schuman-Plan-Staaten und kommt zu dem Ergebnis, daß das an sich bedauerliche britische Fernbleiben die Erfolgsaussichten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl nicht schmälere. Bh

Law and Contemporary Problems. Vol. 16, 1951

Friedmann, W.: The Legal Status and Organisation of the Public Corporation (S. 576–593). Nach einer allgemeinen Darstellung ihrer Merkmale behandelt Verf. Organisation und Rechtsstellung der staatlichen Gesellschaften in Großbritannien.

Cairns, Mary Bell: Some Legal Aspects of Compensation for Nationalized Assets (S. 594–619). Behandelt die britischen Enteignungsgesetze in ihren rechtlichen Grundzügen und die durch die Labour-Regierung veranlaßten Sozialisierungsmaßnahmen.

Winter, Charles: Parliamentary, Ministerial, and Judicial Control of Nationalized Industries in Great Britain (S. 670–701). Ut

Međunarodni problemi. Jg. 1, 1949

[Internationale Probleme] herausgegeben vom Institut für internationale Politik und Wirtschaft beim Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien.

Vajs, Albert: Zločin genocida u međunarodnem krivičnom pravu [Das Genocid-Verbrechen im internationalen Strafrecht] (Nr. 1, S. 55–82). Behandelt die Entstehung des Begriffs »Genocid« und seine Definition, die Tätigkeit der UN zur völkerrechtlichen Gestaltung des Begriffs. Kritische Darstellung und Kommentierung der Konvention vom 9. 12. 1948. Verf. bemängelt die Lücken der Konvention und das Fehlen ausreichender präventiver Elemente darin, da er Prävention wichtiger als Repression findet.

Lapenna, Ivo: Smisao i domašaj čl. 36/I Statuta Međunarodnog suda [Sinn und Tragweite des Art. 36/I des Statuts des Internationalen Gerichtshofs] (Nr. 2, S. 106–121). Verf. würdigt die Erweiterung, die Art. 36 Abs. 1 im neuen Statut erfahren hat («tous les cas spécialement prévus dans la Charte des Nations Unies»), und zieht drei Möglichkeiten ihrer Interpretation in Betracht: 1. die in der Klage Großbritanniens gegen Albanien (im Korfu-Streitfall) enthaltene, die Verf. ablehnt. 2. die vom Verf. für unwahrscheinlich gehaltene, wonach die Erweiterung eigentlich nur durch einen redaktionellen Fehler entstanden sei: Man hatte vor der Konferenz in San Francisco noch daran gedacht, die UN-Charter solle die obligatorische Zuständigkeit des IGH vorsehen. Als dann diese Absicht nicht verwirklicht wurde, habe man vergessen, die betreffenden Worte zu streichen. 3. die Erweiterung des Art. 36 Abs. 1 beziehe sich auf die Gutachtenerstattung. Aber diese Kompetenz würde auch ohne diese Erweiterung bestehen. Verf. kommt zu dem Schluß, daß die Erweiterung keine Änderung gebracht habe.

Vajs, Albert: Međunarodnopravni aspekti Severoatlantskog pakta [Völkerrechtliche Aspekte des Nordatlantikpakts] (Nr. 3–4, S. 34–61). Nach kurzer Übersicht über bestehende Regionalakte gibt Verf. eine ausführliche Darstellung des Nordatlantikpakts, der nach seiner Meinung gegen die sozialistischen Staaten gerichtet ist. Der Pakt sei aggressiv, nicht defensiv, stehe jedenfalls nicht im Einklang mit der UN-Charter.

Šahović, Milan: Sankcije međunarodnog javnog prava u svetlosti VII glave Povelje Ujedinjenih nacija [Sanktionen des Völkerrechts im Lichte des Kapitels VII der UN-Charter] (S. 165–173). Darlegung des Kapitels VII der UN-Charter und Parallele mit entsprechenden Bestimmungen des Völkerbunds Pakts. Auslegung der Bedingungen, unter welchen sich völkerrechtliche Beziehungen im allgemeinen ent-

wickeln, sowie der Bedingung, unter welcher die Bestimmungen (Sanktionen) des Kapitels VII der UN-Charter mit Erfolg durchgeführt werden könnten.

— Jg. 2, 1950

Magarašević, A.: Organizacija Ujedinjenih nacija i specijalizovane ustanove [Die Organisation der Vereinten Nationen und die Spezialorganisationen] (Nr. 1, S. 82–93). Nachdem Verf. über Spezialorganisationen das Allgemeine und Wichtigste dargelegt hat, versucht er zu beweisen, daß die zwischen den UN und den Spezialorganisationen abgeschlossenen Abkommen nicht immer im Einklang mit der UN-Charter stehen; besonders gelte dies für die Internationale Bank und den Internationalen Währungsfonds.

Tomšič, Ivan: Da li suverenitet nad STT zaista još pripada Italiji? [Gehört die Souveränität über das Freie Territorium von Triest tatsächlich noch Italien?] (Nr. 2–3, S. 8–21). Verf., Professor des Völkerrechts in Ljubljana, gibt knappe und ausschließlich auf juristische Argumente gestützte Antwort auf die von den Triester Professoren *Cammarata* und *Udina* vertretene Ansicht, die Souveränität über das Territorium gehöre noch Italien, da die Durchführung und Verwirklichung der einschlägigen Bestimmungen des Friedensvertrages mit Italien Bedingung für das Erlöschen der italienischen Souveränität sei. Da die Konstituierung des Freien Territoriums noch immer nicht vollzogen sei, bestehe auch weiterhin über dieses Gebiet die Souveränität Italiens. Verf. führt dagegen aus, daß das Territorium Triest ein neues Völkerrechtssubjekt *sui generis* sei und daß über dieses Gebiet die Souveränität Italiens ohne irgendwelche Bedingungen am 15. 9. 1947, dem Tage des Inkrafttretens des Friedensvertrages mit Italien, erloschen sei.

Vajs, Albert: Nove Ženevske konvencije za zaštitu rata [Neue Genfer Konventionen zum Schutze der Kriegsoffer] (Nr. 4, S. 93–118). Es bestehe kein Widerspruch zwischen dem Kampf um Erhaltung des Friedens und dem weiteren Ausbau des Kriegsvölkerrechts, das in den vier Genfer Konventionen vom 12. 8. 1949 einen wichtigen Fortschritt erfahren habe. Verf. legt den Inhalt der vier Abkommen dar und kommentiert ihn auf eine realistische Weise, die doch zu einem positiven Urteil führt.

Magarašević, A.: Međusobni odnosi Organizacije Ujedinjenih nacija i nevladinih organizacija [Gegenseitige Beziehungen zwischen der Organisation der Vereinten Nationen und den "non-governmental organizations"] (S. 149–155).

Šahović, M.; S. Petković: Pitanje odnesa između Generalne skupštine OUN i Starateljskog saveta [Die Frage der Beziehungen zwischen der UN-Generalversammlung und dem Treuhandschaftsrat] (Nr. 5, S. 103–107).

Nikolajević, B.: Restitucija po ugovorima o miru iz 1947 godine [Restitution nach den Friedensverträgen aus dem Jahre 1947] (S. 107–111).

Marković, Milan: Jugoslovenski predlozi na Petom zasjedanju Generalne skupštine OUN – nov prilog sistemu kolektivne sigurnosti [Jugoslawische Vorschläge auf der vierten Tagung der UN-Generalversammlung – ein neuer Beitrag zum System der kollektiven Sicherheit] (Nr. 6, S. 70–81). Verf. erläutert und unter-

streicht das Neue an diesen Verträgen und hebt den Beitrag hervor, den sie der Völkerrechtstheorie und -praxis gegeben haben.

Šahović, Milan: Predlog o donošenju Deklaracije o pravima i dužnostima država na Petom zasjedanju Generalne skupštine OUN [Vorschlag einer Deklaration über Rechte und Pflichten der Staaten auf der fünften Tagung der UN-Generalversammlung] (S. 114–119).

— **Jg. 3, 1951**

Petković, S.: Međunarodni status Jugozapadne Afrike [Internationaler Status von Südwestafrika] (Nr. 1, S. 110–114).

Petković, S.: Tumačenje mirovnih ugovora – savetodavno mišljenje Međunarodnog suda pravde [Auslegung der Friedensverträge – ein Gutachten des IGH] (Nr. 2–3, S. 130–136).

Andrassy, Juraj: Zajednička akcija za mir [United for peace] (Nr. 4, S. 24–53). Verf. befaßt sich ausführlich mit dem Verhältnis, welches zwischen der diesbezüglichen Resolution der fünften Tagung der Generalversammlung und der UN-Charter besteht. Eingehende Analyse der Resolution und der betreffenden Bestimmungen der UN-Charter, sowie der Argumente, welche beweisen sollen, daß die Resolution nicht in Einklang mit der Charta stehe und der Sicherheitsrat seiner Kompetenz beraubt wäre. Verf. gelangt zu dem Ergebnis, daß die Generalversammlung eine generelle Kompetenz besitze, daß der Sicherheitsrat seine Aufgabe auch trotz der Resolution ausführen könne, wenn er arbeitsfähig sei, und daß es völlig im Geiste der Charta sei, wenn dem Sicherheitsrat, der seine Aufgabe nicht zu erfüllen imstande sei, die Generalversammlung substituiert werde. Jedenfalls sei jeder Ausbau eines Rechtssystems gleichzeitig auch eine Änderung desselben. Bestimmungen, die man früher auf mehrerlei Art anwenden konnte, werden präzisiert und dadurch geändert. Aber wenn der Ausbau im Einklang mit den älteren Normen stehe – wie es hier der Fall sei – seien die Änderungen nicht rechtswidrig.

Marković, M.: Neke crte međunarodno-pravnog aspekta korejskog sukoba [Einige Züge des völkerrechtlichen Aspekts des Korea-Konfliktes] (S. 104–112). Rückblick auf Entstehung und verschiedene Phasen des Konflikts. Verf. untersucht dabei mit negativem Ergebnis die sowjetischen Behauptungen, daß die Resolutionen des Sicherheitsrats vom 25. und 27. 6. 1950 rechtswidrig seien.

Šahović, M.: Organizacija Ujedinjenih nacija i donošenje deklaracije o pravima i dužnostima država [Die Organisation der Vereinten Nationen und die Deklaration über Rechte und Pflichten der Staaten] (Nr. 6, S. 56–62).

Janićijević, D.: Rad OUN na donošenju Pakta o pravima čoveka [Die Tätigkeit der UN bezüglich eines Paktes über Menschenrechte] (S. 78–84).

— **Jg. 4, 1952**

Magarašević, Aleksandar: O pravu na samoopredeljenje u Komonveltu [Über das Selbstbestimmungsrecht im Commonwealth] (Nr. 1, S. 26–53). Eine Darstellung wichtigster wirtschaftlicher und politischer Entwicklungsetappen des Empire, auf Grund deren sich die spezifischen Formen des Selbstbestimmungsrechts im Com-

monwealth herausgebildet haben. Besonders ist das Recht auf völlige Trennung in Betracht gezogen. Änderungen in den Rechtsformen der Interdependenz im Commonwealth werden durch wirtschaftliche Gründe erklärt.

Janković, Branimir: Međunarodnopravni aspekt slobode informacija [Völkerrechtlicher Aspekt der Informationsfreiheit] (S. 54–63). Verf. legt kurz die Schwierigkeiten dar, die einem annehmbaren Text der Konvention über die Informationsfreiheit im Wege stehen. Er betrachtet es als unerlässlich, daß alle Rechtsbegriffe, die in dieser Materie vorkommen, genauer definiert werden und daß die Konvention jedenfalls die Einschaltung der UN vorsehe.

Paunović, J. M.: Severno-atlantski pakt i Evropska unija [Nordatlantikpakt und Europäische Union] (Nr. 2, S. 55–59). Informative Auslegung der Struktur und Organisation des Pakts und seine Weiterentwicklung. Stelle, Bedeutung, Aufgabe und gegenseitige Beziehungen zwischen der NATO, der Europäischen Armee, dem Europa-Rat und dem Schuman-Plan. Verf. unterstreicht, daß die ungenügende politische und wirtschaftliche Stabilität Frankreichs einen negativen Einfluß auf alle Fragen ausübe, die mit der politischen und wirtschaftlichen Integration Europas verbunden sind.

Babović, Bogdan: Rad OUN na prijemu novih članova [Die Tätigkeit der UN bei der Aufnahme neuer Mitglieder] (S. 62–69). Auf Grund einer kurzen Auslegung aller Phasen dieses Problems kommt Verf. zu dem Ergebnis, daß die Frage politischer Natur sei und im Rechtswege nicht gelöst werden könne. Abschließend wird der jugoslawische Standpunkt dargelegt, wonach alle Kandidaten in die Organisation aufzunehmen seien.

Božović, A.: Definicija agresije pred UNO [Definition des Angriffs vor den Vereinten Nationen] (Nr. 3–4, S. 103–110). Nach einem Rückblick auf die Bemühungen im Völkerbund und in den UN um eine Definition des Angriffs befürwortet Verf. eine enumerative, aber nicht limitative Definition.

Pindić, D.: Rad na definiciji agresije posle Drugog svetskog rata [Die Bemühung um eine Definition des Angriffs nach dem zweiten Weltkrieg] (Nr. 5–6, S. 99–105). Verf. weist auf die Beziehung und Verbindung dieses Gegenstandes mit den Prozessen in Nürnberg und Tokio hin sowie auf die diesbezüglichen Stellen in den Akten von Chapultepec (1945) und Rio de Janeiro (1947), im Pakt der Arabischen Liga (1945), West-Union (1948) und Nordatlantikpakt (1949). Der jugoslawische Vorschlag einer generellen Definition, die aber auch eine exemplifizierende Aufzählung enthält und die Möglichkeit offen läßt, daß die kompetenten Organe der UN auch neue, in der Definition nicht inbegriffene Formen des Angriffs einbeziehen, wird vom Verf. als besonders für kleine Staaten wertvoll hervorgehoben.

Ir

Michigan Law Review. Vol. 51, 1953

Ehrenzweig, Albert A.: Interstate Recognition of Custody Decrees (S. 345–373).

Mr

The Middle East Journal. Vol. 5, 1951

Khadduri, Majid: Constitutional Development in Syria. With Emphasis on the Constitution of 1950 (S. 137–160). Verfassungsgeschichte Syriens seit Ende des 1. Weltkriegs unter Hervorhebung der Eigentumsbeschränkungen in der neuen Verfassung.

Frank, M. Z.: God of Abraham in the State of Israel (S. 407–423). Betrachtungen über die Bedeutung religiöser Faktoren für das Verfassungsleben des Staates Israel, deren »explosive« Kraft betont wird.

— **Vol. 6, 1952**

Rivlin, Benjamin: The Tunisian Nationalist Movement: Four Decades of Evolution (S. 167–193).

Mogannam, E. Theodore: Developments in the Legal System of Jordan (S. 194–206). Überblick über die Rechtsentwicklung in Jordanien, insbesondere seit der Annexion eines Teils des früheren Mandatsgebiets von Palästina. Hinweis auf die noch nicht beseitigten Rechtsunterschiede im alten und neuen Staatsgebiet.

Stevens, Georgiana G.: Arab Refugees: 1948–1952 (S. 281–298). Behandlung des Problems der arabischen Flüchtlinge aus Palästina unter Zugrundelegung statistischen Materials. Ws

Middle Eastern Affairs. Vol. 2, 1951

Abuetan, Barid: Eritrea: United Nations Problem and Solution (S. 35–53). Verf. hält die von den UN unter dem Vorbehalt gewisser Garantien beschlossene Vereinigung mit Abessinien für die beste Lösung.

Sinclair, Angus: Iranian Oil (S. 213–224). Historischer Hintergrund des britisch-persischen Ölstreits, mit Dokumenten (S. 229–238).

Bentwich, Norman: The Middle East and the United Nations (S. 351–360). Verf. belegt durch Beispiele, wie die Staaten der Arabischen Liga (mit Ausnahme Jordaniens) ebenso wie Israel, Iran und die Türkei an der Tätigkeit der UN und ihrer Organisationen vollen Anteil hatten und haben.

Shwadran, Benjamin: Egypt Before the Security Council (S. 383–400). Gegenüberstellung der Argumente, die im Sicherheitsrat zur Frage der Zulässigkeit der Behinderung des Schiffsverkehrs nach Israel durch den Suezkanal vorgebracht wurden.

— **Vol. 3, 1952**

Hanna, Paul L.: The Anglo-Egyptian Negotiations, 1950–1952 (S. 213–233).

Blanc, Haim: Druze Particularism: Modern Aspects of An Old Problem (S. 315–321). Schätzt die Zahl der in Syrien, Libanon und Israel als religiöse Minderheit lebenden Drusen auf etwa 190 000. Ws

The Modern Law Review. Vol. 15, 1952

Griffith, J. A. G.: Courts-Martial (Appeals) Act, 1951 (S. 65–68).

Williams, Glanville: Licences in Administrative Law – Retrospective Effect – Licence by Estoppel (S. 69–73). Kritische Bemerkungen zu der Entscheidung des

House of Lords in *Howell v. Falmouth* [1951] 2 All E. R. 278 und der durch sie abgeänderten Entscheidung des Court of Appeal in derselben Sache, [1950] 1 All E. R. 538, in denen die Zulässigkeit einer rückwirkenden Genehmigung und die Möglichkeit einer Genehmigung durch Duldung seitens der zuständigen Verwaltungsbehörde erwogen wurden.

Smith, S. A. de: Policy and Discretion in Licensing Functions (S. 73–74).

Mann, F. A.: Austrian Nationality (S. 100–102). Berichtet über die einander widersprechenden Entscheidungen des High Court in *Matter of Application for Patents by A. B.* (1944) 61 R. P. C. 89 und in *Matter of Mangold's Patent* (1951) 68 R. P. C. 1, in denen die Frage der Anerkennung der Fortexistenz Österreichs und einer österreichischen Staatsangehörigkeit nach 1938 verschieden beantwortet wurde. —: *Anglo-Iranian Oil Company Case* (102–104). Kurzer Bericht über die einstweilige Verfügung des Internationalen Gerichtshofs im anglo-iranischen Ölstreit vom 5. 7. 1951 (I. C. J. Reports 1951, S. 89 ff.).

Smith, S. A. de: Wrongs and Remedies in Administrative Law (S. 189–208, 351–353). Behandelt die gegenwärtigen Rechtsschutzmöglichkeiten gegenüber Verwaltungsakten im englischen Recht. Verf. weist dabei insbesondere auf die begrenzte Wirksamkeit des Rechtsbehelfs des *certiorari* der ordentlichen Gerichte gegenüber Verwaltungsentscheidungen hin.

Mann, F. A.: Sovereign Immunity (S. 220–221). Kommentiert die engl. High Court-Entscheidung *Kahan v. Pakistan Federation* [1951] 2 K. B. 1003, die, der früheren Entscheidung *Krajina v. Tass Agency* [1949] 2 All E. R. 274 (C. A.) folgend, die uneingeschränkte Immunität eines ausländischen Staates auch im Rahmen seiner Handelstätigkeit aufrecht erhält.

Cowen, D. V.: Legislature and Judiciary: Reflections on the Constitutional Issues in South Africa (S. 282–296, wird fortgesetzt). Kommentiert die Entscheidung des südafrikanischen Supreme Court in *Harris and Others v. Minister of the Interior* – 1952 (2) S. A. 428 –, die das südafrikanische Gesetz über das Wahlrecht der Farbigen (Separate Representation of Voters Act – No. 46 of 1951) für ungültig erklärt hat, im Hinblick auf die Frage der Nachprüfbarkeit der gesetzgeberischen Akte des Parlaments durch die ordentlichen Gerichte.

Green, L. C.: The Anglo-Norwegian Fisheries Case, 1951 (S. 373–377). Kurzer Kommentar zu der IGH-Entscheidung vom 18. 12. 1951 (I. C. J. Reports 1951, S. 116 ff.).

Lloyd, Dennis: Judicial Review of Expulsion by a Domestic Tribunal (S. 413–424). Behandelt die Nachprüfbarkeit der Entscheidungen der Verbandsgerichte wirtschaftlicher Verbände (Gewerkschaften, Berufsverbände, Unternehmerverbände) durch die ordentlichen Gerichte. Je

Monatsschrift für Deutsches Recht. Jg. 6, 1952

Oswald: Über die Staatsangehörigkeit der Sudetendeutschen (S. 278–279). Im Widerstreit der Ansichten, insbesondere zwischen britischer und amerikanischer Besatzung, nimmt Verf. Fortbestand deutscher Staatsangehörigkeit an.

Henrichs, Wilhelm: Die Voraussetzungen des Inzidentverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht (S. 528–530). Behandelt die im Grundgesetz vorgesehenen Fälle: Völkerrechtsregeln als Bundesrecht, Verfassungswidrigkeit eines Bundes- oder Landesgesetzes, Fortgeltung früherer Rechtsregeln als Bundesrecht.

Laun, Kurt von: Die Brüsseler Internationale Seerechtskonferenz vom 2.–10. Mai 1952 (S. 599–601).

— Jg. 7, 1953

Blomeyer, Karl: Das Bundesverfassungsgericht und das Verfahrensrecht (S. 65–69). Kritisiert den Beschluß des BVfGG vom 8. 12. 1952, wonach eine im Gutachtenverfahren des Plenums zum Ausdruck gelangte Rechtsauffassung auch spätere Entscheidungen der einzelnen Senate binde. Dg

Monde Nouveau-Paru. Année 8, 1952

Le Brun Kéris, Georges: Sous le signe de l'Islam, le Moyen-Orient fera-t-il son unité? (Nr. 55, S. 10–25).

Gross, Louis: L'urgence de l'Armée Européenne (S. 26–56). Verf. schlägt eine Verfassung für eine Europa-Armee vor und unterscheidet zwischen einer für die Sofortverteidigung zu bildenden Bereitschaftsarmee (*armée urgente*) und einer durchorganisierten Armee auf europäischer Basis (*armée organisée*), um die langsame Eingliederung Deutschlands ohne Verletzung der Interessen Frankreichs und der Beneluxstaaten zu ermöglichen.

Frenay, Henry: Pour ou contre l'Armée européenne (Nr. 56, S. 8–15). Verf. befürwortet eine Europa-Armee mit deutschen Kontingenten, die er für gefahrlos hält, wenn vor Abschluß der Aufstellung der Verbände eine europäische föderative politische Behörde geschaffen werde, was sofortige Einberufung einer konstituierenden europäischen Versammlung notwendig mache.

Spinelli, Altiero: Confédération ou Fédération. Leçons tirées de l'histoire américaine (S. 27–42). Verf. wirft die Frage auf, ob die in der europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu schaffenden Institutionen föderalistischen oder konföderalistischen Charakter haben müssen. Er folgert aus der amerikanischen Erfahrung von 1774–1787, daß eine föderalistische Organisation gebraucht werde, die sich auch am Schweizer Kantonsystem seit 1847 bewährt habe.

Felice, Pierre de: Vers une Europa d'abord continentale (Nr. 58, S. 12–19).

Spinelli, Altiero: Fédération ou confédération (Confusions et manoeuvres) (Nr. 59, S. 8–16). Verf. behandelt an den Beispielen der USA und der Schweiz die politisch-historisch entstandenen Unterschiede zwischen einer Föderation und einer Konföderation.

Herremans, Maurice-Pierre: Les pays du Benelux devant les problèmes européens (Nr. 60–61, S. 37–42).

Cèpède, M.: Le pool agricole européen (S. 67–78).

Boissier, Pierre; Henry Frenay: Afin que justice soit faite (Les crimes de guerre) (Nr. 62, S. 8–44).

Le Brun Kéris, Georges: Europe des Six et Union Française (Nr. 63, S. 16–31). Verf. behandelt die Schwierigkeiten, die sich für Frankreich aus der gleichzeitigen Zugehörigkeit zum föderativen System der französischen Union und zum föderativen System der Schuman-Plan-Staaten ergeben könnten.

Carbon, Luc de: La Fédération européenne et les territoires dépendants (Nr. 64, S. 10–27).

Mouskhély, Michel: Propos sur l'enseignement européen (S. 44–59). Bh

Nederlands Juristenblad. 1952

Polak, M. V.: Communisme, vrijheid van spreken en samenzwering (S. 557–587). Beschreibung der in den USA und in Australien getroffenen Maßnahmen gegen Kommunisten unter Darlegung des Problems der Grenzen der Meinungsfreiheit und der Bedeutung der *conspiracy*.

Czapski, G.: Buitenlands vermogen in Oost-Duitsland (S. 590–592). Übersicht über die gesetzlichen Grundlagen der Behandlung des Ausländervermögens in der Sowjetzone. Dazu Anmerkung von Gerretsen S. 767.

Mals, R.: Buitenlands vermogen in Duitsland en »Lastenausgleich« (S. 749–752). Bespricht die Behandlung des Ausländervermögens in der deutschen Lastenausgleichsgesetzgebung und im Überleitungsvertrag zum Deutschlandvertrag.

Kan, J. M.: Enige juridische aspecten van de onverenigbaarheid van het lidmaatschap der Staten-Generaal met andere functies (S. 757–762). Verf. behandelt die Frage der Inkompatibilität des Abgeordnetenmandats in den General-Staaten mit der Innehabung anderer öffentlicher Ämter.

Mannoury, J.: Voorbeelden van toepassing van het gelijkheidsbeginsel (S. 883–885). Gibt einige Beispiele für das Gleichheitsprinzip. Zn

Das Neue Israel. Jg. 4, 1951/52

—: *Das Staatsbürgerschaftsgesetz Israels (Nr. 12, S. 5).* Bericht über die wichtigsten Bestimmungen. Hinweis auf die Tatsache, daß Personen, die nach dem Gesetz automatisch die Staatsbürgerschaft erhalten, ihre bisherige Staatsbürgerschaft beibehalten dürfen, um eventuelle materielle Ansprüche, wie z. B. Pensionen, in den Herkunftsländern weiterhin verfolgen zu können. Ws

Die Neue Rundschau. Jg. 64, 1953

Beer, Max: Dem dritten Völkerbund entgegen (S. 294–307). Kritischer Rückblick auf die Erfahrungen mit Völkerbund und UN, deren Hauptmängel Verf. in zu enger Bindung an die jeweiligen Zeitsituationen ihrer Entstehung sieht, und Vorausschau auf die gemäß Art. 109 Ziff. 3 UN-Charter im Jahre 1955 zu erwartende Revision. Für den Fall, daß diese durch ein Großmachtveto »erwürgt« werde, sieht Verf. die Alternativen, daß der »zweite Völkerbund« nach gescheitertem Umgestaltungsversuch so unmöglich wirke, daß er praktisch gleichfalls erwürgt sei, oder »der nicht ratifizierte dritte Völkerbund wird in einer neuen Rumpfkonzferenz, unter Ausschluß der Obstruktion übenden Macht . . ., die übrige Welt zusammenfassen«. Rn

New Zealand Law Journal. Vol. 27, 1951

Hewitt, D. J.: Delegated Legislative Power and the Problem of Control (S. 41–43). Entstehungsgeschichte und Funktion des 1944 erstmals gebildeten parlamentarischen Ausschusses zur Überprüfung jenes beschränkten Kreises der delegierten Gesetzgebung, deren Bestimmungen nach einer ausdrücklichen Forderung des delegierenden Gesetzes dem Parlament zur Billigung vorgelegt werden müssen. Verf. rühmt die Leistungen des Ausschusses und bedauert seine enge Zuständigkeitsbegrenzung.

Inglis, L. M.: The Occupation Courts in Germany (S. 172–175). Verf., ehemaliger oberster Richter der brit. Besatzungsmacht in Deutschland, berichtet über Organisation und Funktion der britischen Militärgerichte sowie der ab 1. 1. 1947 an ihre Stelle getretenen Control Commission Courts. Verweist u. a. auf die Unzulänglichkeit der brit. Militärgerichte.

—: *The Office of the Master of the Rolls (S. 213–214).*

—: *The Office of the Lord Chancellor (S. 229–232).*

Northey, J. F.: Declarations of War and Peace (S. 239–242). Übersicht über das in den einzelnen Dominien im 2. Weltkrieg eingeschlagene Verfahren zur Feststellung des Kriegszustandes und seiner Beendigung. Macht den Vorschlag, die Vollmachten des Generalgouverneurs in Neuseeland denjenigen des Generalgouverneurs in Kanada anzugleichen.

Birkett: International Law (S. 343, 352). Gemeinverständliche Einführung in die Problematik des Völkerrechts.

O'Connell, D. P.: The Legal Character of the Korean War (S. 362–364). Befaßt sich insbesondere mit dem Status der Kriegführenden im Korea-Konflikt. Neigt zu der Auffassung, daß zwar die beiderseitigen Streitmachtangehörigen Anspruch auf Behandlung als Kriegführende besäßen; andererseits aber könnten dem »Aggressor« nicht alle Rechte des Kriegführenden, wie etwa das Angarienrecht oder das Recht zur Blockade, zugestimmt werden. Im übrigen könnten Staaten, die den UN-Resolutionen über Korea zugestimmt hätten, nicht die Rechte von Neutralen beanspruchen.

Ws

Die öffentliche Verwaltung. Jg. 5, 1952

Flügel, Hans-Wilfried: Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (S. 326–328). Bemüht sich um die Abgrenzung des Flüchtlingsbegriffs unter Vergleich mit dem völkerrechtlichen Begriff des *réfugié*.

Geiger, Willi: Einige Probleme der Bundesverfassungsgerichtsbarkeit (S. 481–487). Neben die bekannten Formen der parlamentarischen Demokratie und der Präsidentschaftsdemokratie trete durch das westdeutsche Grundgesetz ein *novum*: der Rechtswegstaat, wie Verf. es nennt. Während in der Verfassung von Weimar die Staatsgerichtsbarkeit lediglich die Stabilität des Bundesstaates zu erhalten bestimmt gewesen sei, habe sich die Befugnis des Bundesverfassungsgerichts auf jede verfassungsrechtliche Frage ausgedehnt. Man habe gemeint, politische Entschei-

dungen vermeiden zu können, es zeige sich jedoch, daß durch Rechtsentscheidungen im Rahmen der Verfassung solche politischer Natur mitentschieden werden. So dominiere erstmals im gesamten Staatssystem die dritte Gewalt. Die Wurzel dieser Entwicklung sieht Verf. in dem steigenden Mißtrauen in die Loyalität des politischen Gegners, ausgelöst durch den Umstand, daß man im modernen politischen Leben nicht mehr den Gegner von der Unrichtigkeit seiner Ansicht zu überzeugen trachte, sondern bereits seine erste Willensbildung zu beeinflussen oder zu überrennen suche.

Krüger, Herbert: Bundeswirtschaftsrat in verfassungspolitischer Sicht (S. 545–556). Ausgehend von der Diskrepanz zwischen Verfassungswirklichkeit und dem positiven, dieser Wirklichkeit oft nicht Rechnung tragenden Verfassungsrecht, unternimmt Verf. einen Nachweis der Notwendigkeit einer solchen Institution und der Möglichkeiten, sie zu realisieren. Ebenso wie man im GG erstmals damit ernst gemacht habe, der Verfassungswirklichkeit der politischen Parteien zu entsprechen, sei es nun notwendig, die wirtschaftlichen Kräfte zu legalisieren.

Scheuner, Ulrich: Wirtschaftliche und soziale Selbstverwaltung (S. 609–615). Trotz der durch die Freiheitsrechte gezogenen festen Grenzen lasse sich der staatlich lenkende Einfluß auf das soziale Leben im weitesten Sinne nicht mehr eindämmen. Die zukünftige Aufgabe liege im Maßhalten und der Achtung der freien Entfaltung der Persönlichkeit. Unter diesem Gesichtspunkt untersucht Verf. Begriff, Arten, Entwicklung, Formen und Funktion der Selbstverwaltung.

Schüle, Adolf: Internationale und nationale Lenkung der Außenwirtschaft (S. 615–617). Dem nationalen entspreche ein internationaler »Dirigismus«. Verf. weist auf die Bedeutung der ITO, IMF, OEEC, EZU, des Weizenrates, des Zuckerrates und der Montan-Union hin. Die Außenhandelsregulierung des Staates bediene sich vor allem der Einfuhrzölle, der Handelsverträge, der Devisenbewirtschaftung und der Ein- und Ausfuhrkontrolle, deren Funktionen Verf. umreißt.

Bachof: Tagung der Vereinigung deutscher Staatsrechtslehrer (S. 687–689). Verf. berichtet über die Referate und Diskussionen (»Staatliche Intervention im Bereiche der Wirtschaft« und »Die Gegenwartsfrage des Staatskirchenrechts«) der am 16. und 17. 10. 1952 in Marburg stattgehabten Tagung. Im Anschluß (S. 689–692) sind die Leitsätze der Referenten Scheuner und Schüle abgedruckt.

Kutscher, Hans: Verfassungsrechtliche Fragen aus der Praxis des Bundesrates (S. 710–713). Verf. erläutert an Hand des Art. 76 Abs. 2 GG (Stellungnahme zu Gesetzentwürfen), der Anrufung des Vermittlungsausschusses und der Praxis des Bundesrates bei Streitigkeiten über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen, dessen funktionelle Bedeutung.

Forsthoff, Ernst: Zur Problematik des Bundeswirtschaftsrates (S. 714–717). Der nachträgliche Einbau einer solchen Institution in das bestehende Verfassungssystem bereite nicht unerhebliche Schwierigkeiten. So wie man dem Parlament eine echte repräsentative Funktion mehr und mehr absprechen müsse, werde auch ein Wirtschaftsrat nur Vertreter, nicht Repräsentant, sein können. Es gehe darum, zu erkennen, daß es sich der Natur der Sache nach um Interessenvertretung handeln werde,

nicht um Vertretung der Wirtschaft als Ganzes. Hieran zeige sich auch, daß es nicht gelingen könne, den Konsum in angemessener Weise zu beteiligen, denn diesem wohne nicht die notwendige assoziative Kraft inne. Verf. empfiehlt, die Vertretung auf die sogenannten Sozialpartner, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zu beschränken. Hiermit würde einer bereits bestehenden Verfassungswirklichkeit Rechnung getragen und die ohnehin vorhandenen Kräfte legalisiert. Dg

Österreichische Juristen-Zeitung. Jg. 7, 1952

Heiss, Hans: Grundzüge des schwedischen Verfassungsrechts. Wiener Juristische Gesellschaft, International Law Association, Austrian Branch (S. 322–323). Bericht über einen Vortrag von Otto Jettner.

Marcic, René: Die Normenkontrolle in der westdeutschen Bundesrepublik (S. 337–342).

Seidl-Hohenveldern, Ignaz: Über die Konfiskation einer ausländischen Offenen Handelsgesellschaft (S. 342–345). Die österreichische Gerichtspraxis habe es bisher abgelehnt, ausländischen konfiskatorischen Maßnahmen extraterritoriale Wirkung zuzuerkennen. Verf. behandelt insbesondere die Frage, was mit denjenigen in Österreich belegenen Vermögenswerten zu geschehen habe, die ausländischen, in ihrem Statutarland verstaatlichten Gesellschaften gehört hatten, deren ordnungsgemäße Verwaltung nunmehr jedoch wegen Fehlens von Organen nicht mehr gewährleistet ist.

Spanner, Hans: Landesbürgerschaft und Bundesbürgerschaft. Eine offene Verfassungsfrage (S. 449–454). Verf. untersucht die Frage, ob die Tatsache, daß das geltende österreichische Staatsangehörigkeitsrecht lediglich eine Bundesbürgerschaft vorsehe, mit Art. 6 BVG und mit der staatsrechtlichen Ordnung Österreichs als Bundesstaat im Einklang stehe.

Hoyer, Viktor: Bemerkungen zum Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft nach dem Staatsbürgerschaftsgesetz von 1949 (S. 505–508). Verf. untersucht die im Gesetz vom 4. 11. 1949 vorgesehenen Verlustgründe der Verehelichung und der Ausbürgerung.

Linke, Robert: Die Übernahme der Verfolgung im Ausland begangener Straftaten (S. 571–574). Befaßt sich mit dem für den Fall einzuschlagenden Verfahren, in welchem die Straftat durch einen Ausländer begangen wurde und dieser sich der Strafverfolgung durch Flucht in seinen Heimatstaat entzieht.

Bäck, Paul L.: Rechtshilfe in den Vereinigten Staaten (S. 589–593). Untersucht die Rechtslage gegenüber Österreich.

Scheiber, Herbert: Entwurf eines internationalen Abkommens zur Abgrenzung der Gerichtsbarkeit in Rechtsstreitigkeiten aus vermögensrechtlichen Ansprüchen (S. 593–598).

Ermacora, Felix: Über Prozeßvoraussetzungen im Verfahren vor den Gerichten öffentlichen Rechts wegen Verletzung subjektiver Rechte (S. 650–653). Behandelt das Verfahren vor dem Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof.

— Jg. 8, 1953

Seidl-Hohenveldern, Ignaz: Internationales Konfiskations- und Enteignungsrecht (S. 41–43). Vortrag vom 3. 12. 1952 vor der Wiener Juristischen Gesellschaft. Verf. vertritt die neuere Lehre, wonach gegen die Anerkennung der extraterritorialen Wirkung von entschädigungspflichtigen Enteignungen keine Bedenken bestehen. Dg

Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht, Bd. 4, 1951/52

Zemaneck, Karl: Der durchreisende Gesandte (S. 530–541). Übersicht über die seit Grotius vorgetragenen Lehrmeinungen und die ebenso uneinheitliche Gerichtspraxis hinsichtlich der Immunität durchreisender Diplomaten. Verf. befürwortet Respektierung der diplomatischen Privilegien auch in dritten Staaten.

— Bd. 5, 1952/1953

Cossio, Carlos: Egologische Theorie und Reine Rechtslehre. Eine vorläufige Bilanz von Kelsens Besuch in Argentinien (S. 15–69).

Sulkowski, Josef: The Problem of Universal Membership in the International Labor Organisation (S. 70–100). Mitgliederaufnahme und Verlust der Mitgliedschaft zur ILO unter den Auspizien des Völkerbundes und der UN.

Ermacora, Felix: Das Wesen und die Grundformen der Zentralisation und Dezentralisation. Ein Beitrag zu Hauptproblemen der Staatsrechtslehre (S. 101–165). Unter Darlegung der Lehren von Georg Jellinek, Kelsen, Eisenmann, Peters und Witten unternimmt Verf. eine abstrakt-rechtstheoretische Analyse.

Horvath, Barna: The European Court of Human Rights (S. 166–191). Ausgehend von einer Bilanz des bisher Erreichten zur Verwirklichung eines allgemeinen Menschenrechtsschutzes erörtert Verf. insbesondere die bisher vertretenen Ansichten über die Rechtswirkung der Deklaration vom 12. 10. 1948 und die entsprechenden Bestimmungen der UN-Charta. Er erläutert Organisation, Verfahren und anzuwendendes Recht des Europäischen Gerichtshofs, wobei auch die möglichen Wirkungen von Entscheidungen für das nationale Recht in Betracht gezogen werden.

Thirring, Hans: Was ist Aggression? Das Problem der Aggressionsdefinition (S. 226–242). Berichtet über die Beratungen der 6. Kommission der Generalversammlung der UN vom 5.–22. 1. 1952. Wieder habe sich, wie schon in der International Law Commission, fast mehr als der Gegensatz Ost-West derjenige zwischen dem Common Law und dem kontinentalen Recht gezeigt. Während vor allem die französische Rechtsauffassung zu einer klaren Definition neige, ziehe die anglo-amerikanische Ansicht eine *ad-hoc*-Entscheidung vor. Das Definitionsproblem müsse unter dem Gesichtspunkt der Atomwaffendrohung gesehen werden. Nicht auf die – nachträgliche – international-straftrechtliche Bedeutung der Definition, sondern auf die Präventivwirkung komme es an. Dg

Orient – Occident (La Revue française d'esprit mondial). Année 5, 1952/53

Manekkar, D. R.: La question du Cachemire (Nr. 4, S. 17–20). Verf., Chef-

redakteur der »Times of India«, hält die Voraussetzungen für eine Volksabstimmung in Kaschmir erst nach Abzug der Truppen Pakistans für gegeben.

Tarakanath Das: Le litige du Cachemire et les Nations Unies (S. 49–59). Die Behandlung der Kaschmir-Frage durch die UN in chronologischer Darstellung und in indischer Schau.

Zakir Hussain: La position des Musulmans de l'Inde dans la question du Cachemire (S. 68–70). Verf., Vize-Kanzler der Mohammedanischen Universität von Aligarh, warnt vor den Folgen, die die Kaschmir-Politik für die 40 Millionen Muslime in Indien haben könne.

Axelrad, Edouard: Historique de l'Indépendance du Viêt-Nam (Nr. 5, S. 9–14). Ws

Oriente Moderno. Anno 31, 1951

Rossi, Ettore: Il Regno Unito della Libia (S. 157–177). Darstellung der Entwicklung Libyens vom Ende des 2. Weltkriegs bis zur Unabhängigkeitserklärung am 24. 12. 1951 nebst italienischer Übersetzung der Verfassung Libyens vom 7. 10. 1951.

— Anno 32, 1952

Rubinacci, Roberto: Il movimento per l'indipendenza del Marocco dal 1940 ad oggi (S. 1–31).

'Abdel-'Aziz Badr, Mohammed: La Ligue des Etats Arabes (S. 109–119). Vortrag des ägyptischen Botschafters in Rom vom Sommer 1952. Betont u. a., daß weder die vorbereitenden Arbeiten noch der Liga-Pakt selbst den Begriff »arabisch« definieren.

Gianini, Amedeo: La Costituzione eritrea del 1952 (S. 233–246). Ws

Osteuropa. Jg. 2, 1952

Meissner, Boris: Die Großmächte und die baltische Frage (S. 241–250; 341–346). Zn

Pacific Affairs. Vol. 24, 1951

Finkelstein, Lawrence S.: The Indonesian Federal Problem (S. 284–295). Verf. behandelt die Verteilung der zentralen und örtlichen Machtbefugnisse. Als Reaktion auf das von den Niederlanden geförderte Bundessystem habe seit Anfang 1950 eine Unitarisierung stattgefunden.

Fitzgerald, C. P.: Peace or War With China? (S. 339–351). Verf. empfiehlt Verständigung mit China, die allerdings nur bei beiderseitigem Nachgeben zu erreichen sei.

Furber, Holden: The Unification of India, 1947–1951 (S. 352–371). Verf. schildert den Vorgang der Eingliederung der vielen ehemaligen Fürstentümer in die indische Republik.

Schechtman, Joseph B.: Evacuee Property in India and Pakistan (S. 406–413). Bericht über die Maßnahmen und Abkommen Indiens und Pakistans hinsichtlich der Verfügung über das von den Evakuierten beider Staaten zurückgelassene Eigentum.

— Vol. 25, 1952

Y a-lun C h o u: *Chinese Agrarian Reform and Bolshevik Land Policy* (S. 24–39). Berichtet über die Unterschiede und stellt fest, daß die chinesische Reform sich an frühere geschichtliche Entwicklungen anschließt und evolutionärer verläuft als seinerzeit in Rußland.

M a u n g, *Maung*: *Burma Looks Ahead* (S. 40–48). Bericht über die innerpolitische Entwicklung Burmas nach dem 2. Weltkrieg. Ut

Pakistan Horizon. Vol. 4, 1951

F i t z g e r a l d, *John*: *The Theory and Practice of Proportional Representation* (S. 120–130).

A h m a d, *Mushtaq*: *Pakistan and the United Nations* (S. 130–151). Bericht über die Stellungnahme Pakistans zu den wichtigeren, durch die UN behandelten Fragen mit Ausnahme des Kaschmir-Problems.

A h m a d, *Mushtaq*: *Kashmir in the United Nations* (S. 217–232).

— Vol. 5, 1952

D e c i r y, *Jean*: *The Schuman Plan* (S. 64–74).

A z z a m B e y, *Abdul Wahab*: *The Problem of the Sudan* (S. 117–124). Begründung des ägyptischen Standpunktes in der Sudan-Frage durch den ägyptischen Botschafter in Pakistan.

B l a n k e n s t e i n, *Heimon van*: *Trade Policies in Western Europe* (S. 125–133). Ws

Parliamentary Affairs. Vol. 1, 1947/48

Journal of the Hansard Society

E d e, *J. Chuter*: *Parliament and the Liberty of the Subject* (Nr. 1, S. 10–23).

L u k e, *Sir Harry*: *Legislatures of the British Pacific Islands* (S. 38–50).

T a y l o r, *Eric*: *The Basis of Procedure in the House of Commons* (S. 51–58; Nr. 2, S. 70–77; Nr. 3, S. 73–84).

M i l n e r, *James*: *The House of Commons from the Chair* (S. 59–66).

H u m b e r s t o n e, *Thomas Lloyd*: *University Representation in Parliament* (S. 67–82; Nr. 2, S. 78–93; Nr. 4, S. 78–88). Behandelt die historische Entwicklung der zwölf, 1948 abgeschafften, Sondersitze für Abgeordnete der Universitäten im englischen Unterhaus.

B e l l, *F. O.*: *Parliamentary Elections in Indian Provinces* (Nr. 2, S. 20–28).

W i l l i a m s, *Sir Herbert*: *The Member of Parliament and His Constituency* (S. 49–55).

B y l e s, *G. Louis*: *The Jamaican Experiment* (S. 56–69). Behandelt die neue Verfassung für Jamaika von 1944.

W h e a r e, *K. C.*: *The British Constitution in 1947* (Nr. 3, S. 8–19).

P o w e l l, *Christopher*: *The Inter-Parliamentary Union* (S. 60–67).

Greenwood, Arthur; S. H. Pierssené; Philip Fothergill: *Political Party Funds* (Nr. 4, S. 47–53). Die Ansichten von Vertretern der drei politischen Parteien (Labour, Conservative, Liberal) in Großbritannien zur Frage der Offenlegung der Finanzierungsquellen der Parteien.

— Vol. 2, 1948/49

Morrison, Herbert: *The Privy Council Today* (S. 10–17).

—: *Eire and the Commonwealth* (S. 78–80).

Silcox, Claris Edwin: *Parliamentary Institutions in Canada* (S. 129–138).

Butler, R. A.: *The Birth of a Bill* (S. 210–217).

Brown, Douglas Clifton: *The British Parliamentary System* (S. 229–234).

Cheng, Bin: *The Constitution of the Republic of China* (S. 235–244).

Miller, J. D. B.: *Parliamentary Government in Australia* (S. 245–258).

Hawgood, J. A.: *The British Constitution in 1948* (S. 331–341).

Lockhart, J. G.: *The Commonwealth Parliamentary Association* (S. 342–348).

Morrison, Herbert: *British Parliamentary Democracy* (S. 349–360).

Temmerman, J. A.: *The Influence of British Institutions on the Creation of an Upper Chamber in Belgium* (S. 391–398).

— Vol. 3, 1949/50

Laski, Harold J.: *The American Presidency* (S. 7–19).

Binkley, Wilfred E.: *The Relation of the President to Congress* (S. 20–28).

Ogg, Frederic A.: *The American Cabinet* (S. 29–38).

Egger, Rowland: *The United States Bureau of the Budget* (S. 39–54).

Frankfurter, Felix: *The Supreme Court* (S. 55–71).

Javits, Jacob K.: *How United States Government Policy is Made* (S. 72–83).

Zink, Harold: *Reorganization Efforts in Congress* (S. 94–103).

Thomas, Elbert D.: *The Senate During and Since the War* (S. 114–126).

Hertter, Christian A.: *The House of Representatives* (S. 127–135).

Neuins, Allan: *The Development of the Committee System in the American Congress* (S. 136–146).

Berdahl, Clarence A.: *The American Electoral System: Constitutional and Political Aspects* (S. 162–178).

Smith, T. V.: *Politicians, Parties, and Pressure Groups* (S. 187–196).

Merriam, Charles E.: *The American Party System* (S. 197–203).

Ewing, Cortez A. M.: *Some Aspects of the American Party Battle* (S. 204–213).

Commager, Henry Steele: *American Political Parties* (S. 214–225).

Bromage, Arthur W.: *State and Local Government* (S. 226–233).

Millett, John D.: *Problems of Government Planning in the United States* (S. 234–240).

Biddle, Francis: The Problem of Loyalty in Government Service (S. 241–250).
Chubb, Basil: Parliamentary Control of the Public Accounts (S. 344–351, 450–457).

Prasad, Rajendra: The New Indian Constitution (S. 420–430).

Greaves, H. R. G.: The British Constitution in 1949 (S. 431–443).

Molson, Hugh: The Statutory Orders (Special Procedure) Act, 1945 (S. 458–468).

Temmerman, J. A.: Aspects constitutionnels de la question royale en Belgique (S. 514–520).

Lambert, J. D.: The Irish Party Within the Imperial Parliament (S. 532–541).

Ward, Norman: The Payment of Members in Canada (S. 542–548).

Shearer, J. G. S.: Standing Committees in the House of Commons, 1945–1950 (S. 558–568).

— **Vol. 4, 1950/51**

Barker, Sir Ernest: The Ideals of the Commonwealth (S. 12–18).

Zimmern, Sir Alfred: The Commonwealth Today (S. 19–23).

Hodson, H. V.: The Crown in the Commonwealth (S. 24–31).

Brady, Alexander: The Parliamentary Inheritance in the Dominions (S. 32–39).

Clokie, Hugh McD.: The Canadian Parliamentary System (S. 40–48).

Parker, John: Newfoundland's Political and Constitutional Position (S. 49–56).

Benda, Harry J.: The End of Bicameralism in New Zealand (S. 57–72).

Bland, F. A.: The Working of Parliamentary Government in Australia (S. 73–83).

Crisp, L. F.: Compulsory Voting in Australia (S. 84–91).

Edwards, J. E.: The Double Dissolution as a Political Weapon (S. 92–100).

Behandelt den in der australischen Verfassung vorgesehenen Ausnahmefall, unter bestimmten Voraussetzungen Senat und Abgeordnetenhaus gleichzeitig aufzulösen und neu wählen zu lassen.

Collins, Sir Charles: The Significance of the Donoughmore Constitution in the Political Development of Ceylon (S. 101–110).

Mavalankar, G. V.: Parliamentary Life in India (S. 111–115).

Ram Sharma: Cabinet Government in India (S. 116–126).

Ajit Kumar Sen: The New Federalism in Pakistan (S. 127–137).

Thompson, L. M.: The Non-European Franchise in the Union of South Africa (S. 138–146).

Wilding, N. W.: The Parliament of Southern Rhodesia (S. 147–151).

Birch, A. H.: A British Caribbean Federation: The Next Dominion? (S. 152–162).

Wheare, K. C.: The Impact of Federalism upon Parliamentary Government in the Commonwealth (S. 163–168).

Mansergh, Nicholas: Co-operation in External Policy; Some Implications of the Colombo Conference (S. 169–173).

Gordon, Strathearn: The Bond of Empire (S. 174–183).

Wade, E. C. S.: The British Constitution in 1950 (S. 206–215).

Hermens, Ferdinand A.: Proportional Representation and Parliamentary Democracy (S. 224–235).

Rappard, William E.: Federalism in Switzerland (S. 236–244).

Ritcheson, Charles R.: The American Revolution: Its Influence on the Development of the British Empire (S. 245–260).

Campbell, Peter: The Cabinet and the Constitution in France (S. 341–351).

Namasivayam, S.: Some Thoughts on the Present Constitution of Ceylon (S. 352–361).

Nash, Walter: Parliamentary Government in New Zealand (S. 418–436).

Donnelly, M. S.: Constitutional Amendment in Canada (S. 443–450).

— **Vol. 5, 1951/52**

Chrimes, S. B.; Hugh Ross Williamson; W. L. Burn; John A. Hawgood; D. C. Somervell: The Evolution of Parties and the Party System (S. 1–41). Behandeln die Entwicklung der Parteien und der Parteiendemokratie in Großbritannien.

Petrie, Sir Charles; Kenneth Pickthorn: The Conservative Party: I. History (S. 42–49); II. Philosophy and Principles (S. 49–58).

Cole, G. D. H.: Francis Williams: The Labour Party: I. History (S. 59–70); II. Philosophy and Principles (S. 70–76).

Slessor, Sir Henry; Dingle Foot: The Liberal Party: I. History (S. 77–84); II. Philosophy and Principles (S. 85–88).

Dutt, R. Palme: The Communist Party (S. 89–93).

—: *The Minor Parties (S. 94–102).*

King-Hall, Stephen: The Independent in Politics (S. 103–115).

McKenzie, R. T.: Party Organization (S. 116–135).

Nicholas, H. G.: The Formulation of Party Policy (S. 142–153).

Emden, Cecil S.: Parties and the People's Mandate (S. 154–169).

Ross, J. F. S.: The Personnel of the Parties (S. 170–178).

Warren, J. H.: The Party System in Local Government (S. 179–194).

Barker, Sir Ernest: Reflections on the Party System (S. 195–204).

Rovere, Richard H.: The American Nominating Conventions (S. 266–273).

Arnold-Forster, Mark: The East German "Parliament" (S. 274–280).

Sen, Ela: Free India Faces her First Elections (S. 286–296).

Palewski, Gaston: Towards Parliamentary Reform in France (S. 338–346).

Scalapino, Robert A.: The Japanese Diet Today (S. 347–355).

Keir, Sir David Lindsay: The British Constitution in 1951 (S. 425–437).

Busia, K. A.: The Prospects for Parliamentary Democracy in the Gold Coast (S. 438–444).

Hoff, Gunnar: Norway's Three "Tings" (S. 445–448).

Schenkman, Alfred S.: The British Election Agent (S. 449–454).

Namasivayam, S.: Ceylon's General Election, 1952 (S. 455–460). Je

Penant. Recueil Général de Jurisprudence, de Doctrine et de Législation d'Outre-Mer. Année 62, 1952

Busson de Janssens, Gérard: Le sort des habous publics algériens (Nr. 597, D S. 1–16; D S. 17–29).

Larché, I.: La Fédération de l'Afrique centrale britannique (Nr. 604, D S. 103–108). Bh

Political Science Quarterly. Vol. 67, 1952

McKesson, John A.: The Schuman Plan (S. 18–35).

Grossmann, Kurt R.: The Political, Social and Economic Development of Eastern Germany During 1950 (S. 96–120). Mr

Il Politico. Anno 16, 1951

De Nova, Rodolfo: L'esproprio in diritto internazionale (S. 261–274). Verf. entwickelt an Hand der Referate des Institut de Droit International in Bath 1950 die Völkerrechtsprinzipien, die sich bisher in bezug auf Eingriffe in das Privateigentum von Ausländern herausgebildet haben, berührt auch die minderheitenschutzrechtlichen Eingriffsschranken gegenüber Inländern und untersucht den Umfang der Entschädigungspflicht, insbesondere seine Modifizierung durch Leistungsvermögen des enteignenden Staates. Das Völkerrecht müsse der Entwicklung der internen Rechtsordnungen seiner Haupt-Rechtssubjekte, der Staaten, folgen, vor allem in Fragen der internen Staatstätigkeit. Daher sei es insoweit bedenklich, die im 19. Jh. auf der Grundlage unbedingten Eigentumsschutzes bzw. voller Entschädigungspflicht entwickelten Grundsätze des Völkergewohnheitsrechts heute noch als allgemein verbindlich anzusprechen. Andererseits könne auch in häufiger Verletzung einer Völkerrechtsnorm noch keine *desuetudo* gesehen werden.

— Anno 17, 1952

Dami, Aldo: Fu l'Anschluss un'aggressione? (S. 188–191). Verf. verneint die Frage. Rn

Politique Etrangère. Année 16, 1951

Laugier, Henri: Pour une réforme du Conseil économique et social (S. 313–324). Verf. fordert Umwandlung des Wirtschafts- und Sozialrats der UN aus einem periodisch tagenden in ein ständig tagendes Organ.

Grosser, Alfred: Le jeu politique allemand. La situation intérieure et les positions internationales (S. 339–350).

Colombe, Marcel: La Turquie, les Etats arabes et la défense du Moyen-Orient (S. 365–378).

Antonoff, Nicolas: La politique soviétique dans l'Europe sud-orientale après la seconde Guerre mondiale (S. 379–396).

Montety, Henri de: Les données du problème tunisien (S. 447–466). Verf. behandelt die französischen und tunesischen Interessen und die wichtigsten Rechtsfragen aus der Konvention von La Marsa vom 8. 6. 1833. Bei der Vielfalt der zu berücksichtigenden Interessen habe eine tunesische Neuordnung eine solche des gesamten nordafrikanischen Raumes zur Voraussetzung.

Bourgnon, Etienne: La Suisse dans le conflit idéologique contemporain (S. 477–498). Die Neutralität müsse im Sinne einer Mittlerstellung zwischen Ost und West gewahrt bleiben.

— **Année 17, 1952**

Grosbois, Charles: La Chine en nouvelle démocratie (S. 29–48, 155–186).

Schiray, Alexis: La Conférence économique internationale de Moscou (S. 49–70). Verf. behandelt die Moskauer Konferenz 1952 des Weltfriedensrates. Er gibt einen Überblick über die Aufgabenstellung, über die Reaktion der westlichen Welt und die auf der Konferenz erzielten Ergebnisse.

Sörensen, Max: La juridiction criminelle internationale dans un système de sécurité collective (S. 113–126). Ausgehend von der Genfer Konvention des Jahres 1937 über die Schaffung einer internationalen Strafgerichtsbarkeit behandelt der Verf. die gegenwärtigen Entwicklungsansätze und Aussichten. Er kommt zu dem Ergebnis, daß man vor der Alternative stehe, entweder einen ständigen internationalen Strafgerichtshof zu errichten, der aber eine Illusion sei, da die Voraussetzungen seiner Funktion nicht bestünden, oder, wie im Fall Nürnberg und Tokio, *ad hoc*-Gerichte zu schaffen.

Lacharrière, René de: Note sur le projet d'une Cour criminelle internationale (S. 127–134).

Vernant, Jacques: Vers une sociologie des relations internationales (S. 229–232). Verf. entwickelt Berechtigung und Aufgaben einer Soziologie der internationalen Beziehungen.

Catroux, Général: Les Etats arabes et l'Occident (S. 233–244).

D'Autriche, Otto: L'édification de l'Europe et le rôle du bassin danubien (S. 245–254).

Rondot, Jean: Les intérêts pétroliers français dans le Proche-Orient (S. 267–291).

Pinto, Roger: Une expérience constituante des Nations Unies: la Fédération Ethiopie-Erythrée (S. 349–360).

Antonoff, Nicolas: La Bulgarie et les Détroits (S. 361–378).

Bh

Rassegna di Diritto Pubblico. Anno 6, 1951

Miele, Mario: L'adattamento del diritto italiano al diritto internazionale secondo

la nuova Costituzione (S. 221–237). Auszüge aus der Monographie «La Costituzione italiana e il diritto internazionale» (Milano 1951).

Udina, Manlio: Obblighi degli Stati sorti dallo smembramento di altri Stati (S. 357–366). Generalreferat zu dem von Erik Castrén für den III. Internationalen Kongreß für Rechtsvergleichung in London 1950 erstatteten, in dieser Zeitschrift, Bd. 13, S. 753 ff., abgedruckten Referat. Rn

Recht und Freiheit. Jg. 3, 1952

Monatsschrift des deutschen Bundes für Bürgerrechte.

Partsch, K. J.: Verbesserungswürdige Grundfreiheiten. Eine kritische Betrachtung zur europäischen Menschenrechtskonvention (S. 19–20).

Fischer, Erwin: Allgemeine Wehrpflicht und Grundrechte (S. 39–40). Sieht eine Verfassungsänderung als notwendige Voraussetzung der Wehrpflicht an.

Ramm: Besteht ein hessisches Recht auf Kriegsdienstverweigerung? (S. 40–41). Verf. bejaht ein absolutes, das Recht des Bundes übersteigendes Verweigerungsrecht. Dg

Recueil Dalloz de Doctrine, de Jurisprudence et de Législation. 1952

Laubadère, André de: Des «pleins pouvoirs» aux «demi décrets-lois» (S. 35–40). Verf. behandelt die Rechtsfragen aus der 1948 wieder aufgenommenen, in der Verfassung von 1946 beseitigten Delegationsgesetzgebung der Exekutive. Er hält das neue Verfahren für zulässig.

Mignon, Maxime: Le contrôle juridictionnel de la constitutionnalité des lois (S. 45–50). Nach französischer Auffassung sei eine richterliche Prüfung der Gesetze auf ihre Verfassungsübereinstimmung unmöglich. Das geltende Recht enthalte dazu aber gewisse Ansätze, z. B. bei Entscheidung über den Vorrang kollidierender Gesetze (*l'exception d'illégalité*). Das Fehlen richterlicher Prüfungsbefugnis verstoße gegen den Legalitätsgrundsatz.

Flory, Maurice: Les Comités techniques paritaires (S. 51–54). Verf. sieht in den 1946 entstandenen paritätischen technischen Komitees brauchbare Neubildungen, wenn auch noch keine befriedigende Lösung des Problems der Wirtschaftsdemokratie, da sie auf einem Kompromiss zwischen klassischer und marxistischer und zwischen politischer und wirtschaftlicher Demokratie beruhen.

Lachaze, Marcel: L'expédition des affaires courantes au période de crise ministérielle (S. 65–68).

Gaboldé, Christian: Le nouveau statut du personnel communal (Loi du 28 avril 1952) (S. 69–72).

Ladhari, N.: La liberté individuelle et ses garanties constitutionnelles (S. 101–106). Verf. befürwortet richterliche Prüfung der Gesetze auf ihre Verfassungsmäßigkeit, da die französische Allmacht der Legislative dem Prinzip der persönlichen Freiheit widerspreche.

Louis-Lucas, Paul: Le retrait des actes administratifs individuels (S. 107–110).

— 1953

Benoiſt, Jacques: Le traité de paix avec le Japon (S. 13–16).

Recueil Législatif. Année 7, 1952

I uncker, Raymond: Un an d'activité de la Cour Supérieure pour les Restitutions en Zone Française d'Occupation (Nr. 4, D S. 23–27). Bh

Recueil de Jurisprudence du Droit Administratif et du Conseil d'Etat. Année 7, 1952

Stassen, Jacques: Esquisse d'une étude des Commissions administratives dans le Contentieux administratif belge (S. 1–8). Die Errichtung eines Staatsrates durch Gesetz vom 23. 12. 1946 sei ein Wendepunkt in der Geschichte der belgischen Verfassungsgerichtsbarkeit, bleibe aber Stückwerk, wenn keine Reform des Rechtszuges erster und zweiter Instanz folge.

Le tourneur, M.: L'appréciation du fait par le Conseil d'Etat de France (S. 81–84, 161–165).

Jochim, E.: L'évolution de la procédure suivie devant le Conseil d'Etat (S. 241–249). Behandelt das Verfahren vor dem belgischen Staatsrat. Bh

The Review of Politics. Vol. 14, 1952

Ingrim, Robert: The Conversion to the Balance of Power (S. 233–243). Die USA seien zur Gleichgewichtspolitik zurückgekehrt, nachdem die Zugeständnisse von Jalta und Potsdam sich als Fehler herausgestellt hätten.

Kohn, Hans: Re-thinking Recent German History (S. 325–345).

Lowenfeld, Andreas F.: The Free Germany Committee – A Historical Study (S. 346–366): Bericht über Entstehung, Tätigkeit und Auflösung des »Komitees Freies Deutschland« in den Jahren 1943/45.

Diplomaticus: Stalinist Theory and Soviet Foreign Policy (S. 468–483). Untersucht, inwieweit die russische Außenpolitik von weltrevolutionären oder von machtpolitischen, nationalen Zielen geleitet werde.

Roegele, O.: Aspects of the Saar Problem (S. 484–500).

Duroselle, J. B.: German-Franco Relations Since 1945 (S. 501–519). Mr

Revista de Administración pública. Año 2, 1951

Legaz y Lacambra, Luis: El Estado de Derecho (Nr. 6, S. 13–34).

Fueyo, Jesús F.: Legitimidad, Validez y Eficacia. La significación jurídica y política del sistema de producción de normas (S. 35–88).

Murillo, Francisco: Administración y Política (S. 89–97).

Gómez-Acebo Santos, Ricardo: El ejercicio de la función legislativa por el Gobierno: Leyes delegadas y decretos – leyes (S. 99–124).

Garrido Falla, Fernando: La administración y la ley (S. 125–142).

Serrano Guirado, Enrique: La justicia administrativa (S. 143–162).

González Pérez, Jesús: La Justicia administrativa en España (S. 163–176).

Tena Ybarra, Juan: Desarrollo y perspectivas del principio de responsabilidad civil de la administración (S. 177–192).

Sainz de Bujanda, F.: Estado de derecho y hacienda pública (S. 193–211).

Rodríguez, Federico: Seguridad jurídica y política social (S. 213–219).

Rivero, Jean: Los principios generales del derecho en el derecho administrativo francés contemporáneo (S. 289–300).

Olea, Manuel Alonso: El estatuto jurídico de la movilización industrial de defensa. Estudio de la movilización norte-americana a través de la Defense Production Act de 1950 y sus enmiendas de 1951 (S. 301–335).

Papahadjis, Georges M.: La institución del Consejo de Estado en Grecia (S. 337–345).

Jellinek, Walter: Alemania como Estado de derecho (S. 347–352).

— Año 3, 1952

Guaíta, Aurelio: La Administración militar (Nr. 7, S. 105–126).

González Pérez, Jesús: El texto refundido de la ley de lo Contencioso-administrativo (S. 193–218): Zur Neufassung des spanischen Verwaltungsgesetzes vom 8. 2. 1952.

Letourneur, M.: El control de los hechos por el Consejo de Estado francés, juez del recurso por exceso de poder, en la jurisprudencia reciente (S. 219–227).

Ibn Azzuz Haqim, Mohammad: La Administración local en Marruecos antes y después del Protectorado (S. 261–279).

Villar Palasi, José Luis: La doctrina del acto confirmatorio (Nr. 8, S. 11–66).

González Pérez, Jesús: La cosa juzgada en lo contencioso-administrativo (S. 67–102).

Serrano Guirado, Enrique: Los actos del procedimiento de selección de funcionarios (S. 103–175).

Waldheim, Gottfried von: Régimen orgánico de las instituciones dedicadas a los problemas del comercio exterior en la República Federal Alemana (S. 299–305).

Sr

Revista de Derecho y Ciencias Políticas. Año 10, 1946

Director: Lizardo Alzamora Silva (Lima)

Tissembaum, Mariano R.: La jerarquía del trabajo en las nuevas constituciones (S. 25–47). An den Verfassungen von Brasilien und Frankreich (beide von 1946) zeigt Verf., wie die »Arbeit« heute als soziale und politische Funktion in das Verfassungsrecht aufgenommen worden sei.

— Año 11, 1947

Ramírez de Castilla, Samuel: El Segundo Congreso Político Hispano Americano reunido en Lima (S. 164–204). Baccalaureatsthese zur Hundertjahrfeier des Kongresses (11. 12. 1847–1. 3. 1848), auf dem Bolivien, Chile, Ecuador, Neu Granada (Columbien) und Peru Bündnis-, Schiffahrts-, Handels-, Konsular- und Postabkommen geschlossen haben.

— Año 15, 1951

Cuello Calón, Eugenio: Las normas penales de las modernas Constituciones (S. 12–26). Sr

Revista de Derecho Internacional y Ciencias Diplomáticas. Año 2, 1950

San Martín, María T.: El servicio exterior y las relaciones económicas (S. 15–33). Die wirtschaftlichen Interessen der Staaten können nur von Wirtschaftssachverständigen im auswärtigen Dienst sachgemäß vertreten werden. Da auch für andere Materien immer mehr Spezialisten herangezogen werden müssen, werden die Grenzen zwischen konsularischen und diplomatischen Vertretungen verwischt. Viele Staaten kennen nur noch eine Einheitslaufbahn des auswärtigen Dienstes.

Cardón, Raúl Luis: El sistema de las Naciones Unidas para la solución pacífica de controversias internacionales (S. 35–149). Nach Darstellung der traditionellen Streitschlichtung durch den IGH untersucht Verf. die Rolle des Sicherheitsrates und der Generalversammlung.

Unger, Owen G.: Fundamentos de la política internacional argentina (S. 151–244). Fortsetzung des in Bd. 14, S. 672, angezeigten Aufsatzes. Analyse der wirtschaftlichen und juristisch-politischen Grundlagen. Verf. erläutert an Beispielen aus der argentinischen Geschichte und Außenpolitik die Prinzipien: Souveränität, Gleichheit, Selbstbestimmungsrecht der Völker und das Postulat der internationalen Zusammenarbeit gleichberechtigter Staaten.

Nascimento e Silva, Geraldo Eulalio do: La codificación del Derecho consular (S. 245–295). Wenn die International Law Commission dieses Thema aufgreife, könne sie auf zahlreiche Anregungen und Kodifikationsversuche zurückgreifen, die teils von internationalen Institutionen, teils von einzelnen Gelehrten ausgearbeitet worden sind. Die Entwürfe und Abkommen der amerikanischen Staaten, besonders die Konvention von Habana 1928, werden dargestellt.

Puig, Juan Carlos: Estado y territorio (A propósito de algunas teorías sobre la naturaleza jurídica de sus relaciones) (S. 297–330). Verf. will in synthetischer Form eine Übersicht über die verschiedenen Theorien geben: Staat als Herr des Staatsgebiets, Territorium als Teil des staatlichen Seins und als Geltungsbereich der normativen Ordnung des Staates. Verf. gruppiert die modernen Völkerrechtsautoren entsprechend ihren Theorien. Sr

La Revista de Derecho, Jurisprudencia y Administración. Año 48, 1950

Director: Eduardo T. Couture, Montevideo.

Sayagués Laso, Enrique: El reglamento (S. 249–259). Rechtsvergleichende Studie über Rechtsverordnungen der Behörden.

— Año 49, 1951

Amézaga, Juan José: Las leyes de emergencia y los derechos individuales (S. 49–58). Verf. sieht in den Ausnahmegesetzen keine Beeinträchtigung der klassischen Individualrechte, sondern deren Anpassung an neue politische und soziologische Gegebenheiten. Sr

Revista Española de Derecho Internacional. Vol. 4, 1951

Miaja de la Muela, Adolfo: El genocidio, delito internacional (S. 363–408). Verf. behandelt den Genocid als Deliktstyp und stellt die Entwicklung vom Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß bis zur Genocide Convention vom 9. 12. 1948 dar.

Fraga Iribarne, Manuel: El control de las relaciones internacionales por el Senado norteamericano (S. 471–505). Verf. gibt einen Überblick über die Beteiligung des amerikanischen Senats an der Gestaltung der auswärtigen Politik durch Zustimmung zum Abschluß von Staatsverträgen und Bestätigung der Ernennung von Diplomaten. Er behandelt weiter das Anwachsen der außenpolitischen Zuständigkeiten des Präsidenten und diesbezügliche Reformbestrebungen.

Lucas Verdú, Pablo: El derecho de asilo en las Constituciones actuales (S. 507–519). Verf. stellt die Bestimmungen, die in neueren Verfassungen bezüglich des Asylrechts enthalten sind, zusammen und folgert daraus, daß das Asylrecht zunehmend zu Propaganda oder politischen Zwecken mißbraucht werde.

Lozano Serralta, Manuel: La pérdida de la nacionalidad (S. 521–555). Behandelt den Verlust der Staatsangehörigkeit nach spanischem Recht. Zn

Revista de la Facultad de Derecho y Ciencias Sociales. Año 1, 1950

Director: Enrique Sayagues L a s o (Montevideo).

Valdes Costa, Ramón: La codificación del derecho tributario (S. 203–223). Rechtsvergleichende Studie über die Abgabenordnungen von Frankreich, Deutschland, Mexiko und Argentinien im Hinblick auf den uruguayischen Vorentwurf einer Abgabenordnung.

Magalhães, Dario de: Evolución Constitucional y política del Brasil (S. 393–445). Wiedergabe einer Reihe von Vorträgen vor der Juristischen Fakultät in Montevideo, in denen Verf. nach Darstellung der Verfassungen des Kaiserreichs und der ersten und zweiten brasilianischen Republik die Verfassung vom 17. 9. 1946 analysiert.

Jiménez de Aréchaga, Eduardo: Relaciones entre el derecho internacional público y el derecho interno (S. 711–755). An den Lehren Triepels und Kelsen stellt Verf. die Fragen der Interdependenz der beiden rechtlichen Ordnungen und ihrer hierarchischen Beziehungen dar und sucht vom Blickpunkt des internationalen Richters eine praktikable Lösung.

Couture, Eduardo J.: El nuevo presupuesto del Poder Judicial (S. 757–812; Año 2, S. 421–437). Behandelt die drei uruguayischen Justizgesetze vom 8. 7. 1950.

Sr

Revista de la Facultad de Derecho de México. T. 1, 1951

Francoz Rigalt, Antonio: La Organización de la Aviación Civil Internacional (O.A.C.I.) (Nr. 3–4, S. 103–119).

Lopez-Rey, Manuel: Nuevos aspectos y problemas de Derecho internacional penal (S. 139–174). Verf., der dem UN-Generalsekretariat angehört, sieht die neuen Probleme des internationalen Strafrechts in der Frage der Transformation bzw. der

unmittelbaren Geltung des Völkerrechts und in der Ausdehnung des strafrechtlichen Schutzes auf weitere Rechtsgüter. Das vorzubereitende Internationale Strafgesetzbuch werde die UN-Charta, die Menschenrechtsdeklaration und die Genocide-Konvention zu beachten haben.

González Pérez, Jesús: El proceso administrativo en la ley de régimen local español. (S. 271–300).

— **T. 2, 1952**

Gaxiola, F. Jorge: Orígenes del sistema presidencial (Génesis del Acta Constitutiva de 1824) (Nr. 6, S. 13–33).

Salceda, Alberto G.: La elección del Presidente de la República (S. 35–52).

Martínez Baez, Antonio: El Ejecutivo y su Gabinete (S. 53–73);

Galíndez, Jesús de: Poder Ejecutivo Colegiado en el Uruguay (S. 141–147). Sr

Revista del Instituto de Derecho Internacional. Año 4, 1951/52

Moreno Quintana, Lucio M.: Argentina y la defensa continental (S. 7–20). Behandelt die Stellung Argentiniens im amerikanischen Verteidigungssystem, insbesondere im Rahmen des Vertrages von Rio de Janeiro vom 2. 9. 1947 und des Atlantikpaktes.

Nascimento e Silva, Geraldo Eulalio do: Da la condición jurídica de los cónsules (S. 21–63). Verf. behandelt die geschichtliche Entwicklung der Stellung der Konsuln, das Verhältnis zu den Diplomaten, Rechtsstellung und Dienst der Konsuln sowie ihre Privilegien und Immunitäten.

Moreno Quintana, Lucio M.: Régimen jurídico de las hostilidades (S. 159–171). Verf. untersucht den derzeitigen Stand der Kriegsrechte. Im Anschluß an allgemeine Betrachtungen behandelt er die bewaffneten Streitkräfte, die Stellung der Individuen, die Kampfmittel und das private Feindvermögen.

Arze Quiroga, Eduardo: La «guerra justa» y el derecho de guerra (S. 173–205). Verf. verfolgt den Begriff des »gerechten Krieges« von Francisco de Vitoria über Grotius, Pufendorf und Kant bis in die Gegenwart. Als Grundlage des modernen Kriegsrechts lehnt er ihn ab.

Guy er, Roberto Enrique: El conflicto anglo-persa (S. 207–218). Bericht über den anglo-iranischen Ölstreit. Zn

Revista Peruana de Derecho Internacional. T. 12, 1952

—: *La aspiración portuaria boliviana (S. 3–17).* Fortsetzung der in Bd. 14, S. 679 angezeigten Dokumentation.

Barber, Williard F.: El Tratado de Asistencia Recíproca de Rio de Janeiro: Una contribución a la organización jurídica de la comunidad americana (S. 33–60). Behandelt die Auswirkungen des Interamerikanischen Beistandspaktes von Rio de Janeiro vom 2. 9. 1947 auf die Organisation der amerikanischen Staaten.

Morris, George Maurice: Proyecto de Estatuto de una Corte Penal Internacional (S. 61–76). Zn

Revue de l'Administration et du Droit Administratif de la Belgique. T. 44, 1952

Stichelbaudt, L.: *Loi du 31 décembre 1951 accordant certains délais pour l'acquisition de la nationalité belge* (S. 77–85).

Wathour, Ch.: *Les services publics autonomes* (S. 101–110, 125–133). Verf. behandelt die in Belgien bestehenden autonomen Körperschaften unter besonderer Berücksichtigung der Frage der richtigen Gestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und autonomem Verband. Bh

La Revue Administrative. Année 4, 1951

Simpson, S. R.: *Les problèmes d'organisation et méthodes dans l'Administration Britannique* (S. 666–671).

— Année 5, 1952

Gardellini, Robert; Pierre Couaillier: *L'intervention de l'Etat dans le domaine économique*. (S. 244–248, 354–358, 454–460).

Méjan, François: *Statuts comparés des fonctionnaires de l'Etat et des personnels communaux* (S. 249–253).

Liet-Veaux, Georges: *Le projet de loi sur les ententes professionnelles* (S. 479–492). Bh

Revue Critique de Droit International Privé. Vol. 41, 1952

Weill, Alex; Michel Virally: *Du contrôle exercé par la Cour de cassation sur l'interprétation des lois du Conseil de contrôle en Allemagne. A propos de l'arrêt de l'Assemblée plénière civile du 20 décembre 1950* (S. 253–275). Verf. behandeln die Plenarentscheidung des Kassationshofes, in der dieser sich mit der Frage auseinandersetzte, ob dadurch, daß das Kontrollratsgesetz Nr. 1 die nationalsozialistische Gesetzgebung aufhob, ausgebürgerte Juden rückwirkend die deutsche Staatsangehörigkeit wiedererlangt haben, oder ob sie nur die Möglichkeit des Wiedererwerbs haben. Die Rechtsprechung ist uneinheitlich. Den Verf. geht es aber vor allem darum, ob die Kontrollratsgesetze für die französischen Gerichte ausländisches Recht sind und welche Rechtsnatur ihnen überhaupt zukommt. Sie stellen fest, daß es sich trotz der französischen Mitwirkung nicht um französische Gesetze handelt. Wenn der Kassationshof für sich die Kompetenz in Anspruch nehme, die Auslegung solcher Gesetze zu prüfen, dann liege das in der allgemeinen Entwicklung, derzufolge der Kassationshof in gewissen Grenzen auch die Auslegung nicht-französischer Gesetze zu prüfen habe.

Boulbès, R.: *La portée et les limites du principe de la spécialité des lois coloniales en matière de nationalité* (S. 413–433). Bh

Revue de Droit International et de Droit Comparé. Année 28, 1951

Niscot, Joseph: *Le traité de l'Atlantique-Nord et la Charte des Nations Unies* (S. 145–160). Verf. bejaht die Frage der Vereinbarkeit des Nordatlantikpaktes mit der UN-Charta, weil Kapitel VIII der Charta mit den Einschränkungen verstanden werden müsse, die sich aus dem Notwehrvorbehalt des Art. 51 ergeben.

Nehru, Shri-Shridara: La Constitution de l'Inde et la Constitution du Brésil comparées (S. 161–164). Bh

Revue de Droit International pour le Moyen-Orient. Année I, 1951/52

Scelle, Georges: Le sens du progrès en droit international (S. 120–126). Verf. sieht in der Institutionalisierung der internationalen Gesellschaft und in der Brechung des Monopols der Staaten auf Völkerrechtsfähigkeit den eigentlichen Fortschritt des Völkerrechts.

Hoveyda, Fereydown: Les aspects juridiques de la nationalisation des industries pétrolières en Iran (S. 127–150). Begründung des persischen Rechtsstandpunkts im britisch-persischen Ölstreit durch einen persischen Diplomaten.

Roussos, Georges: Le principe de la liberté de passage du Canal de Suez et l'application des Règles du Droit de la Guerre Maritime (S. 151–164). Man könne Ägypten, entgegen dem Beschluß des Sicherheitsrats, der Ägypten die Beschränkung des Schiffsverkehrs nach Israel durch den Suezkanal verbietet, nicht für ein Verhalten tadeln, für das Großbritannien in den beiden Weltkriegen einen Präzedenzfall geschaffen habe; Verf. schlägt vor, Ägypten den Schutz des Suezkanals unter der Kontrolle einer Kommission anzuvertrauen, die von den am Welthandel vorwiegend interessierten Mächten zu beschicken sei.

C. M.: Le différend Anglo-Egyptien (S. 165–172). Historischer Abriß. Unterstreicht den politischen Charakter des Streits um den Suezkanal und um den Sudan.

Hazan, Edouard Tawfik: Etude critique du jugement de Nuremberg (S. 173–186). Fortsetzung des in dieser Zeitschrift Bd. 14, S. 681, angezeigten Aufsatzes. Verf. kritisiert das im Urteil des IMT behauptete Recht zu präventiver Verteidigung wegen der Gefahr willkürlicher Interpretation, sowie die Übergehung der Kriegsverbrechen der Siegermächte. Das Recht zur Bestrafung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit gebe unter Umständen einen leichten Vorwand zu unzulässiger Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates.

Tarazi, Salah El Dine: La nouvelle loi sur la nationalité syrienne (S. 187–191). Kommentierung des a. a. O. S. 199–201 abgedruckten Gesetzes vom 21. 5. 1951.

Ws

Revue de Droit International de Sciences Diplomatiques et Politiques. Année 29, 1951

Sottile, Antoine: The Problem of the creation of a permanent international criminal Court (S. 267–362). Englischer Text des in dieser Zeitschrift Bd. 14, S. 682, angezeigten Aufsatzes.

Kerno, Ivan: Le projet de Statut de la Cour criminelle internationale (S. 363–366). Behandelt den Entwurf des UN-Komitees vom 31. 8. 1951.

Alfaro, Ricardo J.: La question de la définition de l'agression (S. 367–381). Erläuterung der vom Verf. 1951 der International Law Commission der UN vorgelegten Definition.

— Année 30, 1952

Maktos, John: La question de la définition de l'agression (S. 5-9). Verf., Delegierter der USA auf der 6. Vollversammlung der UN, warnt vor dem Versuch einer Definition des Angriffs: Sie bringe die Gefahr, die Handlungsfreiheit der UN zu beschränken.

Rosenne, Shabtai: The Advisory competence of the International Court of Justice (S. 10-39). Würdigung der ersten sieben Rechtsgutachten des IGH und der damit zusammenhängenden Praxis der UN-Generalversammlung.

Sidjanski, D.; S. Castanos: L'«Agresseur» et l'«Agression» au point de vue idéologique et réel (S. 44-55). Verf. betonen die Notwendigkeit, in die Angriffsdefinition das subjektive Element aufzunehmen.

Papacostas, Alkis N.: Sur le mode d'application de la Déclaration universelle des droits de l'homme (S. 382-386). Schlägt die Schaffung eines aus Vertretern von fünf anderen Mitgliedstaaten zusammengesetzten Spezialausschusses für die Menschenrechte vor. Ws

Revue de Droit Pénal et de Criminologie. Année 32, 1952

Glaser, Stefan: Quelques remarques sur l'état de nécessité en droit international (S. 570-603). Verf. legt dar, daß im Völkerrecht die dem Strafrecht selbstverständliche Unterscheidung von Notwehr und Notstand nicht hinlänglich beachtet werde. Er zeigt an zahlreichen Beispielen, daß der Gedanke der »militärischen Notwendigkeit«, der »Kriegsräson« immer wieder in der Staatenpraxis zur Rechtfertigung an sich rechtswidriger Vorgänge ins Feld geführt worden sei, daß aber Notstand im Völkerrecht so wenig rechtfertige wie im Strafrecht. Bei völkerrechtswidrigen Aktionen aus Notstand könne allerdings der Notstand schuldausschließend wirken, insbesondere müsse der Einzelne straffrei bleiben, so beim Handeln auf Befehl. Bh

Revue du Droit Public et de la Science Politique en France et à l'Etranger. Année 58, 1952

Vidal, Roger: L'évolution du détournement de pouvoir dans la jurisprudence administrative (S. 275-316).

Virally, M.: L'introuvable «acte de gouvernement» (S. 317-358). Verf. untersucht das Wesen der nichtjustiziablen Hoheitsakte. Er sieht in ihnen keine Akte, die, wie die herrschende Lehre meint, wegen ihres hochpolitischen Charakters der Nachprüfung entzogen sind, sondern Verwaltungsakte, deren Überprüfung der Conseil d'Etat bisher aus verfahrensrechtlichen Kompetenzerwägungen abgelehnt hat. Der Conseil d'Etat begründe seine Ansicht meist damit, daß die Sache nach ihrer Natur sich nicht für eine streitige Erörterung eigne. Verf. verneint die Notwendigkeit der Kompetenzbeschneidung.

Mouskhély, Michel: Le Président de l'Assemblée Consultative du Conseil de l'Europe (S. 359-366).

Meyer, J. de: La décentralisation territoriale dans les Etats de Benelux (S. 367-395).

Tunc, André: Les tendances récentes de la Cour Suprême des Etats-Unis en matière de libertés publiques (S. 421–442).

Biays, Philippe: Les Commissions d'enquête parlementaires (S. 443–486). Verf. behandelt rechtliche Stellung und Aufgaben der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse in Frankreich.

Mouskhély, Michel: Le mandat des représentants à l'Assemblée Consultative du Conseil de l'Europe (S. 662–680).

Solal-Celigny, J.: La question de confiance sous la IV^e République (S. 721–737).

Héraud, Guy: La Communauté européenne de défense dans ses relations avec l'Alliance atlantique et la «fédéralisation fonctionnelle» du continent (S. 980–1007).

Scelle, Georges: De la prétendue inconstitutionnalité interne des traités (A propos du traité sur la «Communauté européenne de défense») (S. 1012–1028). Verf. verneint die Frage, ob völkerrechtliche Verträge, um nach innen anwendbar zu werden, im Einklang mit der Verfassung stehen müssen, aus monistischer Sicht. Nach ihm derogiert ein wirksam abgeschlossener völkerrechtlicher Vertrag *ipso iure* alles entgegenstehende Staatsrecht, auch das Verfassungsrecht. Die Konstruktion des Bonner Grundgesetzes, wonach es bei einem mit der Verfassung nicht im Einklang stehenden Vertrag einer Verfassungsänderung bedürfe, sei falsch, während die französischen Verfassungsbestimmungen über internationale Verträge der monistischen Ansicht gerecht würden. Eine ganz andere Frage sei es, welche Staatsorgane zum Vertragsschluß kompetent seien, was nach Staatsrecht beurteilt werden müsse. Er geht auf die Frage der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit des EVG-Vertrags ein, die er aus seiner Sicht bejaht. Bh

Revue Egyptienne de Droit International. Vol. 5, 1949

Hakal Pacha, Mohamed Hussein: Les traités inégaux (S. 1–16). Verf. beruft sich in seiner Definition der »ungleichen Verträge« auf Vattel und erklärt, daß mit Ausnahme von Friedensverträgen solche Verträge, weil unter mißbräuchlicher Ausnützung einer einseitigen Machtstellung und unter Verletzung des Grundsatzes der Gleichheit der Staaten geschlossen, des Rechtscharakters entbehren und daher nichtig seien bzw. für ungültig erklärt werden müßten.

Draz, Mohamed Abdallah: Le droit international public et l'Islam (S. 17–27). Verf., Professor an der Azhar-Universität in Kairo, wendet sich unter Anführung zahlreicher Koran-Stellen gegen die These, daß die islamischen Völker das Recht oder gar die Pflicht hätten, anderen Völkern ihre Lehre durch Waffengewalt aufzuzwingen. Der Islam kenne den legalen Krieg nur als Verteidigungskrieg und überdies nur in humaner Form. Verf. unterstreicht den Grundsatz der Heiligkeit der Verträge im Islam.

Safwat Bey, Ahmed: The Egyptian Prize Court: Organization and Procedure (S. 28–33). Verf., Vorsitzender des Gerichts, behandelt die Praxis des am 8. 7. 1948 im Zusammenhang mit dem Krieg gegen den Staat Israel errichteten, später mehrfach modifizierten ägyptischen Prisenhofs.

Nassif, Albert: Traités et accords de fraternité entre les pays arabes (S. 45–62). Übersicht über das die arabischen Staaten verbindende Vertragsnetz einschließlich des Paktes der Arabischen Liga. Ein weitergehender Zusammenschluß wird vom Verf., einem libanesischen Diplomaten, als nicht erstrebenswert angesehen.

Ismaïl, Moustafa Kamel: Le retrait de nationalité (S. 63–69). Verf. betont, trotz grundsätzlicher Bedenken, das Recht eines Staates auf Aberkennung seiner Staatsangehörigkeit als notwendige Waffe zum Schutz gegen Illoyalität seiner Bürger. Verf. gibt eine Übersicht über die einschlägigen ägyptischen Bestimmungen und zeigt, welche Zurückhaltung sich Ägypten bei der Ausübung jenes Rechts auferlegt habe.

Modinos, P.: Quelques considérations sur la réciprocité en matière de traités (S. 70–72). Stellt hauptsächlich auf Niederlassungsverträge ab und betont, daß dort eine Äquivalenz der Leistungen nicht sichergestellt sei. Die Gleichstellung mit den Inländern sei auch nur bei einer gewissen Gleichheit der Rechtsordnungen befriedigend.

Brinton, J. Y.: Jurisdiction over sea-bed resources and recent developments in Persian Gulf Area (S. 131–133). Zitiert Proklamationen Ibn Sauds und der Scheiche der sogenannten Piratenküste von 1949 über die Inanspruchnahme des Meeresgrunds in den an die einzelnen Staatsgebiete angrenzenden Gewässern. Vertritt die Auffassung, daß die Fragen, die durch diese dem amerikanischen Beispiel 1945 folgenden Proklamationen aufgeworfen worden seien, eher durch Verhandlungen über einen vernünftigen Interessenausgleich als durch Anwendung vorgefaßter Grundsätze zu lösen seien.

— Vol. 6, 1950

Rabbath, Edmond: Pour une théorie de droit international musulman (S. 1–23). Daß das islamische Völkerrecht vorwiegend vom Kriege handelt, sei aus der Geschichte des frühen Islam erklärlich. Die Lehren des Islam böten, wie verschiedene vom Verf. zitierte Schriften zeigten, einen großen moralischen Reichtum im Bereich des Kriegsrechts, das im Islam bis ins einzelne geregelt sei. Aber auch für das Friedensrecht biete die islamische Praxis des Vertrags- und des Gesandtschaftsrechts wertvolle Anregungen. Verf. bedauert den Mangel an Einsicht der westlichen Diplomatie, welche Nachwirkungen die islamischen Völkerrechtsauffassungen auf das Verhalten der gegenwärtigen muslimischen Regierungen ausübten. Baron von Taube habe 1926 in seinen Vorlesungen im Haag darauf hingewiesen, daß die Kreuzfahrer bei ihren Gegnern jene ritterlichen Formen des Krieges angetroffen haben, die das klassische Kriegsrecht auszeichnen.

Safwat Pacha, Ahmed: Le Conseil des prises égyptien. Organisation, Compétence et Procédure (S. 24–32). Erweiterte französische Fassung des oben S. 406 angezeigten Aufsatzes.

Modinos, P.: La double imposition en Egypte (S. 33–44). Verf. fordert Doppelbesteuerungsabkommen für Ägypten im ägyptischen Interesse an Investierung ausländischen Kapitals.

Ghali, B. Boutros: Le pacte de l'Atlantique Nord (S. 45–81). Untersucht u. a. die rechtliche Vereinbarkeit des Nordatlantikpaktes mit der Satzung der UN. Gelangt zum Schluß, daß es sich bei dem Pakt weder um ein regionales Abkommen noch um eine regionale Organisation im Sinne der Satzung handle, vielmehr um den Ausdruck des vorläufigen Versagens der in San Francisco gegründeten Friedensorganisation.

Brinton, J. Y.: Mandates, Trusteeships and South West Africa (S. 82–102). Besprechung des Gutachtens des IGH vom 11. 7. 1950 betreffend den Status des ehemaligen Mandatsgebiets von Südwestafrika.

Brunet, René: La garantie internationale des Droits de l'homme depuis la Charte de San Francisco (S. 103–164). Verf. fordert am Schluß seiner Übersicht über die Bemühungen seit 1945 die Gewährung eines individuellen Petitionsrechts an das Komitee für Menschenrechte.

Brinton, J. Y.: Problems of the Continental Shelf (S. 165–177). Zeigt an Hand von Beispielen die vorläufige Uneinheitlichkeit der Auffassungen über die Frage des Festlandssockels, deren Lösung sich der Verf. weniger von juristischen Theorien als von einem sachlichen Ausgleich der widerstreitenden Interessen verspricht. Ws

Revue Française de Droit Aérien. Année 5, 1951

Garnault, André: La révision de la Convention de Varsovie. Inventaire des Travaux de Madrid (S. 357–363). Behandelt die ICAO-Tagung vom 11.–28. 9. 1951.

— Année 6, 1952

Wegerdt, A.: Les conditions juridiques des Hélicoptères par rapport au droit public et au droit privé (S. 11–22). Verf. untersucht, inwieweit die allgemeinen, die Luftfahrt regelnden Bestimmungen auf den Hubschrauber Anwendung finden können.

Saporta, M.: Les projets de Pool européen des Transports aériens (S. 146–166). Behandelt die verschiedenen Entwürfe für einen Schuman-Plan der Luft (Bonnefous, van de Kieft, Sforza).

Cooper, John Cobb: Le Droit romain et la maxime «Cujus est solum» dans le droit international aérien (S. 339–389). Verf. weist nach, daß die Regel des Art. 1 der Pariser Konvention über die Luftfahrt von 1919, die von der Konvention von Chicago von 1944 übernommen wurde, nach der den Vertragsstaaten die Souveränität über den Luftraum oberhalb des Staatsgebiets zukommt, bereits im römischen Recht Geltung hatte.

Ming-Min Peng: Le vol à haute altitude et l'article 1^{er} de la Convention de Chicago, 1944 (S. 390–404). Verf. bejaht den unbegrenzten Wirkungsbereich der staatlichen Souveränität bis in höchste Höhen. Zn

Revue Française de Science Politique. Vol. 2, 1952

Loewenstein, Karl: Réflexions sur la Valeur des Constitutions dans une Epoque Révolutionnaire. Esquisse d'une ontologie des Constitutions (S. 5–23; 312–334). Vgl. den oben S. 335 angezeigten Aufsatz des Verf. »Verfassungsrecht und Verfassungsrealität«.

Guillaume, Gilbert: L'Evolution Politique du Pakistan (S. 120–135).

Moulin, Léo: Le Gouvernement des Communautés Religieuses comme Type de Gouvernement Mixte (S. 335–355).

Allais, Maurice: Quelques Réflexions sur la Contrainte et la Liberté (S. 356–373).

Mathiot, André: Les «Pressure Groups» aux Etats-Unis (S. 429–473).

Bailey, Sidney D.: Une Fédération des Caraïbes Britanniques. Le Cheminement d'une Idée (S. 543–556). Verf. befürwortet den Dominion-Status für die britischen Gebiete im Karibischen Meer.

Pierandrei, Franco: Les Commissions Législatives du Parlement Italien (S. 557–580). Verf. beschreibt den eigenwilligen Weg der italienischen Verfassung zur Entlastung des Gesetzgebers unter Vermeidung einer Kompetenzdelegation auf die Exekutive durch Schaffung von Parlamentskommissionen mit Gesetzgebungsbefugnis. Die aus dieser Dezentralisation der Parlamentsarbeit entstandenen staatsrechtlichen Fragen werden untersucht.

Burdeau, Georges: Démocratie Classique ou Démocratie Vivante (S. 653–675).

Duroselle, J.-B.: L'Etude des Relations Internationales: Objet – Méthode – Perspectives (S. 676–701).

Hoffmann, Stanley: Les Partis Américains et la Politique Extérieure des Etats-Unis. Le 81^e Congrès (1949–1950) (S. 702–724).

Grosser, Alfred: L'Allemagne d'Après-Guerre. Recherche d'une méthode d'étude (S. 725–736).

Sørensen, Max: Problèmes Politiques Contemporains du Danemark (S. 737–751). Bh

Revue Générale de l'Air. Année 14, 1951

Le Goff, M.: L'activité des Divisions techniques au sein de l'O.A.C.I. (S. 419–432). Verf. behandelt die Tätigkeit der technischen Komitees im Rahmen der am 5. 6. 1945 gegründeten Organisation Provisoire de l'Aviation Civile Internationale (O.P.A.C.I.) und der am 4. 4. 1947 ins Leben gerufenen Organisation de l'Aviation Civile Internationale (O.A.C.I.).

Bonnet, Jean-Charles: La politique des lignes aériennes internationales (S. 447–477; Année 15, S. 19–34). Verf. behandelt die Entwicklung und die staatliche Einflußnahme auf die im internationalen Luftverkehr tätigen Gesellschaften bis zum Abschluß der Konvention von Chicago.

— Année 15, 1952

Saporta, M.: Le droit aérien soviétique (S. 118–126).

Ming-Min Pen: Les Bombardements Aériens et la Population civile depuis la seconde guerre mondiale (S. 302–311). Nach positivem Völkerrecht sei die Zivilbevölkerung gegen Luftangriffe geschützt, so daß jeder bewußte, gegen die Zivilbevölkerung gerichtete Luftangriff das Völkerrecht verletze. Zn

Revue Hellénique de Droit International, Année 4, 1951

Mirkin-Guetzévitch, Boris: La Renonciation à la Guerre dans le Droit

Constitutionnel moderne (S. 1–16). Verf. stellt die Entwicklung in Frankreich vom 22. 5. 1890 bis zur Präambel der Verfassung von 1946 dar.

Moreno Quintana, Lucio M.: L'Ecole Argentine de Droit International (S. 17–28).

Castro-Rial, J. M.: Considérations sur la Personnalité Internationale (S. 29–39).

Spiropoulos, J.: Formulation of the Nürnberg Principles (S. 129–162). Verf. behandelt die Entstehung der Charta des Nürnberger IMT, das Urteil und die durch den Verf. als Berichterstatter des Unterausschusses der International Law Commission vorgelegten Grundsätze.

Vlachos, Georges: La Restitution de l'Or Monétaire Spolié par les Allemands (S. 181–194).

L'Huillier, J.: Intervention et non-intervention dans la Charte des Nations-Unies (S. 253–260). Die UN-Charta enthalte ein interventionistisches Programm, unbeschadet des traditionellen Prinzips der Nichteinmischung. Die Urheber der Charta hätten halbe Maßnahmen getroffen. Da den UN durch die Charta Aufgaben zugewiesen worden seien, die nicht ohne Beschränkung der Souveränität der Mitgliedstaaten zu erfüllen seien, hätten die UN-Organe auch umfassendere Kompetenzen erhalten müssen.

Mamopoulos, Pierre: La Condition des Etrangers selon le Droit International et le Droit Hellénique (S. 284–311).

Emilianides, Achilles C.: A Case of Collective Statelessness: The Cypriots in Egypt (S. 312–322). Verf. weist darauf hin, daß durch den Cyprus Nationality Order-in-Council vom 5. 11. 1914 nur den am Tage der britischen Annexion der Insel Cypern dort anwesenden Personen die britische Staatsangehörigkeit verliehen wurde, wodurch insbesondere die zahlreichen in Ägypten und im Sudan lebenden Cyprioten staatenlos wurden. Verf. regt eine Ergänzung des genannten Order-in-Council an.

Verdross, Alfred: La Jouissance et l'exercice des droits civils par les Etrangers (S. 344–353). Bericht für den im Juli 1950 in Rom gehaltenen Kongreß des Institut International pour l'Unification du Droit Privé, in dem der Verf. die Grundlagen des völkerrechtlichen Fremdenrechts darstellt.

— Année 5, 1952

Maridakis, Georges S.: Un précédent du Procès de Nuremberg tiré de l'histoire de la Grèce ancienne (S. 1–16).

Verdross-Drossberg, Alfred: La bonne foi comme fondement du Droit international public (S. 17–21). Verf. erblickt in Treu und Glauben nicht nur die Grundlage des Vertragsrechts, sondern auch des Völkergewohnheitsrechts und der *principes généraux* des Art. 38 des IGH-Statuts, so daß die *bona fides* das gesamte Völkerrecht beherrsche.

Carabiber, Ch: L'Evolution Récente de la Théorie de l'Immunité de Jurisdiction des Etats (S. 23–41). Übersicht über die neuere Rechtsprechung. Die zuneh-

mende Entfaltung staatlicher Tätigkeit vor allem im wirtschaftlichen Bereich stelle die Geltung der grundsätzlichen Immunität in Frage und müsse zu ihrer Beschränkung auf reine Hoheitsakte führen.

Constantopoulos, D. S.: The relation of the Law of Nations to constitutional law and the new Constitutions of Germany (S. 42–62).

Smyrniades, Bion: Les Droits de l'Homme et leur Protection Internationale (S. 63–82). Verf. behandelt die rechtsphilosophischen Grundlagen der Menschenrechte (Naturrecht, Positivismus), ihren Schutz durch innerstaatliche Regeln und die Völkerrechtsregeln über den Schutz der Menschenrechte, insbesondere die UN-Charter und die Deklaration vom 10. 12. 1948. Zn

Revue d'Histoire Diplomatique. Année 65, 1951

Dollot, Louis: Mèlilla, pointe africaine de l'Espagne (S. 39–75).

Lens, Adrien de: Ambassades et Ambassadeurs d'autrefois. Première Partie: Le train de l'Ambassadeur. Les entrées (S. 170–186; wird fortgesetzt).

Rain, Pierre: Aux approches de Munich. D'après les archives secrètes de la Wilhelmstraße (S. 226–237). Bh

Revue de l'Institut de Sociologie. Année 1952

Abel, A.: Les formes nouvelles de la question d'Orient (S. 5–33). Bh

Revue Internationale de la Croix-Rouge. Année 34, 1952

Wilhelm, René-Jean: Les Conventions de Genève et la guerre aérienne (S. 10–42). Verf., Mitglied der Rechtsabteilung des IKRK, grenzt Inhalt und Zweck der Genfer Abkommen vom 12. 8. 1949 ab gegen Regelungen des Luftkriegs und des Gebrauchs von Atomwaffen und arbeitet die Bestimmungen der neuen Genfer, aber auch der Haager Abkommen von 1899 und 1907 heraus, soweit sie den Schutz der Wehrlosen gegen Einwirkungen des Luftkriegs betreffen, auch soweit darin die Luftkriegführung nicht ausdrücklich erwähnt ist. Das Kriterium *qui ne sont pas défendus* des Art. 25 LKO sei nur auf »taktische«, die Einnahme und Besetzung, nicht auf »strategische«, die Zerstörung bestimmter Objekte bezweckende Luftbombardements anwendbar (vgl. *Schmitz*, Die »offene Stadt« im geltenden Kriegsrecht, ZaöRV Bd. 10, S. 618 ff.).

Pictet, Jean S.: Die Unterdrückung der Mißbräuche des Rotkreuzzeichens (Beilage S. 7–27). Übersetzung des ZaöRV Bd. 14, S. 401, angezeigten Aufsatzes.

SiorDET, Frédéric: Les Conventions de Genève de 1949: Le problème du contrôle (S. 92–120, 869–894; Beilage S. 37–63). Forts. des ZaöRV Bd. 14, S. 689, angezeigten Aufsatzes. Behandelt insbesondere die Rolle der Schutzmächte und ihrer Substitute nach Art. 8/8/8/9 und 10/10/10/11 der vier Abkommen.

Draz, Mohamed Abdallah: Le droit international public et l'Islam (S. 194–209). Zuerst in der Revue Egyptienne de Droit International, 1949, Vol. 5, S. 17–27, erschienener Aufsatz. Vgl. oben S. 406.

Pilloud, Claude: Les sanctions pénales dans la première Convention de Genève (blessés et malades) du 12 août 1949 (S. 286–311). Nach einem Rückblick auf frühere

Ansätze strafrechtlicher Sanktionierung kriegsrechtlicher, insbesondere humanitärer Regeln, entwickelt Verf. das diesbezügliche System des Genfer Verwundetenabkommens von 1949 an Hand seiner Vorgeschichte.

Coursier, Henri: L'interdiction de la torture (Contribution au Commentaire de l'article 32 de la Convention de Genève n° IV, du 12 août 1949, relative à la protection des personnes civiles en temps de guerre) (S. 365–380; Beilage S. 289–306).

Massignon, Louis: Le respect de la personne humaine en Islam, et la priorité du Droit d'asile sur le devoir de juste guerre (S. 448–468).

Odier, Lucie: La protection des hôpitaux civils et de leur personnel en temps de guerre (S. 541–549; Beilage S. 261–269). Der XVIII. Internationalen Rotkreuzkonferenz Toronto 1952 erstatteter Bericht.

Coursier, Henri: Etudes sur la formation du droit humanitaire: La Croix-Rouge (S. 550–578; Beilage 1952 S. 236–257; 1953, S. 63–86, 95–105). Vgl. die Besprechung oben S. 284 ff.

Huber, Max: Le droit des gens et l'humanité (S. 646–669). Französische Fassung des unten S. 420 besprochenen, am 15. 5. 1952 in St. Gallen gehaltenen Vortrags.

XVIII^e Conférence internationale de la Croix-Rouge (Toronto, juillet-août 1952). Discours, messages, résolutions, Statuts de la Croix-Rouge internationale etc. (S. 704–754).

Siordet, Frédéric: La XVIII^e Conférence internationale de la Croix-Rouge (S. 755–763). Enthält grundsätzliche Ausführungen über die Rotkreuzorganisation im Verhältnis zu den politischen Antagonismen und über die Stellung des Roten Kreuzes im und zum Kriegsrecht.

— **Année 35, 1953**

Schoenholzer, Jean-Pierre: Le médecin dans les Conventions de Genève de 1949 (S. 94–126, 169–194). Rn

Revue Internationale de Droit Comparé. Année 3, 1951

Puget, Henry, Le droit administratif américain (S. 601–605).

Rivaltà, Maria: La nouvelle organisation administrative italienne (S. 606–615).

— **Année 4, 1952**

Fridieff, M.: A la recherche d'une définition parfaite du droit soviétique (S. 81–88).

Mirkiné-Guetzévitch, Boris: De «l'Esprit des lois» au constitutionnalisme moderne (S. 205–216).

Levy, Denis: La constitution de la République d'Indonésie (S. 268–280).

Chevallier, Jean-Jacques: Réflexions sur le droit politique comparé (S. 294–298). Bh

Revue internationale de Droit pénal. Année 22, 1951

Graven, Jean: La protection pénale des conventions internationales humani-

taires (S. 451–470). Erläuterungen zum 1. Thema des VI. Internationalen Strafrechtskongresses in Rom.

— **Année 23, 1952**

Graven, Jean: Les limites du rôle et de la responsabilité du médecin dans la guerre biologique et bactériologique (S. 19–56).

Miglioli, Carlo: Du caractère illégitime de la sanction pénale unilatérale en droit international (S. 57–74). Verf. hält die Kodifikation eines überstaatlichen Strafrechts für dringend geboten. Kriegsverbrecherprozesse, wie diejenigen der Nachkriegszeit, selbst bei korrektester Durchführung, seien immer mit dem Makel der Einseitigkeit behaftet.

Markees, C.: L'extradition et l'assistance internationale dans la période d'après-guerre (S. 75–99). Behandelt das Auslieferungsrecht der Schweiz und dessen Gerichtspraxis, insbesondere im Hinblick auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das Asylrecht sei in Gefahr, eine leere Formel zu werden, da die Aufnahme und Nichtauslieferung von politischen Flüchtlingen als innerstaatliches Sozialproblem ungelöst sei. Dg

Revue Internationale Française du Droit des Gens. T. 20, 1951

Jeschek, Hans Heinrich: L'activité des Tribunaux Français d'Occupation en Allemagne, en Matière Civile (S. 305–319).

Barbosa de Magalhães, J. M. V.: Le Père Francisco Suárez (Doctor Eximius) et le Droit des Gens (S. 320–331). Schluß der in Bd. 14, S. 693, dieser Zeitschrift angezeigten Abhandlung. Verf. behandelt Leben und völkerrechtliches Werk von Suárez.

Genet, Raoul: La Révision de la X^e Convention de La Haye relative à la Guerre sur Mer (S. 332–340; wird fortgesetzt). Verf. behandelt das II. Genfer Abkommen von 1949. Bh

Revue Internationale d'Histoire politique et constitutionnelle. 1951

Académie Internationale de Science politique et d'Histoire constitutionnelle, Paris. Président: L. Julliot de la Morandière.

Maritain, Jacques: Le concept de souveraineté (S. 8–22). Französische Fassung des zweiten Kapitels des Buches "Man and the State", Chicago University Press. Verf. leugnet sowohl die Staats- wie die Volkssouveränität.

Kelsen, Hans: Tendances récentes du droit des Nations Unies (S. 34–44). Verf. behandelt die Entwicklung des Rechts der Vereinten Nationen. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Verwirklichung des Prinzips der kollektiven Notwehr durch Regionalabkommen, die Entscheidungen des Sicherheitsrates im Korea-Konflikt, die Wiederbestellung des Generalsekretärs durch die Generalversammlung ohne Empfehlung des Sicherheitsrats und die Entschließung der Generalversammlung über eine »Gemeinsame Aktion für den Frieden« von einem gewissen Standpunkt aus zwar als Verletzung des alten Rechts der Vereinten Nationen, vorausschauend aber als Wendepunkt zu einem neuen UN-Recht betrachtet werden können.

- Torres Bodet, Jaime: La déclaration universelle des droits de l'homme (S. 45–47).*
- Laugier, Henri: Le combat pour les droits de l'homme aux Nations Unies (S. 48–53).*
- Cassin, René: Le Conseil d'Etat gardien des principes de la Révolution française (S. 54–61).*
- Bertrand, André: Les techniques du travail gouvernemental en Grande-Bretagne (S. 62–76).*
- Godécho, Jacques: L'origine des institutions françaises de l'époque révolutionnaire (S. 92–99).*
- Valiani, Leo: La politique de la Résistance italienne (S. 117–132).*
- Orlando, Vittorio Emanuele: La forme de gouvernement en vigueur en Italie aux termes de la Constitution de 1948 (S. 165–178; wird fortgesetzt).*
- Friedrich, C. J.: Considérations générales sur la Constitution de Porto-Rico (S. 179–187).*
- Preuss, Lawrence: Droit international et droit interne dans la Constitution française de 1946 (S. 199–224).*
- Cotta, Sergio: Montesquieu, la séparation des pouvoirs et la Constitution fédérale des Etats-Unis (S. 225–247).*
- Laferrière, J.: L'immunité parlementaire et la contrainte par corps (S. 291–305).*
- Langrod, Georges: A propos de l'histoire et de l'activité des institutions internationales. L'O.A.A. (F.A.O.) et les sciences sociales (S. 306–328). Dg*
- Revue Internationale des Sciences Administratives. Année 17, 1951**
- : *Le premier cycle d'étude des Nations Unies sur l'administration du personnel des services publics (S. 643–651). Bericht über die Arbeitstagung vom 9.–29. 1. 1951.*
- Reyn, Paul van; Paul Rongy: Essai juridique sur la vie d'un établissement public belge: L'Office de Récupération Economique (S. 687–715). Bericht über die Tätigkeit der belgischen Restitutions- und Reparationsbehörde.*
- Leimgruber, O.: Quelques indications sur le fonctionnement du parlement fédéral suisse (S. 767–779). Sr*
- **Année 18, 1952**
- Lespes, Jules: Administrative justice and the "Council of State" in Belgium (S. 11–41).*
- Puget, Henri; Henri Mayras: Le Conseil d'Etat de la République italienne (S. 42–65).*
- Papahadjis, Georges M.: Les quarante ans de la revision constitutionnelle en Grèce et le fonctionnement du Conseil d'Etat hellénique (S. 66–75).*
- Morgan, Glenn G.: The Organization of American States: a problem of administrative reorganization (S. 501–529).*

P a o l i , Lucien: Les techniques et les méthodes d'organisation du travail gouvernemental en France (S. 530–544).

G r u b e n , Baron de: Méthodes de travail administratif d'un Ministère des Affaires étrangères (S. 545–561). Bh

Revue Juridique et Politique de l'Union Française. Année 5, 1951

P a s s e r o n , René: La structure administrative de l'Algérie (S. 449–465).

N g u y e n Q u o c D i n h : La question du statut de l'Etat associé d'après la Constitution (S. 466–502). In der französischen Verfassung von 1946 sei ein Statut der assoziierten Staaten mindestens negativ bestimmt worden.

G o n i d e c , P.-F.: Vers la création de Dominions noirs: la Gold Coast (S. 503–542; Année 6, S. 72–104).

— Année 6, 1952

S i l v e r a , Victor: De l'administration directe et du contrôle dans le régime du protectorat français en Tunisie (S. 57–71).

H o m o n t , André: L'application du régime de la tutelle aux territoires sous mandat (S. 149–179). Verf. behandelt die Schwierigkeiten, die aus der Anwendung des Treuhandsystems auf die ehemaligen Mandatsgebiete entstehen, sowie neue Entwicklungslinien. Er gibt eine ausführliche Bibliographie.

R a c i n e , Jacques: Mesures législatives et réglementaires prises par les autorités en exercice au Maroc (S. 212–245, S. 364–382).

C o l l i a r d , Claude-Albert: Les anciennes colonies italiennes (S. 246–286). Durch Art. 23 § 1 des italienischen Friedensvertrages vom 10. 2. 1947 hat Italien auf alle Rechte und Ansprüche auf seine damaligen Kolonien (Libyen, Eritrea, Ital. Somali) verzichtet. Verf. behandelt die nunmehr für diese Gebiete geltende Rechtslage.

G o n i d e c , P.-F.: Les assemblées locales des territoires d'outre-mer (S. 317–355; wird fortgesetzt).

S i l v e r a , Victor: Les conditions de l'évolution de la nationalité tunisienne (S. 356–363). Bh

Revue Politique des Idées et des Institutions. Année 41, 1952

J o s e p h , Gaston: A la recherche d'une solution pour l'Indochine (S. 39–46).

G a r d e y , Abel: Considérations actuelles sur le libéralisme et le dirigisme (S. 193–201).

C e r c l e r , René: L'Organisation des Nations unies et les réformes agraires (S. 210–216). Behandelt die Resolution vom 12. 1. 1952 und kritisiert deren dirigistische Tendenzen.

B o i v i n - C h a m p e a u x , Jean: «Faisons l'Europe» (S. 225–230). Verf. kritisiert die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl: Frankreich zahle sofort einen hohen Preis mit der Öffnung seiner Märkte, während die deutschen Gegenleistungen (Kokslieferung) von unbestimmten künftigen Dingen, wie der tatsächlichen Macht der Hohen Behörde, der Vertragsauslegung und schließlich auch vom deut-

schen guten Willen abhängen. Sollte die Saar zu Deutschland zurückkehren, werde die Grundkonzeption des wirtschaftlichen Gleichgewichts zerstört. Der größte Fehler sei aber die »europäische Supernationalität« der ganzen Konstruktion. Prüfe man nämlich im Lichte der britischen Auffassung, worum es sich handle, so komme man zu einem »germanisierten« Europa. Die Bestimmung der Präambel der französischen Verfassung, wonach Frankreich seine Souveränitätsrechte auf der Grundlage der Gegenseitigkeit beschränken könne, besage nicht, daß Teile derselben zur Ausübung auf eine dritte Stelle wie die Hohe Behörde übertragen werden könnten. Europa könne nicht auf dem Weg über solche Gebilde, sondern nur durch eine echte Union entstehen.

Bosc, Jean: Le nouvel accord franco-soviétique (S. 289–294). Verf. gibt eine Analyse des am 3. 9. 1951 zwischen Frankreich und der Sowjetunion unterzeichneten und am 5. 2. 1952 durch das französische Parlament angenommenen Handelsabkommens, bei dem er beanstandet, daß die russische Handelsvertretung, da der Außenhandel der UdSSR Staatsmonopol ist, als diplomatische Einrichtung anerkannt wurde.

Donon, Jean: La France et la Tunisie (S. 303–311).

Armengaud, André: Les ententes professionnelles (S. 328–339).

Joseph, Gaston: Légitimité de la présence française Outre-mer (S. 397–404).

Belot, Raymond de: Le blocus de la Chine (S. 438–444).

Pernot, Georges: A quand la révision de la Constitution? (S. 449–456).

Joseph, Gaston: Un ensemble indivisible: l'Afrique continentale française (S. 520–526). Bh

Revue Politique et Parlementaire. Année 53, 1951

Mirkiné-Guetzévitch, Boris: La révision constitutionnelle (No. 613, S. 352–361). Verf. zeigt technische Mängel und ihre Gefahren für eine echte Demokratie in der französischen Verfassung von 1946 und fordert deren Revision.

— Année 54, 1952

Palewski, Gaston: Pour confédérer l'Europe (No. 614, S. 3–11). Darstellung des *Rassemblement du Peuple Français (de Gaulle)* für die Bildung eines vereinigten Europa. Zur Lösung der deutschen Frage sei eine Föderation souveräner Staaten notwendig, wobei fortschreitend Teile der nationalen Souveränität auf eine Zentralbehörde zu übertragen seien.

Bonnefous, Edouard: Où en sont les rapports franco-britanniques? (S. 12–19). Im Vertrag von Dünkirchen vom 4. 3. 1947 habe sich Großbritannien erstmals gegenüber Frankreich förmlich gebunden. Nach dem Brüsseler Vertrag von 1948 hätten die Fragen Mittelmeer, Arabien, Organisation Europas und Atlantische Gemeinschaft zu neuer Entfremdung geführt, weshalb eingehende Gespräche zur gegenseitigen Abstimmung erforderlich seien.

Frankenstein, Marc: Formose, son statut juridique et sa situation politique (S. 51–60).

Moreux, René: L'Union française devant une option capitale: l'assimilation ou le fédéralisme (No. 615, S. 113–119).

—: *L'affaire du Cachemire risque d'engendrer une dangereuse crise internationale (S. 165–176).* Verf. behandelt u. a. die aus dem britischen Verzicht auf das Souveränitätsrecht in Indien entstandenen Rechtsprobleme.

Boudville, Jacques R.: L'enjeu fondamental de l'Occident dans les pays sous-développés (No. 616, S. 264–269).

Texier, Henri: La question Marocaine (No. 617, S. 48–50).

Romainville, François de: Ukraine: Chimère ou réalité? (S. 57–62).

Carantino, Bernard: Autour de la 5^e session de la Conférence Danubienne (No. 618, S. 169–176). Verf. behandelt das Donauproblem seit 1815 bis zur fünften Donaukonferenz in Galatz vom 10.–19. 12. 1951.

Billecard, Robert: Le système de la «Fonction Publique» (No. 619, S. 238–247). Seit der Befreiung wird unter dem Begriff des öffentlichen Dienstes jede Tätigkeit für den Staat verstanden, gleichgültig in welcher Stellung sie geleistet wird. Seit dem Gesetz vom 19. 10. 1946 werden allerdings Richter, Militärs und Personal der verstaatlichten Betriebe ausgenommen. Verf. stellt die mit diesem System gemachten Erfahrungen dar und fordert eine Reform.

Pezet, Ernest: La nouvelle «Question d'Autriche». Traité contre Traité (S. 261–273). Verf. kritisiert die Politik der Besatzungsmächte, insbesondere der Sowjets, gegenüber Österreich und stellt fest, daß Österreich, obwohl selbst Opfer einer Aggression, schlechter als Deutschland behandelt werde.

Nicolas, Henri: Le Soudan anglo-égyptien (S. 274–288).

Mirkin-Guetzévitch, Boris: Droits de l'Homme (No. 620, S. 3–9).

Grzybowski, Kazimierz: La continuité légale dans les démocraties populaires (S. 55–63).

—: *Vérités sur l'Union française (No. 621, S. 113–128).*

Guard, Marcel: La Communauté européenne de défense (S. 150–159).

Larché, J.: Les Tendances nouvelles de la politique anglaise en Afrique noire (S. 167–173).

Gozard, Gilles: La Banque Internationale pour la Reconstruction et le Développement (No. 622, S. 242–249). Geschichte und Arbeitsweise der Wiederaufbaubank mit kritischer Würdigung ihres Erfolgs. Darstellung der Ursachen des teilweisen Versagens und der Reformansätze, z. B. des Versuchs, durch Bildung einer der Bank angegliederten internationalen Finanzierungsgesellschaft die privaten Geldgeber zu interessieren.

Pezet, Ernest: Les rapports anglo-soviétiques dans les deux après-guerres (S. 267–279; No. 623, S. 394–408).

Carantino, Bernard; Alexis Schiray: Les aspects politiques du XIX^e Congrès du Parti Communiste de l'Union Soviétique (S. 280–288).

Billecard, Robert: Le projet gouvernemental de Réforme administrative (No. 623, S. 356–361).

Ledermann, L.: Considérations actuelles sur la fédération internationale (S. 362–372). Verf. untersucht die Voraussetzungen dauerhafter internationaler föderativer Gebilde und sieht sie in der Notwendigkeit der Abwehr eines gemeinsamen Feindes, Interessenharmonie der Angehörigen mehrerer Staaten und in der Übereinstimmung des politischen Ideals, des Moralegefüges und der Wertvorstellungen.

Bh

Revue de Science et de Législation Financières. Année 44, 1952

Passeron, André: Statut politique, économique et financier de la Principauté de Monaco (S. 391–407).

Dertilis, P. B.: Note sur les rapports entre les pouvoirs législatif et exécutif en matière de budget: Les textes constitutionnels grecs (S. 432–436).

— **Année 45, 1953**

Laufenburger, Henry: Quelques aspects financiers de la Fédération européenne (S. 73–95).

Bh

Rivista Amministrativa della Repubblica Italiana. Anno 104, 1953

Stammati, Gaetano: La riforma della repubblica amministrazione in Francia (S. 1–16).

Rn

Rivista Internazionale di Filosofia del Diritto. Anno 29, 1952

Brunello, Bruno: Il diritto di guerra nella politica di Francisco De Vitoria (S. 236–244).

Vecchio, Giorgio del: Intorno agli Stati Uniti d'Europa (S. 272–277). Behandelt den europäischen Einigungsgedanken seit dem von Carlo Cattaneo (1801–1869) entwickelten politischen Programm.

Rn

Rivista di Studi Politici Internazionali. Anno 18, 1951

Toscana, Mario: L'Italia e gli accordi tedesco-sovietici dell'agosto 1939 (S. 553–642).

Giglio, Carlo: La questione del lago Tana (1902–1941) (S. 643–686).

Giannini, Amedeo: Politica estera e Ministro degli Esteri nel Regno Unito (S. 689–692).

Pesso, Elio: Della politica altoatesina (S. 692–698).

— **Anno 19, 1952**

Maresca, Adolfo: La protezione dei civili in tempo di guerra (S. 382–402). Behandelt das IV. Genfer Abkommen zum Schutze der Zivilpersonen im Kriege vom 12. 8. 1949.

Gori-Montanelli, Riccardo: Critiche americane ai così detti «Diritti dell'Uomo» (S. 403–410). Behandelt die Kontroverse um die Vereinbarkeit der Genocide- und der Menschenrechts-Konventionen mit der Verfassung der USA.

Socini, Roberto: Sul sistema di votazione al Consiglio speciale dei ministri del «Piano Schuman» (S. 442–446).

Rn

Rivista Trimestrale di Diritto Pubblico. Anno I, 1951

Giannini, Massimo Severo: Autonomia (Saggio sui concetti di autonomia) (S. 851-883). Verf. unterscheidet souveräne, normative, institutionelle und organisatorische Autonomie, ferner Autonomie öffentlicher Körperschaften, lokale und private Autonomie.

Alessi, Renato: Responsabilità del pubblico funzionario e responsabilità dello Stato in base all'art. 28 della Costituzione (S. 884-902).

Guarino, Giuseppe: Il Presidente della Repubblica Italiana (Note preliminari) (S. 903-992).

— Anno 2, 1952

Mortati, Costantino: Concetto, limiti, procedimento della revisione costituzionale (S. 29-65).

Landi, Guido: Sull'espropriazione per pubblica utilità nell'ordinamento regionale (S. 66-85).

Marongiu, Antonio: Parlamenti e governi nella storia costituzionale italiana (S. 86-117).

Volpe, V.: Nuove forme di organizzazione nell'ordinamento internazionale: Il Consiglio d'Europa (S. 168-226).

Morelli, Gaetano: La competenza della Corte internazionale di Giustizia e la c. d. giurisdizione domestica (S. 309-321). Verf. kommt zu dem Ergebnis, daß Art. 2 Abs. 7 der UN-Charter die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs nicht einschränke.

Breschi, Bruno: Gli accordi contrattuali con la Repubblica federale tedesca e la loro natura giuridica (S. 527-542; wird fortgesetzt). Vorabdruck aus der Festschrift für Lanciotto Rossi.

Sandulli, Aldo Mario: La posizione dei creditori pecuniaria dello Stato (S. 543-564).

Cantucci, Michele: La prelazione dello Stato nelle alienazioni onerose delle cose di interesse artistico e storico (S. 565-610).

Casetta, Elio: Diritto soggettivo e interesse legittimo: problemi della loro tutela giurisdizionale (S. 611-669).

Balladore Pallieri, Giorgio: Appunti sulla divisione dei poteri nella vigente Costituzione italiana (S. 811-830). Kritische Betrachtung der herkömmlichen Gewaltenteilungslehre und Interpretation der einschlägigen Bestimmungen der italienischen Verfassung.

Miele, Giovanni: L'esclusione dai pubblici concorsi e l'art. 51 della Costituzione (S. 831-848).

Lavagna, Carlo: Il sistema elettorale nella Costituzione italiana (S. 849-875).

Siniscalchi, Antonio: Del procedimento dinanzi alla Sezione speciale della Corte d'appello in materia di usi civici (S. 876-911). Rn

Schweizerisches Jahrbuch für internationales Recht. Bd. 8, 1951

Huber, Max: Das Völkerrecht und der Mensch (S. 9–30). Nach einem bis zur aristotelischen und stoischen Philosophie ausholenden Rückblick auf die ideengeschichtlichen Grundlagen der Herausarbeitung von Menschenrechten gegenüber eigener und fremder Staatsgewalt zeigt Verf., wie der Konflikt zwischen dem individualistischen Prinzip der staatlichen Souveränität und dem Postulat der kollektiven Sicherheit des Friedens und Rechtes in der Frage der Menschenrechte akut wird. Nach drei Weltkriegen: 1815, 1920 und 1945, seien Anläufe genommen worden einerseits zu einer Organisation der Staatenwelt, andererseits zur Wahrung wesentlicher Rechte des Menschen schlechthin, selbst im Verhältnis zum eigenen Staate (humanitäre Intervention; Abkommen zur Unterdrückung von Verhältnissen, in denen der Mensch entwürdigt oder mit physischem oder moralischem Zugrundegehen bedroht ist, z. B. Sklaven-, Mädchenhandel, statuieren zunächst keine subjektiven Rechte des Einzelmenschen). Die Rot-Kreuz-Bewegung seit 1863 bilde den Einbruch eines rein ethischen, den Einzelmenschen als solchen unmittelbar schützenden Grundsatzes in das Völkerrecht. Die UN-Charter enthalte keine konkrete Formulierung der in ihr programmatisch erwähnten Menschenrechte und -freiheiten und bedürfe dafür einer Art Zusatzvertrag. Schon jetzt aber sei diese Frage dem Vorbehalt der *domestic affairs* (Art. 2 Ziff. 7 UN-Charter) entzogen. Die Menschenrechtsdeklaration vom 10. 12. 1948 sei mindestens moralisch bindendes Programm nationaler und internationaler Politik. Verf. vermißt darin »eines der aktuellsten Menschenrechte, das Recht auf den Heimatboden«, hat andererseits Bedenken gegen den in der Resolution C der UN-Generalversammlung vom 5. 2. 1952 aufgestellten Plan, ein politisch so explosives Element wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den Katalog der Menschenrechte aufzunehmen und damit deren Konkretisierung und rechtsschutzmäßige Sicherung zu erschweren. Als Erfolge auf diesem Wege bucht Verf. die Genfer Abkommen vom 12. 8. 1949, als deren Hauptpunkte er herausstellt: Durchbrechung des klassischen Schemas, wonach Staatsverträge nur die Vertragspartner binden und nur unter der Voraussetzung, daß sie einander noch als Staaten oder Kriegführende anerkennen, Erweiterung der geschützten Kategorien bis zu Zivilpersonen, Schaffung von Sicherheitszonen als »Oasen« des Schutzes, Durchbrechung des starren Gegenseitigkeitsgrundsatzes, Erstreckung auf innerstaatliche bewaffnete Konflikte. Verf. stellt diese Abkommen als bahnbrechend in den Rahmen der Gesamtentwicklung des Kriegsrechts, die durch Rasanz, blinde Unterschiedslosigkeit der Kampfmittel und Ubiquität des modernen Krieges erschwert sei. Dennoch sei der Kampf um die Humanisierung, neben dem um die Verhinderung des Krieges, ohne Defaitismus, der nichts als zynischer Nihilismus sei, weiterzuführen, da er im Dienste oberster sittlicher Wertungen stehe.

Guggenheim, Paul: Was ist positives Völkerrecht? (S. 31–54). Verf. tritt den Postulaten der naturrechtlichen und der soziologischen Auffassungen vom Völkerrecht entgegen und vertritt die Autonomie des mit jenen Auffassungen in unauflösllichem Konflikt stehenden positivrechtlichen Rechtserzeugungsverfahrens. Die Fälle angeblicher Rezeption von Naturrechtssätzen ins positive Völkerrecht führt er

zurück auf in Schiedskompromissen verankerte Ermessensfreiheit, auf Rezeption rechtspolitischer Prinzipien aus Landesrechten (so das Mossul-Gutachten des StIGH, Serie B, Nr. 12), auf Interpretation oder Verweisung; auch im Verweis auf die *principes généraux* (Art. 38 Abs. 1 Z. 3) und in der fakultativen Klausel (Art. 38 Abs. 2 des StIGH-Statuts) liege keine Heranziehung von Naturrecht. Auch hier, wo »der völkerrechtliche Richter und Gesetzgeber nicht in der Lage ist, die Konkretisierung der Rechtsnorm aus dem Inhalt der bedingenden Norm der höheren Stufe abzuleiten . . .«, beruhe »die vollzogene Rechtsnorm nicht auf Naturrecht«, nicht »auf absoluten Rechtswerten« (S. 40). Die Nichtsanktionierung der von den höchsten Organen (»Grenzorganen«) vollzogenen Normen der obersten Rechtsstufe liege an der Unmöglichkeit, irgendwelche Garantien für eine dem generellen Rechtssatz entsprechende Individualisierung ohne Einschaltung eines Rechtsmittelverfahrens zu erzeugen, sei also auch durch Heranziehung des Naturrechts nicht zu ändern (S. 44). Werden Normverstöße »im allgemeinen weder aufgehoben noch wiedergutmacht, so erscheint nicht nur die nicht vollzogene individuelle Rechtsnorm der untersten Stufe als obsolet, sondern auch die ihr übergeordneten generellen Normen, aus denen jener Rechtssatz seinen Geltungsanspruch ableitet, erweisen sich unter Umständen als nicht geltende . . .« Andererseits bestehe »die Möglichkeit der Vernichtung erzeugter, aber noch nicht geltender Rechtssätze und Rechtsakte« (S. 51). Positives Recht sei nur die rechtskräftige Norm, der rechtskräftige Rechtsakt, nicht die im Wege des Anfechtungsverfahrens noch aufhebbare, vernichtbare Norm. Eine übereinstimmende Auffassung über Geltung und Wirksamkeit von Völkergewohnheitsrechtsnormen könne nur im Wege einer universell anerkannten und obligatorischen, die Interessengegensätze überwindenden Rechtsprechung herbeigeführt werden. Vorher seien Kodifikationsversuche zum Scheitern verurteilt. Für die Fortbildung des Völkerrechts ergebe sich »als rechtspolitisches Postulat die Einsicht, daß nur solche Rechtssätze universelle Anerkennung erlangen können, deren Inhalt nicht auf den Widerstand der besonderen Rechtsideologien in einzelnen Rechtszivilisationen stößt und die universell anerkannte Werte und Interessen verwirklichen.«

Huber, Hans: Über die Geltung des Völkerrechts (S. 55–92). Verf. betrachtet die Geltung als Merkmal des Rechtsbegriffs und sieht die Fragwürdigkeit der Arbeitsteilung und personellen Trennung zwischen Staats- und Völkerrechtswissenschaft gerade am Problem der Rechtsgeltung deutlich werden, da ohne Einblick in den Herrschaftscharakter des Staates und in die Beziehungen zwischen Staat und Recht kein Licht auf das Wesen des Völkerrechts falle. Verf. setzt sich mit den Postulaten der »Reinen Rechtslehre«, der Rechtssoziologie und des Rechtspositivismus auseinander. Zum Wesen der Geltung gehöre, »daß die Hauptmacht der Unterworfenen ohne Einsatz von Zwang gehorcht, und auch nicht wegen der Androhung von Zwang«. Weitere Geltungsgründe sieht Verf. »in der Übereinstimmung des rechtlich gebotenen Verhaltens mit überpositiven Rechtsgrundsätzen und sodann in einer soziologischen Normalität, d. h. einer Gleichgewichtslage zwischen dem positiven Recht und der von ihm geregelten sozialen Realität« (S. 69). Auch ohne Rechtszwang kenne das Völkerrecht »einen Grad von Gewißheit und Entschiedenheit, der es erlaubt, es als positives Recht zu bezeichnen«. Die Positivierung des Völkerrechts

geschehe durch die Organe der staatlichen Organisation. »In angemäßigsten, geschichtlich gewordenen, nicht rechtlich zugeordneten Wirkungsräumen existiert eine Mehrheit von Staaten, die ihrerseits noch nicht in einer universalen Entscheidungseinheit gipfelt. Das ist der unverrückbare Anknüpfungspunkt für das Völkerrecht« (S. 76). So gut wie das Völkerrecht weise auch das Verfassungsrecht eine klaffende Macht-lücke auf (S. 78). »Willen zum Völkerrecht bedeutet ein Begreifen der übernationalen Verbundenheit der Menschen in letzten Rechtswerten« (S. 82). Verf. fragt, in eingehender Auseinandersetzung mit dem oben angezeigten Aufsatz von G u g g e n h e i m, »nicht nach der Unentbehrlichkeit oder Entbehrlichkeit des (aus der Rechtsidee gewonnenen) Naturrechts bei der Bildung, Auslegung und Anwendung isolierter Völkerrechtssätze...«, sondern sucht »auf einem rechtsphilosophischen und geisteswissenschaftlichen Boden die Gestaltungskraft des Rechtsgedankens zu erforschen« und sieht, in grundsätzlicher Übereinstimmung mit S c h e u n e r (diese Zeitschrift Bd. 13, S. 556–614), das Nebeneinander von Natur- und positivem Recht als ein Ineinanderstehen, nicht als normlogischen Zusammenhang (S. 85). Verf. verwirft die Meinungen G u g g e n h e i m s (a. a. O., S. 46 f.), daß die soziologische Völkerrechtsauffassung im Völkerrecht einen in Zeit und Raum sinnlich wahrnehmbaren Akt erblicke und zu einer Aufhebung des Völkerrechts als Inbegriff von Normen führe und daß die soziologischen Studien besonders von Max H u b e r keine begriffliche Klärung der Völkerrechtssoziologie gebracht hätten: mit der Bezeichnung des soziologischen Begriffs der Internationalität als materielle Klassifikation der sozialen Erscheinungen, welche durch die überragende Stellung des Staates gerechtfertigt erscheine, habe Max H u b e r bereits einen wesentlichen Grund gelegt, auf dem Hermann H e l l e r weiter gebaut habe. Die Stoffbezogenheit des Rechtes sei eine solche innerhalb von Weltzusammenhängen. Die von der deutschen Rechtsphilosophie bevorzugte Synthese von Naturrecht und (relativem) Historismus dränge sich für das Völkerrecht ohnehin auf. Verf. sieht heute drei Erscheinungen auf die Geltung des Völkerrechts einwirken: 1. die Entwicklung der Staaten zu Verwaltungsstaaten (die Antagonie zwischen Recht und Verwaltung wirke sich, durch deren anpassungsbereite Grundsatzferne und das Überhandnehmen auf Blankovollmachten beruhender Regierungsabkommen anstelle parlamentarisch verabschiedeter Staatsverträge, auch auf das Völkerrecht aus); 2. Internationalität im Sinne Max Hubers setze Nationalität voraus, diese aber werde von der Seite des Ideologischen her durchlöchert, unterhöhlt und mißbraucht, was auf das internationale Verhältnis desintegrierend wirke; 3. das Reifen der Ausgangssituation für Welthegemonien unter gleichzeitiger Schrumpfung der wahren Internationalität im Verhältnis zu den übrigen Staaten und dieser unter sich.

S a u s e r - H a l l, Georges: La septième session de la conférence de droit international privé de la Haye (9–31 octobre 1951) (S. 93–148).

DOKUMENTARISCHER TEIL:

G u g g e n h e i m, Paul: Droit international public (S. 169–204). Enthält Dokumente aus der Staatspraxis der Schweiz u. a. über Völkerrechtsquellen (Fortgeltung der zwischen der Schweiz und Österreich 1868–1936 geschlossenen Verträge; princi-

pes généraux, Vertragsschlußverfahren und Stimmabgabe im Rahmen der ILO), Völkerrecht als überstaatliche Ordnung (Vorrang von Völkerrecht vor Landesrecht), persönlichen Geltungsbereich des Völkerrechts (Anerkennung von Staaten und Regierungen, Repräsentation eines Staates durch einen andern, Schutz von Staatsangehörigen im Ausland, Privateigentum und Entschädigung bei Verstaatlichung), Organe des völkerrechtlichen Verkehrs und ihren Strafrechtsschutz, internationale Verantwortlichkeit von Individuen (Ausführung der Genfer Abkommen vom 12. 8. 1949 im Schweizer Strafrecht).

Thévenaz, Henri: Répertoire des engagements internationaux contractés par la Suisse (entrés en vigueur en 1950) Répertoire dressé par ... (S. 205–216).

Fre y, Hugo A.: Internationale Zahlungen (Clearingrecht) (S. 259–276).

Fritzsche, Hans: Internationales Zivilprozeßrecht (S. 277–312).

Imboden, Max: Internationales Steuerrecht (S. 313–319).

Waldkirch, Ed. von: Internationaler gewerblicher Rechtsschutz (S. 320–341).

Rn

The Southwestern Social Science Quarterly. Vol. 33, 1952/53

Rhodes, Jack A.: Legislative Services in the British Parliament (S. 28–37). Verf. berichtet über den Aufbau, Einsatz und die Tätigkeit der Royal Commissions of Inquiry als Hilfsorgan des Parlaments zur Tatsachenermittlung und Beratung.

Coleman, George C.: The »Good Neighbor« Tested: 1938 (S. 216–227). Verf. beschreibt die Ursachen der Kontroverse zwischen Mexiko und den USA über die Entschädigung der in Mexiko enteigneten Amerikaner an Hand der damals gewechselten Noten.

Ut

Sovetskoe gosudarstvo i pravo. 1952

[Sowjetstaat und -recht]

Romaškin, P. S.: Amerikanskije agressory – organizatory prestupnoj bakteriologičeskoj vojny [Amerikanische Aggressoren als Organisatoren des verbrecherischen bakteriologischen Krieges] (Nr. 5, S. 1–14).

Ulanovskij, J. B.: Territorial'nye voprosy mirnogo uregulirovanija s Japoniej [Territorialfragen der Friedensregelung mit Japan] (S. 66–70). Die Regelung der Territorialfragen im Friedensvertrag mit Japan werde von der Sowjetregierung nicht anerkannt. Die Sowjetdelegation in San Francisco hat Ansprüche erhoben auf den südlichen Teil von Sachalin und auf die Kurillen-Inseln, die von den Russen bereits im 17. Jh. entdeckt worden seien und die Rußland später nur infolge der außenpolitischen Schwäche der zaristischen Regierung verloren habe. Der Antrag der Sowjetdelegation auf der Konferenz von San Francisco sei nicht einmal diskutiert worden.

Bogdanov, O. V.: Amerikanskaja meždunarodno-pravovaja doktrina na službe imperialističeskoj ekspansii [Die amerikanische völkerrechtliche Doktrin im Dienste der imperialistischen Expansion] (S. 70–73). Bericht über die 44. Tagung der American Society of International Law (Washington 1950). Unter Berufung auf die Vor-

träge über die Weltsicherheit und die Regionalpakte (L a s w e l l), über den Stand des Völkerrechts Mitte des XX. Jh. (H u d s o n), über die Revision der Satzung der Vereinten Nationen (B a n c r o f t) u. a. bemüht sich der Verf. nachzuweisen, daß die amerikanische Völkerrechtsdoktrin die aggressive Politik der amerikanischen Regierung voll unterstütze.

Z l a t o p o l s k i j, D. L.: Bor'ba za mir v evropejskich stranach narodnoj demokratii [Der Kampf um den Frieden in den europäischen Ländern der Volksdemokratie] (Nr. 6, S. 52–57). Friedensausschüsse, Aufrufe, strafrechtliche Verfolgung der sogenannten Kriegspropaganda.

Položit' konec krovavym prestuplenijam amerikanskich interventov v Koree [Den blutigen Verbrechen der amerikanischen Intervenienten in Korea muß ein Ende gesetzt werden] (Nr. 7, S. 1–5).

B a g i n j a n, K. A.: Gruboe narušenie ustava OON amerikano-anglijskim agresivnym blokom [Grobe Verletzung der UN-Satzung durch den anglo-amerikanischen aggressiven Block] (S. 6–17). Vorschläge von Kollektivmaßnahmen zwecks Ausschaltung des Sicherheitsrats und Umgehung des Grundsatzes der Einstimmigkeit der Großmächte im Rat.

V y š n e p o l s k i j, S. A.: K probleme pravovogo režima arktičeskoj oblasti [Zum Problem der Rechtslage des arktischen Gebiets] (S. 36–45). Verf. vertritt die Sektorentheorie für die Arktis und untersucht die Rechtslage der arktischen Seen, die er als Seen *sui generis* betrachtet. Er betrachtet den großen arktischen Seeweg als nationalen Seeweg der Sowjetunion. Unter Berufung darauf, daß die See von Cukotsk und die Ostsibirische See als Buchten des arktischen Bassins und daher als »historische Buchten« der UdSSR zu betrachten seien, vertritt er den Standpunkt, daß sie nicht zu den internationalen Seewegen gehören. Auch die See von Karsk gehöre zu den inneren Gewässern der Sowjetunion. Die Regelung der Rechtslage dieser See durch Rußland allein sei unbestritten.

S o b i n o v, M.: Otkrytyj voennyj sojuz SŠA, Anglii i Francii s pravitel'stvom Adenauera [Offenes Militärbündnis der USA, Englands und Frankreichs mit der Regierung Adenauers] (Nr. 8, S. 1–12).

N i k o l a e v, A. B.: Meždunarodnyj Krasnyj Krest (Pravovaja struktura i političeskoe lico) [Das Internationale Rote Kreuz (Rechtsstruktur und politisches Gesicht)] (S. 43–51). Das »Internationale Rote Kreuz« umfasse 1. das Internationale Komitee des Roten Kreuzes; 2. die Liga der Gesellschaften des Roten Kreuzes; 3. die nationalen Gesellschaften des Roten Kreuzes; 4. die internationalen Konferenzen des Roten Kreuzes; 5. die Ständige Kommission dieser Konferenzen. – Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes sei keine internationale, sondern eine schweizerische Organisation, die ihre Rechtsfähigkeit dem schweizerischen Recht verdanke. Das Komitee sein kein demokratisches Organ, da es von dem amerikanischen Kapital abhängig sei. In der Liga der Gesellschaften des Roten Kreuzes habe das amerikanische Rote Kreuz den entscheidenden Einfluß. Die Struktur der internationalen Konferenzen des Roten Kreuzes sei sehr kompliziert, wobei die Schweiz doppelt vertreten sei: durch die Delegierten der nationalen schweizerischen Gesellschaft des

Roten Kreuzes und durch das Internationale Komitee. Über die Mängel der Struktur des Roten Kreuzes habe sich schon der russische Völkerrechtler *M a r t e n s* geäußert. *Max H u b e r* habe auch anerkannt, daß das IKRK eine juristische Anomalie sei. Die Tätigkeit des IKRK spiegele immer die Schwankungen der schweizerischen Außenpolitik wider. Im 1. Weltkrieg habe es sich mit der Entente solidarisiert und nach der bolschewistischen Revolution eine sowjetfeindliche Haltung eingenommen. In den Jahren vor Ausbruch des 2. Weltkriegs und auch in den Kriegsjahren habe es offen die Achsenmächte unterstützt, indem es auf die Verletzungen des Kriegsrechts durch Italien, Deutschland und Japan nicht reagiert habe. Auch im Korea-Konflikt habe sich das Komitee nicht unparteiisch verhalten, sondern die amerikanische Intervention unterstützt. Das Internationale Komitee habe sich vor der progressiven Weltöffentlichkeit dermaßen diskreditiert, daß kein einziger echter Demokrat mehr an seine Neutralität und Unvoreingenommenheit glauben könne.

B o r i s o v, S.: *Meždunarodnyj Sud o territorial'nych vodach (Rešenie suda 18 dekabryj 1951 g.) [Das Internationale Gericht über die Küstengewässer (Entscheidung des Gerichts vom 18. 12. 1951)]* (S. 52–54). Kurzer Bericht über die Vorgeschichte, die Argumente der Parteien, das Urteil des IGH und das Sondervotum im britisch-norwegischen Streit über die Fischerei in den norwegischen Küstengewässern.

B o g d a n o v, O. V.: *Vynnuždennye prizanija i uchišćenija apologeta amerikanskogo imperializma [Erzwungene Anerkennung und Kniffe des Apologeten des amerikanischen Imperialismus]* (S. 55–58). Einzelne Äußerungen von *K e l s e n* in seinem Buch "Recent Trends in the Law of the United Nations" über die Unvereinbarkeit einiger Handlungen des anglo-amerikanischen Blocks mit der Satzung der Vereinten Nationen.

K o ž e v n i k o v, F. J.: *Nekotorye osnovnye zadači sovetskoj nauki meždunarodnogo prava [Einige grundsätzliche Aufgaben der Sowjetwissenschaft vom Völkerrecht]* (Nr. 10, S. 34–44). Das Werk von *Stalin* »Die wirtschaftlichen Probleme des Sozialismus in den UdSSR« stellt den sowjetischen Völkerrechtlern zur Aufgabe, die »rechtlichen« Formen zu entlarven, welche die USA für die Verwirklichung ihrer Aggressionszwecke verwenden, und systematisch die Gegensätze zu untersuchen, die zwischen den einzelnen kapitalistischen Ländern in verschiedenen internationalen Organisationen zum Vorschein kommen.

M o d ž o r j a n, L. A.: *Reakcionnye juristy na službe amerikanskich agressorov [Reaktionäre Juristen im Dienste der amerikanischen Aggressoren]* (S. 85–90). Erwähnt werden die Angriffe auf das Prinzip der Souveränität (die Lehre *K e l s e n s* vom Primat des Völkerrechts), die Konzeptionen eines Weltstaats (*J e s s u p*), Einteilung der Kriege in rechtmäßige und unrechtmäßige (*K u n z*), Verherrlichung des Atomkriegs (*B u s h* und *R o u g e r o n*), die These, daß die Gesetze und Gebräuche des Kriegs für die Streitkräfte der UNO verbindlich seien (*T a u b e n f e l d*).

R o m a š k i n, P. S.: *Bor'ba SSSR za razoruženie i zapreščenie varvarskich sredstv massovogo istreblenija [Der Kampf der USSR für die Abrüstung und für das Verbot barbarischer Mittel von Massenvernichtung]* (Nr. 11, S. 23–37). Erklärungen der

maßgebenden Sowjetpersönlichkeiten, u. a. auch in der UNO, über die Abrüstung, das Verbot der Atomwaffen und des bakteriologischen Krieges.

Ivanov, F.: Četvertaja sessija komisii međunarodnogo prava OON [Die vierte Session der Völkerrechtskommission der Organisation der Vereinten Nationen] (S. 72–79). Polemisch-kritischer Bericht über die Tagung der Völkerrechtskommission vom 4. 6.–8. 8. 1952. Der Entwurf von Scelle über die Schiedsgerichtsbarkeit sei auf der antidemokratischen Idee eines Weltstaates aufgebaut. Der Entwurf von François über die Küstengewässer enthalte eine Reihe höchst anfechtbarer Sätze. Die vierte Session der Völkerrechtskommission habe zu keinen konkreten Ergebnissen geführt.

Petrov, E.: Amerikanske imperialisty – zlostnye narušiteli režima voennogo plena [Amerikanische Imperialisten als böswillige Verletzer des Regimes der Kriegsgefangenschaft] (Nr. 12, S. 48–61). Die Kriegsgefangenen müssen zwangsrepatriiert werden, ihnen stehe nicht das Recht zu, die Heimkehr zu verweigern. In den amerikanischen Lagern seien die Kriegsgefangenen gefoltert worden.

— 1953

Čižov, K. J.: Dva mirovych rynka i sovremenoe međunarodnoe pravo [Zwei Weltmärkte und das moderne Völkerrecht] (Nr. 1, S. 36–51). Zwei Weltmärkte, der kapitalistische und der volksdemokratische, schlossen keinesfalls die Zusammenarbeit zwischen den zu verschiedenen wirtschaftlichen Systemen gehörenden Staaten aus. Die wirtschaftliche Expansionspolitik der imperialistischen Staaten, die Weltherrschaft zum Endziele hat, widerspreche dem modernen Völkerrecht. Diese Politik sei mit den Grundsätzen der Gleichberechtigung und der Nicht-Intervention in die inneren Angelegenheiten von fremden Staaten unvereinbar. Sie sei unvereinbar mit dem Grundsatz der gewissenhaften Erfüllung von Staatsverträgen. Sie verstoße gegen den Grundsatz des Schutzes des Weltfriedens und der allgemeinen Sicherheit. Es bestünden somit zwei entgegengesetzte politische Richtungen auch in bezug auf die Befolgung der Grundsätze des Völkerrechts: die »demokratischen« Staaten seien ihnen treu, die imperialistischen verletzten sie. Das demokratische Lager werde wachsen und stärker werden, und mit ihm werde sich der Anwendungsbereich des modernen sozialistischen Völkerrechts erweitern.

Modžorjan, L. A.: Bor'ba demokratičeskogo lagerja za nacional'nuju nezavisimost' i nacional'nyj suverenitet [Der Kampf des demokratischen Lagers für die nationale Unabhängigkeit und die nationale Souveränität] (Nr. 1, S. 52–65). Die Außenpolitik der UdSSR und der Volksdemokratien beruhe auf der Achtung der Unabhängigkeit und nationalen Souveränität aller Völker, die Imperialisten verletzten diese Grundsätze.

Zadorožnyj, G.: Amerikanskaja pravovaja doctrina-zležij vrag međunarodnogo prava [Die amerikanische Rechtsdoktrin als böser Feind des Völkerrechts] (Nr. 1, S. 66–74). Die amerikanische Doktrin predige die Politik des Nihilismus gegenüber dem Völkerrecht. Es werden angeführt die Aufsätze von Potter über die liberale und totalitäre Einstellung gegenüber dem Völkerrecht und von Kunz über die realistische Theorie des Völkerrechts, die Bücher von Morgenthau

“In Defence of the National Interest” (1951), von Edwin Dickinson “Law and Peace” (1951), von Hans Kelsen “The Law of the United Nations” (1950). Ganelin, R.: *K istorii voprosa o zapreščenii varvarskich sposobov vedenija voiry* [Zur Geschichte der Frage über das Verbot der barbarischen Mittel der Kriegführung] (Nr. 1, S. 74–75). Die auf Initiative der russischen Regierung im Jahre 1868 in Petersburg zusammengetretene internationale Konferenz habe eine Deklaration angenommen, die das Verbot der Verwendung der Explosiv-Geschosse mit einem Gewicht unter 400 Gramm enthält. Die Vereinigten Staaten hätten sich geweigert, an dieser Konferenz teilzunehmen und die Deklaration zu unterzeichnen.

Soviet Studies. Vol. 3, 1951/52

Skilling, H. Gordon: “People’s Democracy” in *Soviet Theory* (S. 16–33, 131–149).

Holdsworth, M.: *Soviet Central Asia, 1917–1940. A Study in Colonial Policy* (S. 258–277). Vorwiegend wirtschaftliche Betrachtung unter Betonung der vorherrschenden zentralistischen Tendenzen bei der Verwaltung der fraglichen Gebiete. Hinweis auf die schrittweise Zurückdrängung der Scherichtsgerichte wie überhaupt des islamischen Rechts.

— Vol. 4, 1952/53

Cairncross, Alec: *The Moscow Economic Conference* (S. 113–132). Gemeint ist die in der ersten Aprilhälfte 1952 durchgeführte Konferenz, an der Verf. teilgenommen hat. Ws

Das Standesamt. Jg. 5, 1952

Nagel, Heinrich: *Das Staatsangehörigkeitsrecht der Ehefrau nach dem skandinavischen Recht, aus den Motiven zu dem neuen schwedischen Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juni 1950* (S. 235–237).

Kurtz, Carl: *Zur Gleichstellung der Frau im Staatsangehörigkeitsgesetz Schwedens* (S. 237–238).

— Jg. 6, 1953

Foldenauer: *Die Heimatvertriebenen und das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht* (S. 32–34). Bespricht den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 28. 5. 1952, wonach der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nicht durch die völkerrechtliche Fragwürdigkeit der Annexionen nach dem 1. 1. 1938 rechtsunwirksam sei. Dg

Statsvetenskaplig Tidskrift. Årg. 56, 1953

Herlitz, Nils: *Nordiska rådet* (S. 1–26). Verf. kommentiert an Hand der Materialien und Vorgeschichte das Statut des Nordischen Rates. Rn

Svensk Juristtidning. Årg. 37, 1952

Simson, Gerhard: *Den europeiska stål- och kolunionen* (S. 478–483). Verf. skizziert Entstehung und Aufbau der Montan-Union. Rn

Tulane Law Review. Vol. 26, 1951/52

Christiana, Winslow: *Burma’s New Constitution and Supreme Court* (S. 47–59).

Ba e c k, Paul L.: Postwar Judicial Review of Legislative Acts: Austria (S. 70–78). Verf. schildert die Kompetenz des österreichischen Verfassungsgerichts und seinen Aufbau und berichtet über einige Entscheidungen.

W a t s o n Jr., Philip B.: Citizenship – Expatriation – Constitutionality of the Nationality Act of 1940, § 401 (c, e) (S. 246–248).

*S l o v e n k o, Ralph: Constitutional Law – Constitutionality of Interstate Com-
pacts (S. 248–251).*

I n m a n, Leslie L.: Congressional Investigations: Rights of Witnesses (S. 381–388). Behandelt das Recht der Zeugnisverweigerung vor einem Untersuchungsausschuß des amerikanischen Kongresses. Ut

Übersee-Rundschau. Jg. 4, 1952

G r o ß, D. E.: Die deutschen Auslandsvermögen (S. 26–27).

T.: Korea. Aktionsfeld vieler Staaten (S. 153–154). Verf. meint, eine rechtsgültig zustandegekommene »Polizeiaktion« der UN liege nicht vor. Ebenso sei der Sicherheitsratsbeschluß vom 7. 7. 1950, der das Oberkommando den USA übertrug, nicht rechtsgültig. Im Grunde führe Nord-Korea nicht mit den UN Krieg, sondern mit den USA und 15 weiteren Staaten. Das amerikanische Oberkommando beruhe auf Einigung der Teilnehmer am Kriege. Die Aktion der USA sei gerechtfertigt als kollektive Selbstverteidigung nach Art. 51 der UN-Charta.

W e s t, Paul: Libyen in englischer Sicht (S. 171–172). Überblick über die Entstehung des neuen Staates und die diese bewirkenden innerpolitischen Kräfte.

T u c h f e l d t, Egon: Internationale Rohstoffkontrolle (S. 294–295). Behandelt die Organisation und bisherige Arbeit der International Materials Conference (IMC).

O e h l r i c h, C.: Die »Charta von San Salvador« (S. 307–309). Behandelt die Entstehung und Bedeutung der Organisation der mittelamerikanischen Staaten vom 14. 12. 1951.

B o d e t, Jaime Torres: Die fünfte Freiheit. Freiheit von Unwissenheit (S. 332–334). Der Generaldirektor der UNESCO gibt eine Darstellung ihrer ethischen Grundlagen und Organisation, der Bedeutung internationaler Forschungsstellen, der Austausch-Aktionen und der Pläne zur Erziehung der Bevölkerung wirtschaftlich unterentwickelter Gebiete, die im Verein mit der WHO und FAO entworfen wurden.

W e s t, Paul: Auswanderung aus Großbritannien (S. 473–474). Darstellung der Entwicklung seit dem 1. Weltkrieg. Die derzeitige Regierung fördere nicht in genügendem Maße die Emigration. Die Überwindung des jetzigen Stillstandes sei wünschenswert sowohl für das Mutterland (wirtschaftlich) als auch für die Mitglieder des Commonwealth. Mache man aber von den gegebenen Möglichkeiten keinen Gebrauch, so solle man den deutschen Ostflüchtlingen eine entsprechende Chance geben.

M a c c h i a, Angelo: Libyens Unabhängigkeit (S. 476–478). Überblick über die Entstehung des Staates und die dabei wirksamen außenpolitischen Kräfte.

O., v. d.: Die tunesische Nationalbewegung (S. 478–479).

Bechtoldt, Heinrich: Die Asiatisch-Arabische Gruppe in der UNO (S. 630–631). Ihre Haltung werde bestimmt durch geschlossene Ablehnung des Kolonialismus und das Bestreben, sich am Ost-West-Konflikt nach keiner Seite zu binden, was zu Unrecht oft als einseitige Kommunistenfreundlichkeit ausgelegt werde.

—: *Moskau und Peking in der Balance (S. 658–659).* Darstellung der russisch-chinesisch-japanischen Konflikte um die Mandschurei, insbesondere die Tschangtschun-Bahn und die Häfen Port Arthur und Dairen, unter Berücksichtigung der durch den Korea-Streitfall geschaffenen Lage. Der sowjet-rotchinesische Vertrag vom 14. 2. 1950 habe in der Außenministerkonferenz vom 17. 8.–15. 9. 1952 in Moskau diejenigen Ergänzungen erfahren, die unter beiderseitigen Vor- und Nachteilen ein vorläufiges Gleichgewicht zwischen der UdSSR und der chinesischen Volksrepublik hergestellt hätten.

Iven, E. C.: Pakistan, jüngster und größter mohammedanischer Staat, im Aufbau (S. 677–679).

— Jg. 5, 1953

Just, Arthur: China als Handelspartner (S. 3–4). Ausgehend vom sowjetisch-chinesischen Vertrag vom 14. 2. 1950, legt Verf. an Hand der dort getroffenen Handelsabsprachen dar, daß der Investitionsbedarf der chinesischen Volksrepublik sich durch die UdSSR nicht decken lasse. Rot-China zeige auch neuerdings eine bemerkenswerte Bereitschaft, mit den westlichen Staaten Handel zu treiben. Dg

Utrikespolitik. Ärg. 7, 1952

Honig, Frederik: Noninterventionen i teori och praktik [Nicht-Intervention in Theorie und Praxis] (S. 28–31).

— Ärg. 8, 1953

Eek, Hilding: Loyalitetsproblemet i U.S.A. [Das Loyalitätsproblem in USA] (S. 9–16).

Lundberg, Yngve: Den ryska infiltrationen i Österrike [Die russische Infiltration in Österreich] (S. 17–22). Rn

Wehrwissenschaftliche Rundschau. Zeitschrift für die Europäische Sicherheit. Jg. 2, 1952

Page, R. T.: Soldat und Recht (Nr. 2, S. 41–50). Nach Ansicht des Verf., des englischen Verteidigers von Mansteins, sei durch die Handhabung der Nürnberger Gerichte das gesamte Kriegsrecht unanwendbar geworden. Um diesem Rückschritt zur Rechtlosigkeit zu begegnen, fordert Verf. den Zusammentritt einer Konferenz im Rahmen der UN zur Festlegung einer neuen Kriegsordnung. Sr

Weltwirtschaftliches Archiv. Bd. 68, 1952

Hobman, Elmo Paul: Probleme und Arbeitsmethoden der internationalen Sozialpolitik (S. 70–86). Verf. gliedert die internationalen Arbeitsprobleme in drei Gruppen, denen drei Organisationsformen entsprechen: das Internationale Arbeitsamt, die internationalen Arbeitersekretariate und der Weltgewerkschaftsbund bzw. der Internationale Freie Gewerkschaftsbund. Er behandelt die diesen Organisationen zufallenden Aufgaben.

Möller, Hans: *Handelspolitik zwischen Bilateralismus und Multilateralismus* (S. 203–261). Bh

The Western Political Quarterly. Vol. 5, 1952

Elder, Robert E.: *Soviet-American Tension: A Reassessment* (S. 199–213).

Lewis, Gordon K.: *The Present Condition of British Political Parties* (S. 231–257).

Walton, Clarence C.: *The Fate of Neo-Federalism in Western Europe* (S. 366–390). Der westeuropäische Föderalismus habe sich trotz amerikanischer Unterstützung bisher nicht durchsetzen können, wie insbesondere die Verhandlungen des Europa-Rates gezeigt hätten. Dies sei auf das Fehlen eines gemeinsamen Zieles und auf traditionelle Bindungen zurückzuführen. Dennoch sollten die USA den Föderalismus fördern, ohne allerdings die Realitäten zu übersehen.

Stokes, William S.: *Violence as a Power Factor in Latin-American Politics* (S. 445–468). Mr

World Affairs (American Peace Society). Vol. 114, 1951

Bonnet, Henri: *The Schuman Plan* (S. 99–102).

— **Vol. 115, 1952**

Hobmann, Janet E.: *Colombia and the United Nations* (S. 10–12). Überblick über Beteiligung und Politik Kolumbiens in den verschiedenen Organen der UN.

Dunham, Franklin: *Interparliamentary Union Holds 40th Conference in Istanbul* (S. 15–18). Bericht über die am 31. 8. 1951 begonnene Konferenz und deren Resolution zur Weltflüchtlings- und -ernährungsfrage.

White, Thomas Raeburn: *International Law Versus Diplomacy* (S. 35–36). Tritt für die Beachtung des Völkerrechts ein.

Lay Jr., James S.: *National Security Council's Role in the U.S. Security and Peace Program* (S. 37–39).

Pasovolsky, Leo: *The Veto Problem* (S. 67–70).

Sweetser, Arthur: *Perspective on the United Nations* (S. 71–73).

Green, James Frederick: *ECOSOC: Its Role and Its Achievements* (S. 74–76).

Ballantine, Joseph W.: *East Asia and The United Nations* (S. 78–80). Behandelt die Maßnahmen der UN zu den ostasischen Problemen (Indonesien, Kaschmir, Korea, Formosa) und die Reaktionen in diesen Gebieten.

Quintanilla, Luis: *The O. A. S. and The U. N.* (S. 81–83). Ut

World Affairs Interpreter. Vol. 22, 1951/52

McHenry, Dean E.: *The British Commonwealth and World Organization* (S. 386–392).

De Conde, Alexander: *The Organization of American States—Peace and Power Politics* (S. 402–414). Behandelt Entwicklung und Zweck der Organisation.

— Vol. 23, 1952/53

Spear, Percival: Towards Self-Government in Malaya (S. 38–40). Überblick über die staatsrechtliche Entwicklung des Landes nach dem 2. Weltkrieg.

Polyzoides, A. Th.: The British Commonwealth Under Elisabeth II (S. 60–71). Behandelt die Problematik der rechtlichen und politischen Bindung der Commonwealth-Länder an Großbritannien.

Goodspeed, Stephen S.: United States Recognition Policies Toward Latin America (S. 126–141). Bericht über die Prinzipien der USA hinsichtlich der Anerkennung von *de facto*-Regierungen seit Gründung der Staaten.

Dobie, Edith: Britain Extends Democratic Government to Africa (S. 166–177). Verf. nimmt die am 1. 1. 1951 an der Goldküste in Kraft getretene Verfassung zum Ausgangspunkt für einen Bericht über die Tätigkeit der Nationalistenbewegung.

Polyzoides, A. Th.: America Signs A German Alliance (S. 195–209). Verf. zeichnet die Entwicklung von 1945 bis zu den Verträgen vom 26. und 27. 5. 1952 und erörtert die Probleme einer echten Integration.

Anderson, Totton J.: The Arab League (S. 237–258). Verf. behandelt den soziologischen Hintergrund und die politische Tätigkeit der Liga seit ihrer Gründung am 23. 3. 1945 und geht besonders auf die in der UN, der Palästina- und Nordafrikafrage verfolgte Politik ein.

Harley, J. Eugene: A Reexamination of The Treaty Power and The Constitution (S. 275–293). Behandelt die entsprechenden Verfassungsbestimmungen der USA und Entscheidungen amerikanischer Gerichte zur *treaty power* und berichtet über Bestrebungen, vor allem seit dem Fujii-Case, die *treaty power* einzuschränken.

Polyzoides, A. Th.: The United Nations In The Seventh Year (S. 294–303). Kritischer Rückblick. Ut

World Politics. Vol. 4, 1951/52

Pogne, Forrest C.: Why Eisenhower's Forces Stopped at the Elbe (S. 356–368). Militärische, nicht politische Erwägungen seien für Eisenhowers Entschluß maßgebend gewesen.

Furniss Jr., Edgar S.: The Contribution of Nicholas John Spykman to the Study of International Relations (S. 382–401).

Dennett, Raymond: Danger Spots in the Pattern of American Security (S. 447–467). Die Sicherheit der USA sei durch weitgehende Übertragung von Verantwortlichkeiten auf Alliierte beeinträchtigt; dennoch sei es richtig, das System der regionalen Verteidigungsgemeinschaften auszubauen. Es bestehe die Gefahr, daß unzufriedene Staaten sich dem sowjetischen Block anschließen.

Anderson, Albin T.: The Soviets and Northern Europe (S. 468–487).

Zinner, Paul E.: The Ideological Bases of Soviet Foreign Policy (S. 488–511).

Munro, Dana G.: The First Years of the Cold War (S. 536–547).

— Vol. 5, 1952/53

Hilsmann Jr., Roger: Intelligence and Policy-making in Foreign Affairs (S. 1–45).

Corbett, P. E.: National Interest, International Organization, and American Foreign Policy (S. 46–65).

Bell, Philip, W.: Colonialism as a Problem in American Foreign Policy (S. 86–109).

Finkelstein, Lawrence S.: National Policies and Attitudes Toward the United Nations (S. 129–132). Mr

The Yale Law Journal. Vol. 61, 1951/52

Northrop, F.S. C.: Contemporary Jurisprudence and International Law (S. 623–653). Verf. bekämpft die Ansicht, daß die Erledigung zwischenstaatlicher Streitigkeiten im Atom-Zeitalter nicht auf völkerrechtlicher Ebene möglich sei. Mr

The Year Book of World Affairs. Vol. 7, 1953

Strange, Susan: The Atlantic Idea (S. 1–19). Verf. umschreibt drei verschiedenen politischen Richtungen entsprechende Konzeptionen: Föderation mit politischer Zentralgewalt, Konsultativallianz voll souverän bleibender Staaten und – dazwischen – Allianzsystem mit beschränkter Souveränitätsübertragung auf politische Zentralstellen, und gibt nach einem Rückblick auf die Entstehung der atlantischen Idee eine Übersicht über die bisherige Erfahrung mit der NATO.

Setou-Watson, H.: Five Years of Cold War (S. 20–44). Zeitgeschichtlicher Rückblick unter besonderer Betrachtung der Entwicklungen im kommunistischen Lager, des Ost-West-Gleichgewichts und der Ursachen des ‚kalten Krieges‘ seit 1948.

Honig, F.: The Cold War as an Instrument of Policy (S. 45–70). Nach einem Überblick über das Allianz- und Beistandspaktssystem der letzten Jahre, das Verf. zumindest mit dem Geist, wenn auch nicht mit dem Buchstaben der UN-Charta für unvereinbar hält, behandelt Verf. als Mittel des ‚kalten Krieges‘ die Waffen der Propaganda und der Wirtschaft, der Nichtzulassung zur UN-Mitgliedschaft und der politischen Isolierung und zeigt die Bedrohung der Freiheit des Individuums durch den ‚kalten Krieg‘. Als spezifische Schauplätze des ‚kalten Krieges‘ behandelt Verf. den mittleren Osten (Israel, arabische Staaten, Iran, Kaschmir) und Deutschland.

Engel, S.: The Changing Charter of the United Nations (S. 71–101). Verf. untersucht die Möglichkeiten der Änderung und Weiterentwicklung der UN-Charta innerhalb und außerhalb des in Art. 108 und 109 bestimmten Verfahrens, u. a. durch Interpretation, Nichtanwendung und Zusatzabmachungen.

Frankel, J.: The Balance of Power in the Far East (S. 102–124).

Schapiro, L. B.: Developments in the Soviet Communist Party Between 1939 and 1952 (S. 125–148).

Burmeister, W.: The Struggle for Germany (S. 149–169). Kritische Betrachtung der politischen Entwicklung in Westdeutschland.

Smith, Alison: Trusteeship and Partnership in British Africa (S. 170–203). Behandelt u. a. die Pläne einer zentralafrikanischen Föderation sowie die durch das Commonwealth und die UN bedingten Organisationsformen.

Asbeck, Baron F. M. van: The Birth and Decline of the Netherlands Indonesian

Union (S. 204–227). Verf. behandelt die geschichtlichen Hintergründe seit 1922, die Entstehung und die wesentlichen Strukturelemente der Union vom 27. 12. 1949. *Chambers, Frank P.: The Agrarian Problem in the Underdeveloped Countries* (S. 228–257).

Alexandrowicz, C. H.: The Indian Constitution (S. 258–282). Behandelt insbesondere Fragen der persönlichen Freiheit und der richterlichen Kontrolle der Verwaltung sowie das föderative Verhältnis.

Smith, H. A.: The Anglo-Norwegian Fisheries Case (S. 283–307). Gibt nach Darstellung des Streitfalles eine Charakterisierung des IGH an Hand seines Statuts.

Rn

Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht. Jg. 17, 1952/53

Bayer, Wilhelm F.: Das Privatrecht der Montan-Union (S. 325–381). Verf. behandelt eingangs die Rechtsnatur der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und ihres Privatrechts, dann die Gemeinschaft als Privatrechtssubjekt und schließlich das Privatrecht der Gemeinschaft (Dienstvertragsrecht, Kreditgeschäfte, Diskriminierungen, wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen, Zusammenschlüsse von Unternehmungen).

Makarov, Alexander N.: Das polnische Staatsangehörigkeitsgesetz vom 8. Januar 1951 (S. 407–409).

Zn

Zeitschrift für Geopolitik. Jg. 23, 1952

Pacyna, Günther: Agrarunion – der zweite Schritt zu Europa? (S. 74–81).

Schuster, Hans: Die JEIA – folgenschweres Experiment der Besatzungsmächte. Die JEIA ist tot – die JEIA lebt. (S. 141–148). Verf. behandelt wirtschaftliche und rechtliche Probleme der JEIA, die sich aus ihrer Doppelnatur als Behörde der Besatzungsmächte und als privatwirtschaftliches Unternehmen ergeben.

Meissner, Boris: Die Deutschlandnote des Kreml. Wendepunkt in der sowjetischen Außenpolitik? (S. 196–201).

Schott, Erwin: Das Schicksal eines kleinen Volkes – Die Esten seit 1939. (S. 202–213).

Theel, Gustav Adolf: Freiheit der Meere? Die Politik im Wettbewerb der Seeschifffahrt (S. 514–526).

Horia, Vintila: Um die Freiheit eines Kontinents. Politische Physiognomik Lateinamerikas (S. 549–553).

Lentz, Wolfgang: Sondervollmachten für Mossaddegh (S. 680–698).

Westermann, Diedrich: Nationalismus in Afrika (S. 744–751).

Schmolck, F. H.: Die »Nationale Revolution« in Guatemala (S. 755–758).

Bh

Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Bd. 108, 1952

Neumeyer, Fredrik: Amerikanische Antitrustgesetze und Gewerkschaften (S. 324–335). Ausgehend von den drei die Wirtschaftsfreiheit schützenden Gesetzen

(Sherman Act of 1890, Federal Trade Commission Act of 1914, Clayton Act of 1914), berichtet Verf. über die geschichtliche Entwicklung der Arbeiterorganisationen und an Hand von Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs über die wechselnden Ansichten betreffend die Möglichkeit der Begrenzung ihrer Betätigung. Verf. erläutert das Taft-Hartley-Gesetz vom 23. 6. 1947 und die Widerstände hiergegen. *Engisch, Karl: Der rechtsfreie Raum* (S. 385–430). Die Antinomie, das Recht regle alles, möge es sich auch gegebenen Falles in der Negation erschöpfen, oder das Recht sei auf Kompetenzen beschränkt, nimmt Verf. zum Ausgang, um aus dem Rechtsbegriff selbst Reichweite und Schranken einer normierten Ordnung zu bestimmen.

Ridder, Helmut K. J.: Wandlungen im britischen Staatsangehörigkeitsrecht (S. 547–564). Behandelt Entstehungsgeschichte und rechtliche Bedeutung des British Nationality Act, 1948.

Raumer, Kurt von: Saint-Pierre und Rousseau. Das Problem des ewigen Friedens (S. 669–689).

Ridder, Helmut K. J.: Der Fall William Joyce (S. 690–702). Behandelt den Hochverratsprozeß gegen den während des Krieges am deutschen Rundfunk tätigen »Lord Haw-Haw«.

Unkelbach, Helmut: Möglichkeiten und Grenzen einer mathematisch-exakten Fundierung der Wahlgesetzgebung. Analyse destruktiver Wirkungen der Verhältniswahl (S. 703–716).

— **Bd. 109, 1953**

Dale, Ernest: Das Taft-Hartley-Gesetz. Hintergrund und Ergebnisse (S. 1–24).

Neumann, Franz L.: Zum Begriff der politischen Freiheit (S. 25–53).

Hamel, Walter: Die Bekenntnisfreiheit (S. 54–77).

Piatier, André: Europäische Wirtschaftsunion (S. 94–114).

Lamp, Karl: Zollschutz und Zollschuldner im geltenden deutschen und österreichischen Recht (S. 152–176). Dg

Zeitschrift für Luftrecht. Bd. 1, 1952

Ebel, Kurt: Der zivile Luftverkehr nach dem Deutschland-Vertrag und dem Vertrag über die Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (S. 289–306).

Knauth, Arnold W.: Einige charakteristische Merkmale des Luftrechts in den Vereinigten Staaten von Amerika (S. 347–357).

— **Bd. 2, 1953**

Bärmann, Johannes: Art. 93 des Abkommens von Chicago und das Völkerrecht (Zulassungszwang zu überstaatlichen Zweckverbänden) (S. 1–20). Verf. hält den Art. 93 des Abkommens von Chicago, durch den die Aufnahme neuer Mitglieder – außer den Unterzeichnerstaaten – insbesondere hinsichtlich der früheren Achsenmächte an erschwerte Bedingungen geknüpft wird, für völkerrechtlich unzulässig, zumindest für zweifelhaft. Die Verpflichtung zur Zulassung zu überstaatlichen

Zweckverbänden gründet er auf den Grundsatz der Gleichheit der Staaten und den Primat der Staatengemeinschaft.

Meyer, Alex: Rechtliche Probleme des Weltraumflugs (S. 31–43). Verf. sieht den Weltraum als von der Souveränität der Staaten nicht ergriffenes freies Gebiet an, hält die bestehenden luftrechtlichen Vorschriften nicht für anwendbar und stellt zu errichtende Raumstationen den Fluginseln gleich, so daß sie unter der Souveränität des errichtenden Staates stehen. Zn

Zeitschrift für Ostforschung. Jg. 1, 1952

Maurach, Reinhart: Zur Rechtsnatur des Ostblocks (S. 44–75). Verf. macht die rein etatistische Betrachtung dafür verantwortlich, daß die Rechtslehre des Westens bisher nicht mit genügender Klarheit erkannt habe, daß eine Unabhängigkeit der osteuropäischen Staaten auch in formalrechtlicher Hinsicht nicht mehr bestehe. Die Beziehungen dieser Staaten zur Sowjetunion seien formalrechtlich zwar völkerrechtlicher, materiellrechtlich aber staatsrechtlicher Natur. Die Unterordnung der Parteileitung in jedem einzelnen Ostblockstaat unter die Befehlsgewalt der KPdSU sei eine Sache des »intersozialistischen Staatsrechts«, des Schrittmachers des kommenden äußeren Staatsrechts einer durch Einbeziehung der Volksdemokratien erweiterten Sowjetunion. Das staatsrechtliche Unterordnungsverhältnis der Volksdemokratien werde ergänzt durch eine extern-völkerrechtliche Koordination in dem Sinne, daß die völkerrechtliche Konvention den staatsrechtlichen Befehl überdecke; materiell aber bedinge die staatsrechtliche Unterordnung das Zustandekommen einer Konvention. Der Ostblock stehe heute auf der Schwelle zwischen Staatenbund und Bundesstaat. Nach dem inneren Staatsrecht des Ostblocks sei der Anschluß der Volksdemokratien bereits vollzogen.

Schieder, Theodor: Nationalstaat und Nationalitätenproblem (S. 161–181). Verf. weist einleitend darauf hin, daß die Nationalitätenfrage in einem generellen Sinn offenbar unlösbar sei und keine dogmatischen Formeln dulde. Betont den Zusammenhang mit der Nationalstaatsidee und nennt das Nationalitätenproblem ein »Krankheitssymptom, das erst in einer nationalstaatlich verfaßten Welt hervortritt«. Die Ergebnisse der Nationalitätentheorie, wie sie aus der lebendigen Erfahrung der österreichischen Politik bis zum 1. Weltkrieg und der ostmitteleuropäischen Nationalitätenbewegung in der Zwischenkriegszeit erwachsen seien, könnten eines Tages für die Ordnung der Völkerbeziehungen in einem politisch verbundenen Europa von höchster Aktualität werden. Zwar habe der Nationalismus und mit ihm die Idee des nationalsoveränen Staates sein Ende gefunden, aber die Nationalität als Lebenswirklichkeit werde bestehen bleiben. Ws

Zeitschrift für Schweizerisches Recht. Bd. 71, 1952

Rennefahrt, Hermann: Überblick über die Entwicklung des Schweizer Bürgerrechts (S. 695–744).

Favre, Antoine: Le nouveau droit de la nationalité (S. 745–779).

Schnitzer, Adolf F.: Staatsangehörigkeit (rechtsvergleichend) (S. 803–835).

- Broggini, Gerardo: Punti d'arrivo della Giurisprudenza del Tribunale federale in tema di perdita della nazionalità svizzera a seguito di matrimonio (S. 837-849).*
- Furry, H.: Bibliographie des Schweizer Bürgerrechts (S. 849-864).*
- Makarov, A. N.: Ausländische Literatur über Staatsbürgerschaftsrecht (S. 865-872).* Rn

Neueingänge

(Besprechung bleibt vorbehalten)

VÖLKERRECHT

Amtliche Veröffentlichungen
Vereinte Nationen

Official Records

- General Assembly, Seventh Session, 1952/53. Plenary Meetings. Commissions 1-6. Ad hoc Political Committee. Supplements 1-20.
- Security Council. Sixth Year (1951), Meetings 563-569. Seventh Year (1952), Meetings 570-593.
- Disarmament Commission. Meetings 1-20. Supplements January-June 1952.
- Economic and Social Council. Fourteenth Session, 20. 5.-1. 8. 1952. Supplements 1-8.
- Trusteeship Council. Tenth Session, 27. 2.-1. 4. 1952. Supplement 1. Eleventh Session, 3. 6.-24. 7. 1952. Supplement 1.

Publications

- Activités de l'Organisation des Nations Unies et des institutions spécialisées dans le domaine des droits économiques, sociaux et culturels. New York: 1952. 77 S. (Sales No.: 1952. IV. 4).
- Demographic Yearbook 1952. 4th issue New York: 1952. 518 S. (Sales No.: 1953. XIII. 1).
- Economic Survey of Asia and the Far East 1950. New York: 1951. 541 S. (Sales No.: 1951. II. F. 4). 1951. New York: 1952. 400 S. (Sales No.: 1952. II. F. 2).
- Economic Survey of Europe since the War. A Reappraisal of Problems and Prospects. Geneva: 1953. 385 S. (Sales No.: 1953. II. E. 4).
- Economic Survey of Latin America 1949. New York: 1951. 536 S. (Sales No.: 1951. II. G. 1).
- Governmental Policies Concerning Unemployment, Inflation and Balance of Payments 1951-1952. New York: 1952. 135 S. (Sales No.: 1952. II. A. 2).
- Handbook of International Measures for Protection of Migrants and General Conditions to be observed in their Settlement. New York: 1953. 278 S. (Sales No.: 1953. IV. 5).
- Laws and Regulations on the Regime of the High Seas. Vol. 1. New York: 1951. 307 S. (Sales No.: 1951. V. 2). Vol. 2. New York: 1952. 142 S. (Sales No.: 1952. V. 1).
- Legislative and Administrative Series. Vol. 2 - 1950. (Sales No.: 1952. IV. 8). Child, Youth and Family Welfare, No. 2. Vol. 2 - 1950. (Sales No.: 1952. IV. 16). Social Defence, No. 1.
- Magna Carta for Refugees. New York: August 1951. 54 S. (Sales No.: 1951. I. 10).